

Marxismus- Leninismus

GRUNKURS DER KPO

Marxismus – Leninismus

Grundkurs der KPÖ

Herausgegeben von der Abteilung des ZK der KPÖ für marxistische
Bildungsarbeit und Propaganda.

Inhaltsverzeichnis

Vorwort	7
I. DER DIALEKTISCHE UND HISTORISCHE MATERIALISMUS	9
Die Grundfrage der Philosophie	9
Bewußtsein und Sein	10
Der Materiebegriff	11
Praxis und Erkenntnis	12
Praxis und Wahrheit	13
Bedingtheit und Freiheit	14
Dialektik, Evolution und Revolution	15
Der Kampf von Altem und Neuem	16
Der Widerspruch als Triebkraft	17
Bewegungsgesetze der Gesellschaft	18
Produktivkräfte – Produktionsverhältnisse	18
Basis, Überbau, Klassen	20
Gesetzmäßigkeit und „subjektiver Faktor“	20
Kontrollfragen	21
II. DIE POLITISCHE ÖKONOMIE DES KAPITALISMUS	22
Die Warenproduktion	22
Die Ware und ihre Eigenschaften	23
Der Doppelcharakter warenproduzierender Arbeit	24
Die Wertgröße der Ware	25
Das Geld	26
Das Wertgesetz	27
Das Wesen der kapitalistischen Ausbeutung	28
Ursprüngliche Akkumulation des Kapitals	29
Die Ware Arbeitskraft, Gebrauchswert und Wert	30
Mehrwert und Mehrarbeit	31
Konstantes und variables Kapital	32
Methoden zur Erhöhung des Mehrwerts	33
Die Profit-Preis-Spirale	34
Mehrwert, Profit und dessen Aufteilung	35

Autoren: „Der dialektische und historische Materialismus“ – Ernst Wimmer, Universitätsprofessor Dr. Walter Hollitscher; „Die politische Ökonomie des Kapitalismus“ – Peter Lautischer, Ernst Wimmer; „Partei- und Revolutionstheorie“ – Ernst Wimmer.

Mehrwertgesetz – ökonomisches Grundgesetz des Kapitalismus	36
Das Wesen des Arbeitslohns	36
Grundformen des Arbeitslohns	36
Das Niveau des Arbeitslohns	38
Der Akkumulationsprozeß des Kapitals	39
Das allgemeine Gesetz kapitalistischer Akkumulation	40
Die historische Rolle	41
Die Wirtschaftskrisen	42
Kontrollfragen	45
Der Imperialismus oder monopolistische Kapitalismus	45
Rückkehr unmöglich	46
Monopole und ihre Formen	47
Monopol und Konkurrenz	48
Quellen und Folgen des Monopolprofits	48
Historischer Platz des Imperialismus	49
Einschneidende Änderungen	49
Planmäßigkeit und Anarchie	50
Der Kapitalexport	50
Die allgemeine Krise des Kapitalismus	52
Der staatsmonopolistische Kapitalismus	53
Die wichtigsten Erscheinungsformen	55
Staat und Monopole	57
Kontrollfragen	58
III. PARTEI UND REVOLUTIONSTHEORIE	59
Notwendigkeit der revolutionären Partei	59
Partei und Klasse	60
Weiterentwicklung der Parteitheorie bei Lenin	61
Sozialistische Bewußtseinsbildung	62
Ständiger Kampf gegen Opportunismus	63
Allseitigkeit des Kampfes	63
Internationalisierung des Klassenkampfes	65
Der demokratische Zentralismus	65
Opportunistische Entstellungen	66
Verbindlichkeit der Beschlüsse	67
Bedeutung der Grundorganisationen	67
Kontrollfragen	68

Lehre von der Veränderung der Welt	68
Strategie und Taktik	69
Zur Vorgeschichte der Revolutionstheorie	70
Die Bedeutung des „Kommunistischen Manifests“	72
Bündnisse und „permanente Revolution“	72
Die Lehre vom Staat und der Diktatur des Proletariats	74
Die zwei Phasen der kommunistischen Gesellschaft	76
Aktionseinheit und ideologischer Kampf bei Marx	77
Kontrollfragen	78
Revolutionstheorie im Monopolkapitalismus	78
Charakter der Epoche	79
Friedliche Koexistenz als Klassenkampf	80
Etappe und Revolution	81
Warum antimonopolistische Demokratie?	83
Revolutionäre Situation und revolutionäre Partei	84
Warum Kampf für demokratische Rechte?	85
Reformen und Revolution	86
Vielfalt der Kampfformen	88
Einheitspolitik – eine ständige Aufgabe	89
Unerläßlichkeit der Bündnispolitik	90
Kontrollfragen	92
Empfohlene Literatur zum weiteren Selbststudium	93

Vorwort

Noch besteht eine Hauptform des Klassenkampfes in Österreich in der Verbreitung der Meinung, daß es ihn gar nicht gäbe. Noch erscheint vielen der „Grüne Tisch“ der „Sozialpartner“ nicht als Mittel des Klassenkampfes, sondern als dessen Überwindung, als ein Weg, auf dem auch die Arbeiterschaft mit ihrer Sache irgendwie auf einen grünen Zweig kommen könne.

Aber schon zwingt die Realität die Gegner des real bestehenden Sozialismus, der revolutionären Arbeiterbewegung, zur ständigen, erbitterten Auseinandersetzung mit dem Marxismus-Leninismus, mit der Weltanschauung, die auf Weltveränderung zielt, die also Anleitung zum Handeln wie Anschauung ist.

Aufgeboten werden auch Marxologen und Marxianer, um den Marxismus zu vermurksen, zu verfälschen, ihn zu „modernisieren“, zu Stückwerk, zu einer bloßen Methode zu reduzieren. Der Marxismus ist jedoch nicht nur eine Methode. Er ist nicht nur Wissen über die Arbeiterklasse. Er ist auch das Wissen der Arbeiterklasse, Summe der Erfahrungen ihres jeweils bewußtesten Teils. Schon seine Aneignung erfordert engste Verbindung mit der klassenbewußten Arbeiterbewegung und das gilt erst recht für seine Anwendung.

Sowenig Ausbeutung, Unwissenheit, Ungerechtigkeiten allein durch Aktion und Solidarität aufgehoben werden können, weil dies die Umwälzung der Gesellschaftsordnung voraussetzt, sowenig kann diese Umwälzung je vollbracht werden, ohne daß die Arbeiterklasse mit ihren Aktionen, mit ihrer Solidarität, mit ihrer Organisation stets zugleich das unentbehrliche Wissen organisiert – also die Theorie, die auch zur materiellen Gewalt wird, sobald sie die Massen ergreift.

Die vorliegende Arbeit ist Ergebnis konkreter Erfahrungen und Bedürfnisse. Seit bald zwei Jahren führen Organisationen der KPÖ örtliche Grundkurse des Marxismus-Leninismus mit beachtlichem Erfolg durch. Diese Kurse, an denen mittlerweile hunderte, vorwiegend junge Menschen, darunter viele, die nicht der Partei angehören, teilgenommen haben, erweisen sich als langfristige, wertvolle Form marxistischer Bildungsarbeit unter verschiedenen Gesichtspunkten: Für die Vermittlung elementarer Kenntnisse; für die Heranbildung neuer Referenten, für die Gewinnung neuer Mitglieder, für die Erziehung des Parteinachwuchses.

Angesichts unvermeidbarer Unterschiede hinsichtlich altersmäßiger und sozialer Zusammensetzung, Dauer und Form der Kurse, müßte jedes starre Schema die Ausschöpfung vorhandener Möglichkeiten erschweren. Eine kritische Einschätzung der Erfahrungen ergab jedoch

Übereinstimmung, daß die bisherigen Dispositionen zu einheitlichen Unterlagen erweitert werden sollten.

Diese sollten für Referenten wie für Teilnehmer geeignet sein; sie sollten nicht – wie umfassende Einführungen in den Marxismus-Leninismus –, sämtliche Bereiche behandeln, jedoch die innere Einheit, die Zusammengehörigkeit der Bestandteile, die Zusammenhänge zwischen grundlegenden Gesetzmäßigkeiten, deren Zusammenwirken wie auch Gegen Tendenzen erkennbar machen. Schließlich sollte die Darlegung allgemeiner Leitsätze konkrete Bedingungen und Erfahrungen in Österreich einbeziehen, die in den „Politisch-ideologischen Leitsätzen“ des 22. Parteitag der KPO zusammengefaßt sind.

Dieses Material kann also nicht Dispositionen ersetzen, die der Form, Dauer und Zusammensetzung des jeweiligen Zirkels anzupassen sind. Rahmenpläne und „Gebrauchsanweisungen“ stellt die Abteilung für marxistische Bildungsarbeit und Propaganda des ZK der KPO auf Anforderung zur Verfügung. Es soll die Arbeit in Grundkursen sowie das Selbststudium, insbesondere den Zugang zu den Quellen, zu den Texten der Klassiker erleichtern.

Für die tägliche Lüge des Antikommunismus gibt es keine präfabrizierte Antwort. Mit diesen Lügen ist es wie mit den Fehlern: Sogar dieselben treten in immer neuer Gewandung auf. Wer nicht lernt, Gleichbleibendes oder Vergleichbares, Wesentliches zu erfassen, der wird immer wieder belogen und betrogen werden, der wird die gleichen Fehler in wechselnden Formen wiederholen. Die Hainfelder Prinzipienklärung stellte der österreichischen Arbeiterbewegung die Aufgabe, „das Proletariat mit dem Bewußtsein seiner Lage und historischen Aufgabe zu erfüllen, es geistig und physisch kampffähig zu machen und zu erhaltén“. Die Erfüllung dieser Aufgabe verlangt auch die Vermittlung des Grundwissens, dessen es bedarf, um Wesentliches erkennen, um sich zurechtfinden, um den faulen Kern in den wechselnden Lügen und Taktiken bloßlegen und die Gegner der Arbeiterklasse wirksam bekämpfen zu können.

Jänner 1976

Ernst Wimmer

Zur Neuauflage

Wenige Monate nach dem Erscheinen ist erfreulicherweise eine zweite Auflage des „Grundkurses der KPO“ notwendig geworden – die erste ist vergriffen. Der vorliegende Text ist bis auf einige Zusätze im Abschnitt „Partei- und Revolutionstheorie“ ein Wiederabdruck der ersten Auflage.

Juli 1976

Ernst Wimmer

Der dialektische und historische Materialismus

Für die kämpfende Arbeiterklasse ist Philosophie keine beschauliche und erbauliche Feiertagsangelegenheit. Aufgabe der marxistischen Philosophie – des dialektischen und historischen Materialismus – ist es, der Arbeiterklasse und ihren Verbündeten ein wissenschaftlich fundiertes Verständnis ihres Verhältnisses zu Natur und Gesellschaft, ihrer Grundinteressen und Bedürfnisse, der Möglichkeiten und der Notwendigkeit einer Veränderung der Welt zu vermitteln.

Betrachtet man die von Lenin so genannten „drei Bestandteile des Marxismus“ – Revolutionstheorie, die politische Ökonomie (vor allem Kapitalismusanalyse) und eben die marxistische Philosophie –, die ein Ganzes bilden, in ihrem Systemzusammenhang, so wird deutlich: In jeder Frage der Revolution muß der Kapitalismus (aus dem ja der Klassenkampf und die sozialistische Revolution herausführen sollen) analysiert werden. Und die vertiefte Analyse des Kapitalismus führt letzten Endes zur Herausarbeitung allgemeiner Veränderungsgesetze: der Gesetze der Entwicklung der Menschen-Geschichte, welche die der Natur-Geschichte fortsetzt.

Die darüber Nachdenkenden widerspiegeln diese äußerst weitwirkenden und wichtigsten Veränderungs- und Entwicklungsgesetze der Natur und der Gesellschaft in ihren Gedanken. Deshalb sind die „höchst allgemeinen Veränderungs- und Entwicklungsgesetze von Natur, Gesellschaft und Denken“ der Gegenstand der marxistischen Philosophie. Wer versucht, die marxistische Philosophie vom Marxismus „auszuklammern“, verzichtet dabei auf die tiefste Begründung jeglicher revolutionärer marxistischer Einsicht.

DIE GRUNDFRAGE DER PHILOSOPHIE

Es ist von größter Bedeutung, wo eine Philosophie ansetzt, wo sie ihren „Anfang“ nimmt. Es kennzeichnet die marxistische Philosophie, daß sie nicht wie andere Philosophien von abstrakten Ideen und Begriffen wie „Sein“ oder „Existenz“, sondern vom realen, historisch konkreten Leben der Menschen und seinen Problemen ausgeht. Die praktische Tätigkeit der Menschen ist immer zielgerichtet. Sie führt

immer wieder zu der Frage: Wie verhalten sich Handlungen, Gedanken, Grundsätze des gesellschaftlichen Menschen und die äußere Realität, die „Umwelt“, die Welt zueinander, wie wirken sie aufeinander?

Die Frage nach dem Verhältnis des Bewußtseins zur Materie, des Denkens zum Sein, des Geists zur Natur ist die *Grundfrage der Philosophie*. Ihre Bedeutung folgt schon daraus, daß die Art ihrer Beantwortung weitgehend bestimmt, wie man an alle anderen Probleme herangeht, sie stellt und zu lösen versucht.

Wer erkennt und anerkennt, daß die Materie das Ursprüngliche ist, der ist *Materialist*. Wer die Ursprünglichkeit des Bewußtseins behauptet, sei es eines „göttlichen“, eines „persönlichen“ oder irgendeiner „Idee“, ist *Idealist*.

Die vielen noch in religiösen Vorstellungen Befangenen erkennen gewöhnlich im Alltagsbewußtsein die materielle Bedingtheit von Geschehnissen und Vorgängen an, deren Ablauf sie annähernd verstehen und beherrschen. Für die „Welt als Ganzes“, für die eigenen Entscheidungen beanspruchen sie jedoch „geistige Ursprünge“. Sie beachten nicht, daß das Bewußtsein stets vom gesellschaftlichen Sein geprägt wird.

Andererseits erkennen vormarxistische Materialisten – und solche gab es seit den Anfängen der Zivilisation – durchaus die „Stofflichkeit“, die Materialität der Natur, ihre Ursprünglichkeit, also, daß es Natur vor und somit auch *unabhängig* vom Bewußtsein gab. Inkonssequenterweise hört ihr Materialismus jedoch mit der Geschichte der *Natur* auf. Die Geschichte der *Gesellschaft* wird von ihnen als „willensbedingt“, insbesondere als bestimmt durch den Willen „großer Persönlichkeiten“ mißdeutet. Auch sie verstehen nicht das Wollen der Menschen als Ausdruck, als *Funktion* ihrer *konkreten materiellen*, namentlich *gesellschaftlichen* Lebensbedingungen.

BEWUSSTSEIN UND SEIN

Die marxistische Philosophie überwindet diese falsche Gegenüberstellung Natur – Gesellschaft. Ausschlaggebend ist auch hier ihr Ausgehen von der praktischen Tätigkeit des Menschen. Es führt zum Verständnis dafür, daß Bewußtsein nur als das Bewußtsein eines unter *bestimmten gesellschaftlichen Verhältnissen* tätigen Menschen entstehen kann, als Ergebnis der Wechselwirkung von Individuen bei der Produktion ihrer Lebensbedingungen.

Der Standpunkt der Praxis führt also von der allgemeinen Frage nach dem Verhältnis zwischen Bewußtsein und Natur zur konkreteren: nach dem Wechselverhältnis zwischen Bewußtsein und Gesellschaft.

Der Marxismus beantwortet diese Frage so: Es ist nicht das Bewußtsein der Menschen, das ihr Sein, sondern umgekehrt ihr gesell-

schaftliches Sein, das ihr Bewußtsein bestimmt. Und zur Wechselwirkung: Wahre Tätigkeit des Geistes bewährt sich in der Praxis, deren Inhalt, Sinn und Zweck die Veränderung der *materiellen* Welt ist.

Hier zeigt sich: Die Unterscheidung, die Gegenüberstellung von Bewußtsein und Materie ist absolut *nur* für die Frage (der Erkenntnistheorie): Was ist zuerst vorhanden, primär? Wer bestimmt – im Wechselverhältnis – letzten Endes wen?

Außerhalb dieser Grundfrage ist eine absolute Gegenüberstellung falsch, ist eine strenge Trennung von „Bereichen des Bewußtseins“ und „Bereichen der Materie“ unangebracht oder unmöglich. (Man kann den Gedanken nicht von einer Materie trennen, die denkt.) In der revolutionären, überhaupt in jeder praktischen Tätigkeit fungieren der Mensch und sein Bewußtsein als Produkt der materiellen Verhältnisse in Natur und Gesellschaft, aber auch als ihr Umgestalter oder Schöpfer.

DER MATERIEBEGRIFF

Erst der marxistische Materialismus wurde, da er sich mit der modernen Arbeiterbewegung verband, zu einer *Philosophie* nicht nur sich „emanzipiert“ dünkender einzelner, sondern der Massen und ihrer *Massenbewegungen*. Diese begreifen „naturwüchsig“ die Materie als die *außerbewußte* und *bewußtseinsunabhängige Wirklichkeit*.

Sie wird vom menschlichen Bewußtsein auf komplizierte Weise widerspiegelt. Diese Widerspiegelung ist ein *aktiver Prozeß*. Am Fortschritt der Wissenschaften ist abzulesen, daß es sich um einen *fortschreitenden* Prozeß handelt: um die Aneignung der Wirklichkeit im Bewußtsein, mit dem Ziel, sie zu verändern, um die Korrektur, um die Bewährung und die Erweiterung der Erkenntnis durch die Praxis, durch die Änderung der Wirklichkeit. Was man von der gesellschaftlichen Wirklichkeit widerspiegelt, das wird offensichtlich entscheidend davon beeinflußt, wo man in der Gesellschaft steht, auf welchem Klassenstandpunkt.

Der vormarxistische Materialismus konnte, wie schon vermerkt, die Entwicklung in der Gesellschaft nicht ebenso erklären wie in der Natur, weil seine Begriffe von der Materie zu eng, zu starr, zu un-dialektisch waren. Mit der Feststellung, daß auch der Mensch ein Naturwesen sei, daß auch Gesellschaftliches aus „Stoff“ bestehe, kann man gesellschaftliche Prozesse nicht klären.

Die Materie ist – wie Lenin sagte – *unerschöpflich* reich an *Formen*. Es kommt also darauf an – und das leistet die marxistische Philosophie – den Materiebegriff so *genau* und zugleich so *allgemein* zu fassen, daß er alle Bereiche und Entwicklungsformen der Materie – also auch der Gesellschaft und die praktische Tätigkeit des Menschen – einschließt.

Spezialwissenschaftler neigen begreiflicherweise dazu, den Materiebegriff entsprechend diesem oder jenem besonderen Material, mit dem sie sich beschäftigen, eng zu fassen. Solche Enge ermöglicht Behauptungen, daß „die Materie verschwunden“ sei, wenn neue Formen und Verwandlungen der Wirklichkeit entdeckt werden.

Der marxistische Materiebegriff umfaßt alle Formen: mechanische, physikalisch-chemische, biologische und gesellschaftliche. Er ist ein philosophischer Begriff, nicht der einer Einzelwissenschaft.

In diesem – philosophischen – Sinn ist Materie die objektive, unabhängig vom Bewußtsein existierende, in den Empfindungen gegebene Realität, deren unabdingbare *Daseinsweise* die Bewegung, die Veränderung ist.

Diese Veränderungen und Bewegungen nehmen mannigfaltige Formen an. Wichtig ist, daß es eine Stufenleiter in diesen Bewegungsformen und -gesetzen gibt. Ein Beispiel: Biologische Bewegungsgesetze wirken auch in der Gesellschaft, weil die Menschen auch Lebewesen sind. Aber das *Wesentliche* für die Gesellschaft als Bewegungsform sind *soziale* Gesetze, die auf einer niedrigeren Stufe – etwa in der Biologie schlechthin – nicht wirken können, weil es dort an den Bedingungen dafür fehlt.

PRAXIS UND ERKENNTNIS

Daß die marxistische Philosophie nicht von irgendwelchen Begriffen, Ideen, sondern vom realen Lebensprozeß, von der Lebensweise der Menschen ausgeht, hat weitreichende Folgen für die Erkenntnistheorie, also den Zweig der Philosophie, der sich mit den Gegenständen, den Quellen und dem Wesen der Erkenntnis beschäftigt.

Erst Einsicht in die *zentrale Bedeutung der menschlichen Praxis* ermöglicht ein Verstehen dafür: Das Erkenntnisvermögen ist nichts „naturhaft“ Gegebenes, nichts Unveränderliches. Es ist Ergebnis einer langen historischen Entwicklung. („Die Bildung der fünf Sinne ist eine Arbeit der ganzen bisherigen Menschheitsgeschichte.“ Engels)

Auch die Gegenstände der Erkenntnis sind *nicht* ein für allemal gegeben. Was zum Gegenstand der Erkenntnis werden kann, hängt davon ab, was die Menschen in ihrer Praxis, in ihrem Lebensprozeß kennenlernen, sich aneignen, bearbeiten, verändern, umgestalten, schaffen. Also ist jeder gegebene Entwicklungsstand der Gesellschaft und Praxis stets auch eine historische, vergängliche, *verschiebbare* Grenze der Erkenntnis.

Der Erkenntnisakt ist vom einzelnen, von erkennenden Individuen nicht zu trennen. Wesentlich für den Erkenntnisprozeß ist jedoch, daß es sich eben um einen *gesellschaftlich* bedingten, *aktiven* Prozeß handelt. Nicht Natur und ein sie passiv widerspiegelndes Individuum stehen da einander gegenüber.

Träger des Erkenntnisprozesses ist hier die jeweilige konkrete Gesellschaft, wobei auch hier die Praxis im weiten Sinn – also auch die Stellung von Gruppen im Produktionsprozeß, zu den Produktionsmitteln, von denen konkrete Formen der Praxis bedingt werden – von großer Bedeutung dafür ist, wer welche Einsicht gewinnen kann. So ist es keineswegs ein Zufall, daß die Philosophie der Arbeiterklasse zum erstenmal die zentrale Bedeutung der Arbeit, der Praxis für Menschwerdung und für das Menschlicherwerden entdeckt hat und aufdeckt.

Unter *Praxis* in *philosophischem Sinn* versteht der Marxismus nicht diese oder jene Aktivität von einzelnen oder Gruppen, sondern den gesamten gesellschaftlichen Prozeß, in dem die Menschen ihre Lebensbedingungen schaffen, sich aneignen, verändern, in dem sie die Welt zum Gegenstand ihrer Tätigkeit und Erkenntnis machen, dabei ihre eigenen Wesenskräfte weiterentwickeln und vergegenständlichen – als Produkte ihrer Tätigkeit.

PRAXIS UND WAHRHEIT

Die marxistische Erkenntnistheorie zeigt auch, wie Erkenntnis gewonnen und geprüft wird. Ein Tatbestand ist erkannt, wenn das über ihn gefällte Urteil dem Tatbestand entspricht, also wahr ist. Wahrheit ist demnach das Merkmal echter Erkenntnis. Woran erkennen wir aber die geglückte Wahrheitsfindung, welches ist ihr Kennzeichen, ihr „Kriterium“? Ein Urteil ist bewahrheitet, wenn es sich in der Praxis bewährt, uns zu besserer Wirklichkeitsbeherrschung führt.

Diese *Praxis* ist, je nach dem Urteil, um dessen Bewährung es geht, *verschiedenster Art*: Praxis der jeweils konkreten Natur- und Gesellschaftsbeherrschung, Produktionspraxis, Experimentalpraxis, technische Praxis oder gesellschaftliche Praxis (zum Beispiel in der Revolution).

Natürlich gibt es auch Theorien ohne *direkte* Beziehung zur Praxis: Zum Beispiel Theorien über Theorien. Folglich wäre es falsch, von jeder Theorie *unmittelbare* Dienste für die Praxis zu verlangen. Aber stets ist letzten Endes das Kriterium für die Wahrheit – sei es auch über sehr viele Vermittlungen – die *einschlägige* Praxis.

Die Beziehung zwischen Wahrheit und Praxis ist so zu verstehen, daß sich eine Einsicht, eine Erkenntnis in der Praxis bewährt und nützlich ist, weil sie *wahr* ist – und nicht, daß sie wahr ist, weil sie nützlich ist (was etwa für die Ideologen der herrschenden Ausbeuterklasse bedeutet: für die Erhaltung der bestehenden Ausbeutungsverhältnisse nützlich). Die bürgerlichen „Pragmatiker“ vertreten eine die Verhältnisse verdrehende, eine pervertierte Beziehung zwischen Wahrheit und Nützlichkeit; gleiches gilt von verbürgerlichten Führern der Sozialdemokratie, die geradezu stolz sind, wenn ihnen „Pragmatismus“ nachgesagt wird. Sie fühlen sich dann der (bürgerlichen) Wirklichkeit nahe.

BEDINGTHEIT UND FREIHEIT

Es gibt kein Ereignis der Wirklichkeit ohne Ursache. Jedes Geschehen ist ursächlich (kausal) bestimmt, auch wenn das Bedingungs- oder „Determinierungs“-Verhältnis, wenn die Art der Bestimmung, sehr verschiedene Formen annimmt.

Es leuchtet ein: Ohne mehr oder weniger bewußte Ausnützung der Zusammenhänge von Ursachen und Wirkungen, von Wechselwirkungen könnte der Mensch nicht zielgerichtet tätig sein. Nun weisen aber, wie bereits festgestellt, verschiedene Bewegungsformen der Materie verschiedene Gesetzmäßigkeiten auf. Zum Beispiel gelten die für höhere Bewegungsformen – etwa die gesellschaftlichen – wesentlichen Gesetzmäßigkeiten nicht für niedrige Bewegungsformen, etwa biologische oder physikalisch-chemische.

Die außerordentliche Bedeutung des Marxismus liegt auch darin, daß er die *allgemeinsten* und *wichtigsten Gesetzmäßigkeiten* im Bereich der *höchsten* Bewegungsformen – in der Gesellschaft – entdeckt hat. Das war und ist Voraussetzung für den geschichtlich bedeutsamen Übergang von gesellschaftlichen Prozessen, die in hohem Maß *spontan*, gleichsam im Selbstlauf vor sich gehen – wie in allen Ausbeuterordnungen – zu einer Gesellschaftsordnung – dem Sozialismus und dem Kommunismus – in der die Entwicklung vor allem durch *Bewußtheit* gekennzeichnet wird.

Idealisten aller Art vertreten die Meinung, daß für das menschliche Handeln ursächliche Bedingtheit, also Determiniertheit, Zwang und Unfreiheit bedeute. Nur ein „indeterminierter“, ein „unbedingter“ Wille ermögliche Freiheit des Handelns, verleihe einem Zur-Verantwortung-Ziehen Sinn. Das ist ein falscher Vorwurf an die falsche Adresse gerichtet.

Vormarxistische Materialisten vertraten einen *mechanischen* Determinismus – das heißt die Auffassung, daß Ursache und Wirkung stets in eindeutiger Weise verbunden seien, daß *alle* Ereignisse gesetzmäßig seien, es also keinen Zufall, sondern nur noch nicht erkannte Gesetzmäßigkeiten gäbe.

Der Marxismus hingegen vertritt einen *dialektischen* Determinismus. Er unterscheidet gesetzmäßige und zufällige Ereignisse, die freilich beide, wenn auch auf verschiedene Weise, objektiv bedingt sind. Er betrachtet die Kausalität, die Verkettung von Ursache und Wirkung nur als einen Fall der *universellen Wechselwirkung* in der Wirklichkeit. Er geht davon aus, daß verschiedene Bewegungsformen verschiedenen Gesetzmäßigkeiten folgen, man also nicht gesellschaftliche Erscheinungen wie Kriege etwa mechanisch mit bestimmten Bewegungen von Molekülen in menschlichen Köpfen erklären kann.

Der Marxismus berücksichtigt philosophisch die Ergebnisse der Einzelwissenschaften. Und er weist nach, daß Freiheit Einsicht in die

objektiven Notwendigkeiten verlangt, daß ein Ignorieren dieser Notwendigkeit wohl zu einem vermeintlichen Freiheitsgefühl, aber nie zu gewünschten Resultaten führen kann.

Für die Arbeiterklasse bedeutet das praktisch: Einsicht in das, was die Interessen der Unterdrückten und Ausgebeuteten auf Grund der *Gesetzmäßigkeiten* notwendigerweise erfordern, ist Bedingung für die Selbstbefreiung, für erfolgreiches revolutionäres Handeln.

DIALEKTIK, EVOLUTION UND REVOLUTION

Was bedeutet es, daß der marxistische Materialismus ein *dialektischer* Materialismus ist? Das heißt: Er berücksichtigt in Methode und Theorien höchst wirksam und allgemein, daß in Natur, Gesellschaft und im Denken, das sie widerspiegelt, *Entwicklungsvorgänge* von entscheidender Bedeutung sind.

Der große Grundgedanke ist – wie Engels formulierte – daß die Welt nicht als ein Komplex von fertigen Dingen zu betrachten ist, sondern als ein Komplex von Vorgängen, von Prozessen, worin die scheinbar stabilen Dinge nicht minder wie ihre Gedankenabbilder – die Begriffe – eine ununterbrochene Veränderung des Werdens und Vergehens durchmachen.

Diesen Grundgedanken ganz allgemein anerkennen und ihn im einzelnen auf jedem Gebiet konsequent durchführen ist zweierlei, vermerkte Engels. Es macht eben einen sehr großen Unterschied aus, ob man allgemein anerkennt, daß alles vergänglich ist oder ob man selber als Klasse zur Kenntnis nehmen soll, daß es mit einem zu Ende geht.

Über diese revolutionäre Seite heißt es in Brechts Gedicht „Lob der Dialektik“: „Auf den Märkten sagt die Ausbeutung laut: Jetzt beginne ich erst / Aber von den Unterdrückten sagen viele jetzt: / Was wir wollen, geht niemals. / Wer noch lebt, sage nicht: Niemals! / Das Sichere ist nicht sicher / So wie es ist, bleibt es nicht.“

Die Dialektik ist die Wissenschaft von den allgemeinen Gesetzen der Bewegung, von den Zusammenhängen, die objektiv in der äußeren Welt wie im Denken wirken.

Im bürgerlichen Denken erscheint Entwicklung vorwiegend als „Evolution“, als stetige Entwicklung. Pessimistisch gewordene Bürger leugnen freilich schon auf diesem oder jenem Gebiet oder überhaupt eine fortschreitende Entwicklung, die über sie und ihre Vorstellungen hinweggeht. Auch der „Sozialpartnerschafts“-ideologie liegt eine evolutionistische Vorstellung von Entwicklung zugrunde: Die, daß es nur Interessensunterschiede gäbe, aber keine unversöhnlichen Gegensätze, daß also eine Vorwärtsentwicklung möglich sei, aber nur durch Vermeidung von Konflikten und Erschütterungen, nur durch „Ausgleich“ dieser Interessen.

All das läuft auf eine Verarmung und Verfälschung der wirklichen Vorgänge hinaus. Entwicklungsprozesse, bei denen aus Einfachem Komplexeres entsteht, weisen „evolutionäre“ und „revolutionäre“ Phasen auf. In der ersten, evolutionären Phase kommt es bei gleichbleibender Grundqualität des Vorganges zu mengenmäßigem (quantitativem) Wachstum.

Bei der revolutionären Phase ändert sich auf Grund der vorangegangenen evolutionären Entwicklung sprunghaft die Grundqualität, das Wesentliche. Es erfolgt der *revolutionäre Sprung*, das „Umschlagen von Quantität in Qualität“. Diese neue Qualität ist ihrerseits durch eine bestimmte, ihr eigene und sich ändernde, weiter steigende Quantität gekennzeichnet. Solches Umschlagen von Quantität in Qualität ist Entwicklungsvorgängen – Höherentwicklung in allen Bereichen von Natur, Gesellschaft und Denken – eigen.

Was die *gesellschaftlichen* Entwicklungen betrifft, so vernachlässigt der Rechtsopportunist den Qualitätsumschlag; er verfährt rein „evolutionistisch“ und vermeint, sich Revolutionen „ersparen“ zu können – so auch der Konterrevolution Vorschub leistend. Aus Angst vor Revolution hemmt er sogar die mögliche Evolution.

Der Linksopportunist wiederum, das phrasenhafte Revoluzzer-tum, verschmäht es, die Revolution durch quantitatives Wachstum, durch Evolution vorzubereiten, und wirkt so den revolutionären Kräften entgegen. Rechts- und „Links“-Opportunisten zeitigen vergleichbare Folgen.

DER KAMPF VON ALTEM UND NEUEM

Im weiteren Verlauf jedes Entwicklungsprozesses wird die zuvor neue Qualität ihrerseits in jeweils besonderer Weise veralten und die Entstehung von wiederum Neuem unvermeidlich. Dabei wird das Alte in dreifachem Sinne des Wortes „aufgehoben“: es wird beendet (negiert), dabei in Teilen aufbewahrt (konserviert) und solcherart auf eine höhere Stufe gehoben. Kurz wird das die „*Negation der Negation*“ genannt. Die Art dieser Negation der Negation ist je nach Entwicklungsablauf verschieden. So folgt der klassenlosen Urgeschichte die Sklavenhaltergesellschaft, dieser die Leibeigenen-(Feudal-)Gesellschaft, die wiederum in den bürgerlichen Revolutionen von der kapitalistischen Gesellschaft aufgehoben wird. Diese schließlich wird durch die sozialistische Revolution zur ausbeutungsfreien, schließlich – auf ungleich höherer Stufe – wiederum klassenlosen Gesellschaft des Kommunismus.

In dieser erfolgt die Höherentwicklung nicht mehr in der spezifischen Form des Klassenkampfes, sondern durch sich beschleunigende, aufsteigende Erneuerung der gesellschaftlichen Produktivkräfte und durch Bewußtseinswandlung, immer größeres Schöpfungstum der koope-

rierenden Menschen, die immer wirkungsvoller zu produzieren, zu erfinden, zu entdecken, künstlerisch zu schaffen, moralisch-politisch ihre gemeinsamen Angelegenheiten zu fördern lernen.

Dabei entsteht nicht nur immer wieder im dialektischen Entwicklungsprozeß Neues, sondern erfolgt die stete Erneuerung in steigendem Tempo. So bedeutet die sozialistische Revolution, bei richtiger Handhabung, nicht – wie die Bourgeoisie behauptet – Stillstand, sondern sich beschleunigende Vorwärtsentwicklung.

DER WIDERSPRUCH ALS TRIEBKRAFT

Was ist die entscheidende Triebkraft, die Quelle der Bewegungen und Entwicklungen? Es ist der *dialektische Widerspruch* – die jedem Gebilde, jedem Vorgang innewohnende Einheit von Gegensätzen und ihr Kampf. Es ist das zur Einheit verbundene „Widerspiel gegenläufiger Kräfte und Tendenzen“ (Marx).

Wegen ihrer Bedeutung nannte Lenin die Lehre vom dialektischen Widerspruch den „Kern der Dialektik“. Marx und Engels betrachteten Hegels Dialektik, die im dialektischen Widerspruch „das Prinzip aller Selbstbewegung“, die „Wurzel aller Bewegung und Lebendigkeit“ sah, als größte Leistung der klassischen deutschen Philosophie.

Es ist verständlich, daß erst das Proletariat Träger einer Weltanschauung werden konnte, die im dialektischen Widerspruch – also in *materiellen*, objektiven Widersprüchen – die Quelle aller Veränderung und Entwicklung erblickt. Bei der Herausarbeitung dieser Theorie durch Marx, Engels, Lenin standen begrifflicherweise die inneren Widersprüche der Gesellschaft im Mittelpunkt: die Widersprüche zwischen Klassen, zwischen gesellschaftlicher Produktion und privater Aneignung, zwischen Produktivkräften und Produktionsverhältnissen, usw.

Dialektische Widersprüche – nicht zu verwechseln mit formallogischen – vereinigen Gegensätze, die sich *gegenseitig bedingen*, so daß einer ohne den anderen – in einem gegebenen System! – nicht existieren kann: wie Ausbeuter und Ausgebeutete – im Kapitalismus. Das ist mit der Formel „*Einheit der Gegensätze*“ gemeint. Daß sie einander ausschließen, in Widerstreit liegen, berechtigt ebenso dazu, von einem *Kampf der Gegensätze* zu sprechen. Die Einheit und der Kampf der Gegensätze charakterisieren den real bestehenden dialektischen Widerspruch.

Anziehung und Abstoßung, Aufbau und Abbau, Kampf der Klassen – das sind Beispiele des „Widerspieles gegenläufiger Kräfte und Tendenzen“, welche die Entwicklung in Natur und Gesellschaft weiter-treiben. Ihre gedankliche Erfassung ermöglicht es zu verstehen und zu fördern, was für den Fortschritt vonnöten ist. So ist die materialistische Dialektik eine zutiefst revolutionäre Lehre von den Entwick-

lungsprozessen und von der aktiven Umwandlung und somit untergehenden Klassen, ihren Ideologen und „Partnern“ ein Greuel.

BEWEGUNGSGESETZE DER GESELLSCHAFT

Gegenstand des historischen Materialismus sind die allgemeinen Bewegungs- und Entwicklungsgesetze der menschlichen Gesellschaft. Er ist die Anwendung und Entwicklung des dialektischen Materialismus in diesem Bereich der Wirklichkeit. Der historische Materialismus ist als Gesellschaftstheorie Kern der marxistischen Weltanschauung, deren Bestandteile insgesamt der revolutionären, weltverändernden Praxis dienen.

Auch hier zeichnet sich der Marxismus dadurch aus, daß er nicht von irgendwelchen Kategorien, Geboten, nicht von Ausgeklügeltem ausgeht, sondern von realen Lebensbedingungen der Gesellschaft und ihren vorwärtstreibenden Widersprüchen. Schon einige Jahre vor dem „Kommunistischen Manifest“ schrieben Marx und Engels: „Wir treten nicht der Welt doktrinär mit einem neuen Prinzip entgegen... Wir entwickeln der Welt aus den Prinzipien der Welt neue Prinzipien... Wir zeigen ihr nur, warum sie eigentlich kämpft, und das Bewußtsein ist eine Sache, die sie sich aneignen muß, auch wenn sie nicht will.“ Auch nichtmarxistische Materialisten hatten versucht, das historische Geschehen aus verschiedenen materiellen Gegebenheiten zu erklären: aus klimatischen Umständen, aus ethnischen Besonderheiten, also Volkseigentümlichkeiten, aus Bevölkerungsdichte, geographischem und sozialem Milieu („Das Milieu formt den Menschen“). Außer acht gelassen wurde dabei, daß die Menschen das Milieu formen, das sie formt. Diese materiellen Faktoren bestimmen zweifellos das Leben der Menschen mit. Aber schon das Maß, in dem sie es mitbestimmen, hängt erfahrungsgemäß von ganz anderen Faktoren ab. Schon deshalb können sie nicht die entscheidende Triebkraft der Geschichte sein.

PRODUKTIVKRÄFTE – PRODUKTIONSVERHÄLTNISSE

Der Marxismus geht im Gegensatz zu diesen mechanischen, undialektischen Auffassungen und idealistischen Vorstellungen davon aus, daß die Art und Weise, wie die Menschen die materiellen Lebensbedingungen selbst erzeugen – also produzieren, um essen und trinken, sich kleiden und wohnen zu können – ihr gesamtes materielles Leben und – als Folge davon über viele Vermittlungen – auch ihr geistiges Leben bestimmt. In der Produktion wirken die Menschen nicht nur auf die Natur, sondern auch aufeinander. Um zu produzieren, treten sie in bestimmte Beziehungen und Verhältnisse zueinander.

Nur in diesen konkreten gesellschaftlichen Beziehungen produzieren sie, wirken sie auf die Natur und aufeinander.

Materielle Produktion bedeutet stets ein doppeltes Verhältnis: das zur Natur, repräsentiert durch die Produktivkräfte; bestimmte Verhältnisse der Menschen untereinander, die Produktionsverhältnisse oder, einfacher die Eigentumsverhältnisse. Beide zusammen ergeben je nach dem Entwicklungsstand verschiedene Produktionsweisen oder „Gesellschaftsformationen“.

Die Produktionsverhältnisse ergeben sich aus einem entsprechenden Stand der Produktivkräfte, sie stimmen also zunächst mit diesen überein. Aber weil es sich vor allem um Eigentumsverhältnisse handelt, weil an ihnen mit Beharrungsvermögen und Macht festgehalten wird, um auf dem eigenen Vermögen zu beharren, geraten auf einer gewissen Entwicklungsstufe die Produktivkräfte, die in der Produktion weiter entwickelt werden, in Widerspruch mit den vorhandenen Produktions- oder Eigentumsverhältnissen. „Aus Entwicklungsformen der Produktivkräfte schlagen diese Verhältnisse in Fesseln derselben um. Es tritt dann eine Epoche sozialer Revolution ein.“ (Marx)

Schon im „Kommunistischen Manifest“ sind die Grundgedanken des historischen Materialismus als konkrete Analyse des Kapitalismus enthalten: Der Entwicklungsstand der Produktion gibt die soziale Gliederung einer Epoche; die Geschichte der Gesellschaft ist seit Existenz des Privateigentums die Geschichte von Klassenkämpfen. Mit der Entwicklung der Produktivkräfte im Kapitalismus, mit dem Widerspruch zwischen ihrer Entwicklung und dem Privateigentum an den Produktionsmitteln ist eine Stufe erreicht, wo mit der Selbstbefreiung des Proletariats die Gesellschaft überhaupt von Klassenspaltung und Ausbeutung befreit wird.

Zur Begriffserläuterung: Menschen produzieren mittels Werkzeugen oder „Arbeitsmitteln“ – durch Bearbeitung der „Arbeitsgegenstände“ (Boden, Rohstoffe, Halbfabrikate usw.). Arbeitsmittel samt Arbeitsgegenständen nennt der Marxismus „Produktionsmittel“. Die Einheit von Produktionsmitteln und den Menschen, die sie mit bestimmten Erfahrungen und Fertigkeiten handhaben, nennt der Marxismus „Produktivkräfte“. Arbeitsmittel ohne Menschen, die sie handhaben, sind nur der Möglichkeit nach Produktivkräfte; ebenso Menschen ohne Arbeitsmittel.

Die Entwicklung der Produktivkräfte erfaßt stets alle Bestandteile, die dinglichen wie den Menschen und ihr Verhältnis zueinander. Dies gilt auch für die sogenannte wissenschaftlich-technische Revolution. Der Privatbesitz an Produktionsmitteln – also die kapitalistischen „Produktionsverhältnisse“ – bilden hier eine Schranke für die Änderung der menschlichen Produktivkraft.

BASIS, UBERBAU, KLASSEN

Die Produktionsverhältnisse bilden die Grundlage, die „Basis“, über der sich der „Überbau“ der Institutionen und Ideologien erhebt. Die Basis bestimmt den Inhalt des Überbaus. Kapitalistischen Eigentumsverhältnissen entspricht auch ein kapitalistischer Staat, mit der Funktion, diese Basis zu sichern.

Der Überbau besitzt eine *relative Selbständigkeit*, wirkt als *aktive Kraft* auch auf die Basis ein, wobei sich in der Wechselbeziehung in letzter Instanz die Basis, die „ökonomische Notwendigkeit“ durchsetzt. In den juristischen, politischen, religiösen, künstlerischen und philosophischen, kurz *ideologischen Formen* werden sich die Menschen des Konflikts zwischen Produktivkräften und Produktionsverhältnissen bewußt und fechten ihn aus.

Als „Klassen“ definierte Lenin „große Menschengruppen, die sich voneinander unterscheiden nach ihrem Platz in einem geschichtlich bestimmten System der gesellschaftlichen Produktion, nach ihrem (größtenteils in Gesetzen fixierten und formulierten) Verhältnissen zu den Produktionsmitteln, nach ihrer Rolle in der gesellschaftlichen Organisation der Arbeit und folglich nach der Art der Erlangung und Größe des Anteils am gesellschaftlichen Reichtum, über den sie verfügen“. Sind diese Klassen „antagonistisch“, das heißt ihre Interessen unversöhnlich, so ist der Klassenkampf zwischen ihnen gesetzmäßig notwendig.

GESETZMÄSSIGKEIT UND „SUBJEKTIVER FAKTOR“

Das „Kommunistische Manifest“ konnte in seinen Mittelpunkt die Einsicht stellen, daß auch die historische Entwicklung gesetzmäßig und keineswegs willkürlich verläuft. Diese *objektiven* Gesetze wirken freilich – zum Unterschied von Naturgesetzen – nur vermittelt der gesellschaftlichen Tätigkeit der Menschen, nie „an sich“. Nur jene, deren Handeln von Einsicht in das objektiv Erreichbare geleitet wird, können ihren Willen annähernd verwirklichen.

Die *utopischen Sozialisten*, welche die Gesetze der Geschichte nicht erkannten, versuchten Unerreichbares zu erreichen. Am *Anarchismus* kritisierte Marx: Grundlage „seiner“ Revolution sei der Wille, der Wunsch, nicht die ökonomischen Bedingungen.

Der „*Voluntarismus*“, das Wunschdenken in der Politik, versucht das Unmögliche, nämlich objektiv notwendige Entwicklungsstufen durch „große Sprünge“ zu überspringen. (Welche Stadien der gesellschaftliche Fortschritt in gesetzmäßiger Aufeinanderfolge durchmißt, von der Urgesellschaft bis zum Sozialismus, wurde bereits skizziert.)

Über seine eigene Leistung schrieb Marx: „Was ich neu tat, war 1. nachzuweisen, daß die Existenz der Klassen bloß an bestimmte

historische Entwicklungsphasen der Produktion gebunden ist; 2. daß der Klassenkampf notwendig zur Diktatur des Proletariats führt; 3. daß diese Diktatur selbst nur den Übergang zur Aufhebung der Klassen und zu einer klassenlosen Gesellschaft bildet.“

Hier setzt die marxistisch-leninistische Lehre von der Partei und der Revolution an – entsprechend der Einsicht des Marxismus, daß die Menschen ihre Geschichte unter vorgegebenen, nicht freigewählten Bedingungen, wohl aber aus eigenen Stücken machen, daß die Geschichte also *nicht mechanisch* verläuft, sondern *dialektisch*, daß für die Durchsetzung der objektiven Gesetzmäßigkeit des Übergangs vom Kapitalismus zum Sozialismus der subjektive Faktor, die revolutionäre Partei der Arbeiterklasse, ihr politischer, ökonomischer und ideologischer Kampf von entscheidender Bedeutung ist.

KONTROLLFRAGEN

1. Was ist die Grundfrage der Philosophie? Was unterscheidet Materialisten von Idealisten?
2. Was ist der Grundgedanke der Dialektik?
3. Was verstehen wir unter dialektischem Widerspruch?
4. Wovon wird das gesellschaftliche Leben der Menschen in letzter Instanz bestimmt?
5. Was verstehen wir unter Produktivkräften und Produktionsverhältnissen? Was unter Basis und Überbau?

Die politische Ökonomie des Kapitalismus

Die kapitalistische Gesellschaftsformation, welche die feudale Gesellschaftsformation abgelöst hat, ist die letzte Ausbeuterordnung. Wie Marx und Engels nachwiesen, wird sie mit historischer Notwendigkeit durch die ausbeutungsfreie kommunistische Gesellschaft abgelöst, deren erste Phase der Sozialismus ist.

In seiner Entwicklung durchläuft der Kapitalismus zwei Hauptstadien: den vormonopolistischen Kapitalismus und den Monopolkapitalismus oder Imperialismus.

Zum Unterschied von den vorkapitalistischen Gesellschaftsformationen, in denen die Naturalwirtschaft vorherrschte, herrscht im Kapitalismus die Warenproduktion, die in dieser Formation allumfassenden Charakter annimmt. Insbesondere wird die menschliche Arbeitskraft zur Ware. Die kapitalistische Produktionsweise kann nur dann richtig verstanden werden, wenn das Wesen der Ware und ihre Widersprüche aufgedeckt werden. Daher beginnt Marx seine Analyse der kapitalistischen Produktionsweise mit der Untersuchung der Ware und der Warenwirtschaft.

DIE WARENPRODUKTION

Warenwirtschaft ist dadurch gekennzeichnet, daß ihre Arbeitsprodukte nicht für den unmittelbaren Verbrauch – wie es bei der Naturalwirtschaft der Fall ist – sondern für den Austausch hergestellt werden. (Eine Wirtschaft ist ihrem Wesen nach auch dann Warenwirtschaft, wenn ein Teil der eigenen Produktion innerhalb der Wirtschaft des Produzenten verbraucht und nicht ausgetauscht wird.)

Es hat nicht immer Warenproduktion gegeben, und es wird sie nicht immer geben. Sie ist eine historische vergängliche Form der gesellschaftlichen Produktion. Heute gibt es die kapitalistische und die sozialistische Warenproduktion. Zur Warenproduktion kam es, als ein bestimmter Entwicklungsgrad der Produktivkräfte, der zur gesellschaftlichen Arbeitsteilung führte, erreicht war und das Privateigentum an Produktionsmitteln sich herausgebildet hatte.

Mit der Herausbildung des Privateigentums an den Produktionsmitteln werden die Produzenten einerseits voneinander getrennt, denn jeder arbeitet zuerst für sich und tritt erst im Austausch, im Verkauf (der Realisierung) seiner Arbeit in Verbindung mit anderen. So wie die Produktionsmittel sind auch die Produkte sein Eigentum.

Unter den Bedingungen gesellschaftlicher Arbeitsteilung entwickelt sich jedoch andererseits die Abhängigkeit der Produzenten voneinander. Jeder spezialisiert sich auf die Erzeugung eines bestimmten Produktes. Die durch das Privateigentum voneinander getrennten Produzenten können infolge der gesellschaftlichen Arbeitsteilung also nur in den Besitz der notwendigen Existenzmittel gelangen, wenn sie ihre Erzeugnisse gegeneinander austauschen.

Während die gesellschaftliche Arbeitsteilung die gegenseitige Abhängigkeit aller Produzenten bedingt, führt das Bestehen des Privateigentums an den Produktionsmitteln zur Trennung der Produzenten. Damit wird der Warenaustausch zur objektiven Notwendigkeit.

DIE WARE UND IHRE EIGENSCHAFTEN

Warenproduktion ist also nicht auf die Befriedigung der eigenen Bedürfnisse, sondern auf den Austausch gerichtet. Dementsprechend ist die Ware ein Arbeitsprodukt, das für den Austausch hergestellt wird.

Die Ware besitzt zwei Eigenschaften: erstens, irgendein menschliches Bedürfnis zu befriedigen (Gebrauchswert), und zweitens die Fähigkeit, sich gegen andere Waren austauschen zu können (Tauschwert).

Die Produktion von Gebrauchswerten zur Bedürfnisbefriedigung ist eine Naturbedingung der menschlichen Existenz und keine Besonderheit der Warenproduktion. Gebrauchswerte müssen in jeder Gesellschaftsordnung erzeugt werden.

Als Gebrauchswerte können die Waren einander nicht gleichgesetzt werden. Da zwei verschiedene Gebrauchswerte qualitativ unterschiedlich sind, sind sie quantitativ nicht vergleichbar. Wie können aber dennoch ein Paar Schuhe und drei Zentner Kartoffeln beim Austausch gleichgesetzt werden? Was ist in diesem Fall die Vergleichsbasis? Um sie zu finden, muß von all dem abgesehen werden, was die Waren voneinander unterscheidet, und das herausgefunden werden, was ihnen allen gemeinsam ist.

Das Gemeinsame aller Waren, das sie quantitativ vergleichbar macht, ist die zu ihrer Erzeugung aufgewendete, in ihnen enthaltene, also vergegenständlichte Arbeit. Jede Ware ist gleichsam eine bloße Verkörperung unterschiedsloser menschlicher Arbeit. Obgleich die Waren als Gebrauchswerte verschiedener Art sind, werden sie dennoch einander gleichgesetzt, und zwar entsprechend der zu ihrer Produk-

tion aufgewendeten Menge gesellschaftlicher Arbeit. Ein Beispiel: Wasser, in seinen natürlichen Erscheinungsformen ein Gebrauchswert, erhält einen Tauschwert, und damit auch einen Preis, erst durch die gesellschaftliche Arbeit, die für seine Sammlung und Beförderung an den Ort des Verbrauches aufgewendet wird.

Dem Tauschwert der Ware liegt also die für ihre Produktion verausgabte gesellschaftliche Arbeit zugrunde. Sie bildet den Wert der Waren. Das heißt, die in der Ware verkörperte Arbeit bildet die „Substanz“, den Gehalt des Wertes.

Zwischen Wert und Tauschwert einer Ware besteht ein enger Zusammenhang, sie sind jedoch nicht identisch. Der durch die gesellschaftliche Arbeit gebildete Wert ist eine innere Eigenschaft der Ware, der Tauschwert eine Erscheinungsform des Wertes. Die Ware ist also kein Ding an sich, sondern stets Ausdruck gesellschaftlicher Verhältnisse.

DER DOPPELCHARAKTER WARENPRODUZIERENDER ARBEIT

Gebrauchswert und Wert sind durch den Doppelcharakter der in der Ware verkörperten Arbeit bedingt. Marx wies nach, daß warenproduzierende Arbeit zwei Seiten hat, daß sie gleichzeitig konkrete, gebrauchswertschaffende und abstrakte, wertbildende Arbeit ist.

Als konkrete Arbeit wird die nützliche Arbeit bezeichnet, die in einer bestimmten Form verausgabt wird und sich dadurch qualitativ von allen anderen Arbeitsarten unterscheidet. Die verschiedenen Arten der konkreten Arbeit (des Tischlers, Schusters usw.) unterscheiden sich durch Zweck, Operationsweise, Gegenstand, Mittel und Resultat.

Die konkrete Arbeit ist eben wegen dieser Unterschiede die Arbeit, die den Gebrauchswert schafft. Grundlage für den Wert kann aber nur das sein, was allen Arbeitsarten ausnahmslos gemeinsam ist.

Das Gemeinsame aller Arten menschlicher Arbeit ist, daß sie Verausgabung von Arbeitskraft, das heißt von menschlicher Muskel-, Nervenkraft usw., sind. Arbeit der Warenproduzenten, als Verausgabung von Arbeitskraft schlechthin, unabhängig von ihrer konkreten Form, nennen wir abstrakte Arbeit. Schafft die konkrete Arbeit Gebrauchswert, so bildet die abstrakte Arbeit Wert. Die Verausgabung menschlicher Arbeit macht die Waren vergleichbar.

Ist konkrete Arbeit Existenzbedingung jeder Gesellschaft, so ist die abstrakte Arbeit ein historischer Allgemeinbegriff, der an Warenproduktion gebunden ist. Der Warenwert, den die abstrakte Arbeit bildet, ist also eine historische, eine vergängliche Kategorie.

Der Doppelcharakter warenproduzierender Arbeit bringt den Widerspruch zwischen der privaten und der gesellschaftlichen Arbeit der Warenproduzenten zum Ausdruck. Einerseits isoliert das Privat-

eigentum an den Produktionsmitteln die Menschen voneinander, macht die konkrete Arbeit des Warenproduzenten zu seiner privaten Angelegenheit. Die in den einzelnen Wirtschaften verausgabte Arbeit ist nicht mit der Arbeit der anderen Warenproduzenten abgestimmt. Die Arbeit wird spontan, ohne vorherige Kenntnis der Bedürfnisse der Gesellschaft an den entsprechenden Produkten geleistet.

Andererseits bedingt die gesellschaftliche Arbeitsteilung einen allseitigen Zusammenhang zwischen den Warenproduzenten, da sie ihre Erzeugnisse nicht für den eigenen Gebrauch, sondern für andere herstellen. Folglich ist die Arbeit eines jeden Warenproduzenten zugleich private und gesellschaftliche Arbeit. Doch der gesellschaftliche Charakter bleibt im Prozeß der Warenproduktion verborgen. Produziert werden Gebrauchswerte. Aber der Produzent erzeugt sie wegen des ihnen innewohnenden Tauschwertes. Erst auf dem Markt, im Austausch, tritt der gesellschaftliche Charakter der Arbeit zutage. Erst hier offenbart sich, ob die Arbeit des Warenproduzenten für andere nützlich, für die Gesellschaft notwendig ist und gesellschaftliche Anerkennung findet.

Der Widerspruch zwischen privater und gesellschaftlicher Arbeit ist der Grundwiderspruch der einfachen Warenproduktion. Er bedingt ihren ungeplanten, anarchischen, spontanen Charakter. Er schließt schon die Möglichkeit ein, daß Mißverhältnisse in der Produktion der jeweiligen Waren entstehen, was sich in Überproduktion (Krisen) und in Schwankungen der Marktpreise äußert.

DIE WERTGRÖSSE DER WARE

Da den Wert die in den Waren vergegenständliche abstrakte Arbeit ausmacht, wird die Wertgröße einer Ware durch die Menge an Arbeit oder an Arbeitszeit bestimmt, die zu ihrer Produktion notwendig ist. Je mehr Zeit für die Produktion einer Ware erforderlich ist, um so höher ist ihr Wert. Als wertbildende Arbeitszeit gilt jedoch nicht die individuelle Arbeitszeit des einzelnen Produzenten, sondern nur die gesellschaftlich notwendige Arbeitszeit.

Die gesellschaftlich notwendige Arbeitszeit ist keine ein für allemal gegebene, unveränderliche Größe. Sie wechselt mit der Veränderung der Arbeitsproduktivität. Unter Arbeitsproduktivität versteht man vor allem die Fähigkeit, eine bestimmte Anzahl von Erzeugnissen dieser oder jener Art in einer bestimmten Zeit herzustellen. Steigerung der Arbeitsproduktivität bedeutet, daß in der gleichen Arbeitszeit mehr Gebrauchswerte als vorher erzeugt werden, also der in dieser Arbeitszeit produzierte Wert sich auf mehr Produkte verteilt. Damit sinkt der Wert (Tauschwert) des einzelnen Produktes, weil sich die zu seiner Herstellung aufgewandte gesellschaftlich notwendige Arbeitszeit ver-

ringert. Arbeitsproduktivität und Wert der Waren entwickeln sich in entgegengesetzter Richtung. Steigende Arbeitsproduktivität hat ein Sinken des Wertes der einzelnen Ware zur Folge und umgekehrt.

Unter Intensität der Arbeit ist der Anspannungsgrad der Arbeit zu verstehen. Wachsende Arbeitsintensität bedeutet im Grunde erhöhten Arbeitsaufwand pro Arbeitszeiteinheit. Intensivere Arbeit bildet somit je Zeiteinheit größeren Wert als weniger intensive Arbeit.

Um die Frage, wodurch die Wertgröße einer Ware bestimmt wird, vollständig zu beleuchten, muß noch auf die einfache und komplizierte Arbeit eingegangen werden. Einfache Arbeit ist Arbeit eines nichtqualifizierten Arbeiters, komplizierte Arbeit erfordert eine Spezialausbildung. Waren, die durch komplizierte Arbeit erzeugt werden, haben folglich bei gleichem Arbeitsaufwand einen höheren Wert als durch einfache Arbeit hergestellte.

Komplizierte Arbeit enthält nicht nur die Arbeit des qualifizierten Arbeiters, sondern auch jene Arbeit, die bei seiner Ausbildung verausgabt wurde. Daher gilt die komplizierte Arbeit als multiplizierte (oder sogar potenzierte) einfache Arbeit. Die Zurückführung verschiedener Arten komplizierter Arbeit auf einfache Arbeit erfolgt nicht auf der Grundlage irgendwelcher Berechnungen, sondern spontan, auf dem Markt.

Die Wertgröße einer Ware wird also durch das zu ihrer Produktion verausgabte Quantum an abstrakter, gesellschaftlich notwendiger einfacher Arbeit bestimmt.

DAS GELD

Bei entwickelter Warenproduktion ist das Mittel, worin der Wert aller Waren ausgedrückt wird, das Geld. Der Geldform des Wertes ging ein langer und komplizierter Entwicklungsprozeß des Austausch voraus.

Vergegenwärtigen wir uns die Schwierigkeiten, die eine Kette von Tauschakten hervorbringt.

Produzent	erzeugt	benötigt
A	Beil	Leinen
B	Weizen	Beil
C	Schuhe	Weizen
D	Leinen	Schuhe

Damit A den Gebrauchswert Leinen erhält, muß er zunächst mit B tauschen, den Weizen dann an C weitergeben, um mit den Schuhen schließlich das Leinen eintauschen zu können. Sehr viel einfacher ist der Tausch für A, wenn er sein Beil an B gegen ein „allgemeines Äquivalent“ verkauft, denn damit kann er sofort von C das Leinen kaufen. Das allgemeine Äquivalent verringert die Zahl der Tauschakte.

Sind die Schwierigkeiten auf Grund der Häufigkeit und des Umfangs von Tauschakten fühlbar geworden, ist der Zeitpunkt gekommen, daß eine herausragende Ware zum Wertausdruck aller anderen Waren wird. Übernimmt eine bestimmte Ware diese Funktion, so bezeichnet man sie als Geld.

Geld hat wie alle anderen Waren einen Wert, dessen Größe durch die in ihm vergegenständlichte gesellschaftlich notwendige Arbeit bestimmt ist. Das Geld ist eine spezielle Ware, in der alle anderen Waren ihren Wert ausdrücken. Diese Eigenschaft bildet ihren spezifischen Gebrauchswert. Historisch hat sich als „Äquivalent“ das Gold durchgesetzt.

Der Gebrauchswert des Geldes besteht somit im Unterschied zu den Gebrauchswerten aller übrigen Waren nicht aus den natürlichen Eigenschaften der Geldware, sondern allein aus ihrer gesellschaftlichen nützlichen Funktion, sich mit allen Waren unmittelbar austauschen zu können.

DAS WERTGESETZ

Das Wertgesetz wirkt in allen gesellschaftlichen Formationen, in denen es Warenproduktion gibt. Ihm zufolge findet die gesellschaftliche Arbeit im Warenwert ihren Ausdruck und geht der Warenaustausch entsprechend dem Quantum der in jeder auszutauschenden Ware verkörperten abstrakten gesellschaftlich notwendigen Arbeit vorstatten.

Die Warenproduzenten stellen Produkte her, die für andere bestimmt sind und tauschen diese gegeneinander als Waren aus. Dabei müssen die Warenproduzenten sich gegenseitig ihre verausgabte Arbeit so ersetzen, daß gleiche Werte ausgetauscht werden. Das ist das ökonomische Grundprinzip der einfachen Warenproduktion.

Das Wirken des Wertgesetzes bedeutet allerdings nicht, daß der Warenaustausch in jedem konkreten Fall in genauer Übereinstimmung mit dem Wert der auszutauschenden Ware erfolgt. In Wirklichkeit weichen die Austauschproportionen mehr oder weniger von den genauen Wertverhältnissen ab. Das Wertgesetz wirkt unter den Bedingungen der auf dem Privateigentum beruhenden Warenproduktion spontan, indem die Preise der Waren von ihrem Wert abweichen. Das

bedeutet, daß der Warenpreis als Geldausdruck des Werts kein exaktes Maß für die Wertgröße ist.

Die Abweichungen der Warenpreise vom Wert der Waren schlagen sich in Schwankungen der Marktpreise nieder, die unter dem Einfluß der sich verändernden Verhältnisse zwischen Angebot und Nachfrage auftreten. Übersteigt das Angebot einer bestimmten Ware die zahlungsfähige Nachfrage, sinkt der Preis unter den Wert. Umgekehrt: ist das Angebot so niedrig, daß es die Nachfrage nicht befriedigen kann, so steigt der Preis über den Wert. In der Regel weicht daher der Preis der einzelnen Ware nach oben oder nach unten vom Wert ab.

Die Abweichungen der Preise vom Wert sind Signale für die Warenproduzenten, ob bestimmte Waren noch zu den gleichen Bedingungen erzeugt werden können oder ob es sich nicht mehr lohnt, in gleicher Art und Weise weiter zu produzieren. (Beachte: Angebot und Nachfrage bestimmen nicht den Wert, sondern lediglich die Abweichungen der Preise vom Wert. Wäre es anders, dann müßten im Fall des Entsprechens von Angebot und Nachfrage alle Waren den gleichen Wert haben!)

Das Wertgesetz als ein die Warenproduktion regelndes ökonomisches Gesetz setzt sich gerade durch das Abweichen der Preise vom Wert im Einzelfall durch. Das entspricht durchaus einer Produktionsweise, „worin sich die Regel nur als blindwirkendes Durchschnittsgesetz der Regellosigkeit durchsetzen kann“.

Die Regulierung der gesellschaftlichen Produktion und die Verteilung der gesellschaftlichen Arbeit (der Arbeitszeit, der Arbeitskräfte und der Produktionsmittel) durch das spontane Wirken des Wertgesetzes im Kapitalismus erfolgt notwendigerweise um den Preis großer Verluste an gesellschaftlicher Arbeit. Sie ist verbunden mit massenhafter Vernichtung von Waren, mit Krisen, Ruin und Arbeitslosigkeit.

Das Wesen der kapitalistischen Ausbeutung

Befassen wir uns nun mit der kapitalistischen Warenproduktion, die im Unterschied zur einfachen (die auf persönlicher Arbeit des Warenproduzenten beruht) auf Ausbeutung fremder Arbeit gegründet ist.

Ist die bürgerliche Behauptung, daß die Zeiten des Kapitalismus längst vorüber seien, wahr? Trifft die Analyse von Marx nur für das

19. Jahrhundert zu? Anliegen von Marx im „Kapital I“, das 1867 erschien, war es nicht, ein Bild des Kapitalismus des 19. Jahrhunderts zu zeichnen. Er betrachtete es vielmehr als „letzten Endzweck“ seiner Arbeit, „das ökonomische Bewegungsgesetz der modernen Gesellschaft zu enthüllen“. Jene wesentlichen Gesetzmäßigkeiten zu erforschen, die der Entwicklung der kapitalistischen Gesellschaft in allen ihren Phasen zugrunde liegen, war das Ziel seiner Forschungsarbeit.

Marx weist nach, daß der Kapitalismus eine Gesellschaftsordnung ist, die vor allem von zwei Klassen geprägt wird: Bourgeoisie und Proletariat. Auf der einen Seite existiert eine kleine Schicht der Kapitalisten, der die Fabriken, Maschinen usw., das heißt die Produktionsmittel (Arbeitsmittel wie auch Arbeitsgegenstände) gehören. Andererseits gibt es die Arbeiterklasse, die produziert, aber keinerlei Produktionsmittel besitzt.

URSPRÜNGLICHE AKKUMULATION DES KAPITALS

Wie ist es dazu gekommen, daß eine Minderheit den überwiegenden Reichtum der Gesellschaft ihr eigen nennt, die überwiegende Mehrheit der Gesellschaftsmitglieder aber kaum etwas davon besitzt? Würde man bürgerlichen Ideologen Glauben schenken, begann das (wie es Marx ironisch formuliert) so: „In einer längst verflossenen Zeit gab es auf der einen Seite eine fleißige, intelligente und vor allem sparsame Elite und auf der anderen faulenzende, ihr alles und mehr verjübelnde Lumpen.“

Natürlich sind die Besitzer der Produktionsmittel und ihr Anhang nicht daran interessiert, zu erklären, worin das Geheimnis dieser Ordnung liegt. Es ist das Verdienst von Marx, den Schleier gelüftet zu haben. Nicht Enthaltensamkeit auf der einen, Fraß und Völlerei auf der anderen Seite standen am Anfang dieser Ordnung, sondern Raub und Betrug, Wucher und Mord.

Die „ursprüngliche Akkumulation“ des Kapitals (wie Marx den Prozeß sowohl des Entstehens, der Zusammenraffung erster Kapitale als auch der Herausbildung einer besitz- und rechtlosen Klasse nannte) erfolgte vor allem durch die Verjagung der Bauern aus ganzen Landstrichen, den Raub riesiger Ländereien durch einige wenige, durch Ruinierung von Handwerkern, durch Kolonialkriege, Sklavenhandel und vieles andere mehr. In der Geschichte der Menschheit ist diese ursprüngliche Akkumulation – der Prozeß der gewaltsamen Trennung der Produzenten von den Produktionsmitteln – mit Blut und Feuer geschrieben. Zu beachten ist: Die Gewalt war ein unentbehrliches Mittel bei der Herausbildung der kapitalistischen Gesellschaft. Entscheidend für ihren Sieg über die vorkapitalistische Ordnung war jedoch ihre höhere Produktivität.

Wie kommt es, daß eine immer kleinere Gruppe über einen wachsenden Teil des gesellschaftlichen Reichtums verfügte, während die Zahl der Nichtbesitzer von Produktionsmitteln, der „Entrechteten und Enterbten“ immer größer wurde? Ohne Produktionsmittel (das heißt ohne Werkzeuge, Maschinen, Fabriken, Grund und Boden usw.) ist Produktion nicht möglich. Die Arbeiterklasse besitzt sie aber nicht. Um arbeiten und existieren zu können, ist sie gezwungen, Arbeit bei den Eigentümern der Produktionsmittel zu suchen.

Der Kapitalist kauft die Arbeitskraft des Arbeiters. „Der Arbeiter verläßt den Kapitalisten, dem er sich vermietet, so oft er will, und der Kapitalist entläßt ihn, so fort er es für gut findet, sobald er keinen Nutzen oder nicht den beabsichtigten Nutzen mehr aus ihm zieht. Aber der Arbeiter, dessen einzige Erwerbsquelle der Verkauf der Arbeitskraft ist, kann nicht die ganze Klasse der Käufer, das heißt die Kapitalistenklasse, verlassen, ohne auf seine Existenz zu verzichten. Er gehört nicht diesem oder jenem Bourgeois, aber der Bourgeoisie, der Bourgeoisieklasse, und es ist dabei seine Sache, sich an den Mann zu bringen, das heißt in der Bourgeoisieklasse einen Käufer zu finden.“ (Marx)

DIE WARE ARBEITSKRAFT, IHR GEBRAUCHSWERT UND WERT

Wie jede andere Ware, hat auch die Ware Arbeitskraft einen Doppelcharakter. Sie besitzt Gebrauchswert und Wert. Der Gebrauchswert der Ware Arbeitskraft besteht in ihrer Eigenschaft, Quelle von Wert zu sein. Der Kapitalist kauft die Ware Arbeitskraft wegen dieses besonderen Gebrauchswertes und bezahlt dem Arbeiter den Wert dieser Ware Arbeitskraft – wenngleich, sofern er kann, mit Abzügen.

Worin besteht der Wert der Arbeitskraft? Gleich dem Wert aller anderen Waren wird er durch die zur Produktion gesellschaftlich notwendige Arbeitszeit bestimmt. Doch die Arbeitskraft ist kein Ding. Daher unterscheidet sich ihre Produktion von der Produktion anderer Waren. Die Arbeitskraft ist eine Ware, die von ihrem Träger, dem Arbeiter, nicht zu trennen ist. Die Reproduktion der Arbeitskraft bedeutet Wiederherstellung des Arbeitsvermögens des Arbeiters. Der Wert der Ware Arbeitskraft wird also durch den Wert der Lebensmittel im weiten Sinn bestimmt, die für den Lebensunterhalt des Arbeiters und die Erhaltung und Wiedererzeugung seiner Arbeitsfähigkeit notwendig sind.

Worin gliedert sich der Wert der Ware Arbeitskraft auf? In den Wert der Existenzmittel, die für die Befriedigung physischer Bedürfnisse unentbehrlich sind (Nahrung, Kleidung, Wohnung usw.). Soziale und kulturelle Bedürfnisse, deren Niveau durch die historisch entstandenen Lebensbedingungen bestimmt wird. Die Wertbestimmung der Arbeitskraft enthält also ein „historisches und moralisches Ele-

ment“ (Marx). In den Wert der Arbeitskraft geht ferner der Wert jener Mittel ein, die für den Unterhalt der Familie des Arbeiters notwendig sind. Der Wert der Arbeitskraft (von qualifizierten Arbeitern) schließt auch den Wert jener Mittel ein, die für die *allgemeine und die fachliche Ausbildung* der Arbeiter aufgewendet worden sind.

Der Wert der Arbeitskraft ist also nicht für alle Länder, Zeiten und Völker gleich. Denn Umfang der notwendigen Bedürfnisse und Art und Weise ihrer Befriedigung hängen von den konkreten historischen Bedingungen ab, unter anderem davon, mit welchen Gewohnheiten und Lebensansprüchen sich die Arbeiterklasse in diesem oder jenem Land herausgebildet hat. Und dieses *historische Element* spielt eine *sehr große Rolle* bei der Wertbestimmung der Arbeitskraft. So stärkt der Einfluß des real bestehenden Sozialismus die Positionen der Arbeiterklasse in den kapitalistischen Ländern und zwingt die Kapitalisten, größere Zugeständnisse zu machen.

Der Wert der Ware Arbeitskraft unterliegt demzufolge einer *Entwicklung*. Er sinkt, wie der Wert aller anderen Waren, durch die Steigerung der Arbeitsproduktivität. Denn eine Erhöhung der Arbeitsproduktivität bewirkt, daß der Wert der Waren, die in den Konsum der Arbeiter eingehen, sinkt. Das schließt nicht aus, daß bei sinkendem Wert der Arbeitskraft die Masse der Gebrauchswerte, die Arbeiter für die Bezahlung des Werts ihrer Arbeitskraft erhalten, wächst und vielfältiger werden kann. Der Wert der Arbeitskraft kann steigen, wenn sich die Arbeiter die Befriedigung zusätzlicher und neuer Bedürfnisse durch ihren Kampf erzwingen. Bei der Bestimmung der Wertgröße der Arbeitskraft wirken also verschiedene, zum Teil entgegengesetzte Faktoren. Der Wert der Ware Arbeitskraft ist daher eine *sich verändernde Größe*.

MEHRWERT UND MEHRARBEIT

Worin besteht nun die *kapitalistische Ausbeutung*? Darin, daß die Kapitalisten mit der Arbeitskraft der Arbeiter eine Ware kaufen, die die Fähigkeit hat, einen größeren Wert zu erzeugen als sie selbst besitzt. Der Kapitalist nutzt die von ihm gekaufte *Arbeitskraft* im Arbeitsprozeß aus. Da hierbei mehr Wert erzeugt wird als der Wert der Arbeitskraft ausmacht, entsteht ein *Mehrwert*, den sich die Kapitalisten unentgeltlich aneignen.

Beispiel: Die Produktion des Mehrwerts:

● Der Teil des Werts der Produktionsmittel, der im Verlaufe eines Arbeitstages auf das neu geschaffene Produkt übertragen wird	2000 Schilling
● Die Höhe des Tageswertes der Arbeitskraft	400 Schilling
● Der von einem Arbeiter im Verlaufe einer Stunde geschaffene neue Wert	200 Schilling

- Dauer des Arbeitstages acht Stunden
- Der von einem Arbeiter im Verlaufe eines Arbeitstages geschaffene neue Wert $200 \text{ Schilling} \times 8 = 1600 \text{ Schilling}$
- Der gesamte Wert von einem Arbeiter im Verlaufe eines Arbeitstages produzierten Warenmasse $2000 + 1600 = 3600 \text{ Schilling}$
- Der im Verlaufe eines Arbeitstages von einem Arbeiter geschaffene Mehrwert (der Teil des Neuwertes, der vom Lohnarbeiter über den Tageswert seiner Arbeitskraft hinaus geschaffen und vom Kapitalisten unentgeltlich angeeignet wird) $3600 - (2000 + 400) = 1200 \text{ Schilling}$

Ausbeutung heißt also: Die Kapitalisten eignen sich einen Teil der Arbeitsergebnisse der Lohnarbeiter unentgeltlich an. Die Ausbeutung erfolgt auch dann, wenn dem Arbeiter der Wert seiner Arbeitskraft voll bezahlt wird. Die Ausbeutung der Lohnarbeiter durch die Kapitalisten ist demnach nicht eine Frage hoher oder niedriger Löhne.

Der Kampf um höhere Löhne ist ein Kampf um die Einschränkung des Ausmaßes der kapitalistischen Ausbeutung. Die Ausbeutung als Wesensmerkmal der kapitalistischen Produktion kann aber erst mit dem Sturz des Kapitals selbst beseitigt werden.

Das Kapital hat die Mehrarbeit nicht erfunden. „Nur die Form, worin diese Mehrarbeit dem unmittelbaren Produzenten abgepreßt wird, unterscheidet die ökonomischen Gesellschaftsformationen.“ Im Kapitalismus wird das vom Lohnarbeiter geschaffene Mehrprodukt in Form des Mehrwerts vom Kapitalisten unentgeltlich angeeignet. (Im Feudalismus zum Beispiel nahm die Ausbeutung die Form der Fronarbeit, der Produkten- und Geldrente an.)

KONSTANTES UND VARIABLES KAPITAL

Um den bürgerlichen Behauptungen entgegenzutreten, daß der Mehrwert nicht aus der Mehrarbeit der Lohnarbeiter stamme, sondern eine „Frucht des Kapitals“ sei, müssen wir untersuchen, wie sich die einzelnen Teile des Kapitals im kapitalistischen Produktionsprozeß verhalten.

Im Arbeitsprozeß wird durch die konkrete, gebrauchswertschaffende Arbeit der Wert der Produktionsmittel übertragen. Dadurch entsteht kein neuer Wert. Es wird lediglich der alte, schon vor dem Produktionsprozeß vorhandene Wert der Produktionsmittel (Wert der Rohstoffe und Maschinen) auf das neue Produkt übertragen, der unverändert bleibt. Daher bezeichnet Marx den in Produktionsmitteln angelegten Teil des Kapitals *konstantes Kapital* (c).

Den anderen Teil des aufgewendeten Kapitals verwendet der Kapitalist zum Kauf von Arbeitskraft. Dafür erhält der Kapitalist nach

Beendigung des Produktionsprozesses den Neuwert, den die Arbeiter seines Betriebes geschaffen haben. Dieser Neuwert ist größer als der Wert der Arbeitskraft, die der Kapitalist gekauft hat. Dieser Kapitalteil verändert also im Produktionsprozeß seine Größe. Er wächst dadurch, daß die Arbeiter den Mehrwert (m) schaffen. Diesen Kapitalteil, der für den Kauf der Arbeitskraft verausgabt wird und sich im Produktionsprozeß vergrößert, also variabel ist, bezeichnet Marx als *variables Kapital* (v). Der Wert der unter kapitalistischen Bedingungen erzeugten Waren setzt sich demnach aus den Wertbestandteilen $c + v + m$ zusammen.

Die Produktionsmittel erzeugen keinerlei Wert. Nur die Anwendung der Arbeitskraft der Arbeiter im Produktionsprozeß bringt Wert einschließlich Mehrwert hervor. Den Kapitalisten wird das Kapital in stets erneuerter Form erhalten, indem die Arbeiter den Wert des konstanten Kapitals auf das neue Produkt übertragen. Darüber hinaus erzeugen sie den Neuwert, der sich aus dem Wert des variablen Kapitals und dem Mehrwert, also aus $v + m$, zusammensetzt.

METHODEN ZUR ERHÖHUNG DES MEHRWERTS

Einen Teil des Arbeitstages arbeitet der Proletarier, um den Wert seiner Arbeitskraft zu ersetzen, während des anderen Teils produziert er für den Kapitalisten den Mehrwert. Der Arbeitstag der Lohnarbeiter besteht daher immer sowohl aus der *notwendigen Arbeitszeit* (notwendig für die Reproduktion des variablen Kapitals oder des Wertes der Arbeitskraft) als auch aus der *Mehrarbeitszeit*, in welcher der Mehrwert produziert wird.

Die in der notwendigen Arbeitszeit verausgabte Arbeitskraft wird bezahlt. Das in der *Mehrarbeitszeit* erzeugte Mehrprodukt eignen sich die Kapitalisten als Mehrwert unentgeltlich an.

Die *Mehrertragsrate* – der genaue Ausdruck des *Ausbeutungsgrades* der Arbeitskraft durch das Kapital – ist das Verhältnis des Mehrwerts zum variablen Kapital. Wenn zum Beispiel der Mehrwert 1200 Schilling und das variable Kapital 400 Schilling betragen, dann ist das Verhältnis 1200 zu 400 und die *Mehrertragsrate*

$$\frac{m}{v} \frac{1200}{400} \cdot 100 = 300\%$$

Ziel der kapitalistischen Produktion ist die Aneignung von möglichst viel Mehrwert. Der Kapitalist will „nicht nur einen Gebrauchswert produzieren, sondern eine Ware, nicht nur Gebrauchswert, sondern Wert, und nicht nur Wert, sondern auch Mehrwert“.

Der Mehrwert wird durch zwei Methoden gesteigert. Beide werden stets gleichzeitig angewandt, beide sind eine *Verlängerung der Mehrarbeitszeit* im Verhältnis zur (für die Wiederherstellung der Arbeitskraft) notwendigen Arbeitszeit.

Die Produktion des *absoluten Mehrwerts* besteht darin, den Arbeitstag zu verlängern beziehungsweise die Arbeitszeit intensiver zu gestalten. Mehr als hundert Jahre mußten die Arbeiter kämpfen, um eine gesetzliche Beschränkung des Arbeitstages zu erreichen. Steigende Arbeitsintensität und verlängerter Arbeitstag führen zu dem gleichen Ergebnis: Während eines Arbeitstages wird mehr Arbeitskraft verausgabt. In diesem Sinne ist Arbeitsintensität ein Mittel zur Erzielung von *absolutem Mehrwert*.

Ist die Länge des Arbeitstages gegeben, kann die Mehrarbeitszeit nur durch Verkürzung der notwendigen Arbeitszeit vergrößert werden. Der Mehrwert, der durch Verkürzung der notwendigen Arbeitszeit entsteht, heißt *relativer Mehrwert*. Diese Methode beruht auf der Steigerung der Arbeitsproduktivität. Dadurch sinkt der Wert der einzelnen Ware. Wenn die Arbeitsproduktivität in allen Zweigen und besonders in der Konsumgüterindustrie steigt, dann sinkt der Wert der Ware Arbeitskraft, denn der Wert der notwendigen Existenzmittel des Arbeiters ist gesunken. Folglich sinkt die für die Reproduktion des Wertes der Arbeitskraft notwendige Arbeitszeit, und es vergrößert sich bei gleichbleibendem Arbeitstag die Mehrarbeitszeit.

Das ständige Bemühen des Kapitals, den Mehrwert durch verschiedene Methoden zu steigern, bewirkt einen *ständigen Klassenkampf in den verschiedensten Formen*. Er wird nicht von irgend jemand erfunden oder verordnet. Er entspringt dem Gegensatz der Interessen. Das Kapital führt, auf der Jagd nach Profit, unaufhörlich diesen Kampf. Wer diesen Interessensgegensatz leugnet, wer die Notwendigkeit dieses Kampfes für die Arbeiterklasse bestreitet, schwächt sie, schadet ihr in ihm.

DIE PROFIT-PREIS-SPIRALE

Einige Worte zur *Legende von der Lohn-Preis-Spirale*. Sie geht davon aus, daß die Löhne „Kostenbestandteile“ seien und demzufolge Lohnerhöhungen unvermeidlich steigende Kosten verursachen müßten. Steigende Kosten aber würden zwangsläufig zu Preissteigerungen führen und darüber hinaus auch die Geldentwertung begünstigen.

Marx hat diese Legende in „Lohn, Preis und Profit“ widerlegt. Er ging davon aus, daß der von den Kapitalisten angeeignete Mehrwert ein Teil des von den Arbeitern geschaffenen Neuwerts ($v + m$) ist. Um die Teilung dieses Mehrwerts vollzieht sich zwischen Kapitalisten und Lohnarbeitern ein erbitterter Kampf. Unter sonst gleichbleibenden Bedingungen kann die Größe des Mehrwerts nur auf Kosten von v (dem Lohnanteil) wachsen. Er kämpfen sich die Arbeiter einen höheren Lohn, so bedeutet das eine Verminderung des Mehrwerts der Kapitalisten. Auf die Größe des Neuwerts und damit des Werts der erzeugten Waren kann sich diese Teilung aber niemals auswirken.

Die erkämpften höheren Löhne erhöhen also nicht den Wert der produzierten Waren. Aber die Kapitalisten versuchen selbstverständlich trotzdem höhere Preise durchzusetzen, um die Aufteilung des Neuwerts zu ihren Gunsten zu gestalten, um keine Schmälerung ihres Mehrwerts zuzulassen.

Die Widerlegung der „Theorie“ von der Lohn-Preis-Spirale zeigt, daß der Arbeitslohn auf Kosten des Mehrwerts oder Profits erhöht werden kann, ohne daß deshalb die Preise erhöht werden müßten. Sie weist die Preiserhöhungen als willkürliche Abwälzung der Lohnerhöhungen durch die Kapitalisten auf die Preise aus, nicht nur um den Profitabzug wieder wettzumachen, sondern auch um noch höhere Profite zu erzielen.

Außer dem relativen Mehrwert, der durch Senkung des Werts der Arbeitskraft erzielt wird und der gesamten Kapitalistenklasse zufließt, gibt es eine andere Art des relativen Mehrwerts, den *Extramehrwert*. Einzelne Kapitalisten, die in ihren Betrieben eine höhere Arbeitsproduktivität erreicht haben, können für ihre Waren auf dem Markt einen höheren Preis, als er ihrem individuellen Wert entsprechen würde, erzielen. Außer dem gewöhnlichen Mehrwert erhalten sie noch einen Extramehrwert.

MEHRWERT, PROFIT UND DESSEN AUFTEILUNG

Bisher haben wir die *Industriebourgeoisie* als Vertreter der gesamten Ausbeuterklasse betrachtet, die von der Aneignung des Mehrwerts lebt. Wir sahen davon ab, daß noch andere Gruppen dieser Klasse bestehen – Handelsbourgeoisie, Bankiers, Agrarkapitalisten (die sich von den Industriekapitalisten nicht prinzipiell unterscheiden) und Großgrundbesitzer. Sie alle beuten die Arbeiterklasse aus und teilen den von den Arbeitern geschaffenen Mehrwert unter sich auf.

Die Industriekapitalisten erhalten den Industrieprofit, die Handelskapitalisten den Handelsprofit, die Bankiers den Leihzins. Die Großgrundbesitzer erhalten die Grundrente – als Ergebnis eines erbitterten Konkurrenzkampfes unter den Ausbeutern um die Aufteilung des Mehrwerts.

Der Profit ist der auf das in der Produktion angelegte *Gesamtkapital bezogene Mehrwert*; er erscheint als der Abkömmling dieses Kapitals. In Wirklichkeit ist er Mehrwert und wird nur durch das variable Kapital erzeugt. Deshalb nennt Marx den Profit die *verwandte Form des Mehrwerts*.

Unter *Profiträte* verstehen wir das in Prozent ausgedrückte Verhältnis des Mehrwerts zum vorgeschossenen Gesamtkapital. Beträgt beispielsweise das vorgeschossene Kapital ($c + v$) 2,000.000 Schilling

(1,600.000 c + 400.000 v) und der Mehrwert (m) im Jahr 400.000 Schilling, so ist die Profitrate (p'):

$$p' = \frac{m}{c + v} \cdot 100 = \frac{400\,000}{2\,000\,000} \cdot 100 = 20\%$$

Wir haben also zwischen Profit- und Mehrwertrate zu unterscheiden (letztere beträgt in diesem Beispiel 100 Prozent). Die Profitrate ist die Triebkraft der kapitalistischen Produktion. Ihre Rolle schildert ein englischer Publizist, den Marx im ersten Band des „Kapitals“ zitiert: „Zehn Prozent sicher, und man kann es überall anwenden; 20 Prozent, es wird lebhaft; 50 Prozent, positiv waghalsig; für 100 Prozent stampft es alle menschlichen Gesetze unter seinen Fuß; 300 Prozent, und es existiert kein Verbrechen, das es nicht riskiert, selbst auf die Gefahr des Galgens.“

MEHRWERTGESETZ – ÖKONOMISCHES GRUNDGESETZ DES KAPITALISMUS

Mehrwert ist der Angelpunkt, um den sich die gesamte kapitalistische Ordnung dreht. Mit dem Mehrwertgesetz enthüllte Marx das ökonomische Grundgesetz dieser Gesellschaftsordnung. Damit wies Marx nach, warum im Kapitalismus die Lohnarbeiter trotz angestrengtester Mühen Lohnarbeiter bleiben: Sie schaffen nicht nur im Produktionsprozeß jenen Wert, den ihnen schließlich der Kapitalist als Lohn ausbezahlt. Sie erzeugen nicht nur den Mehrwert, der den Ausbeuter immer reicher macht. Sie reproduzieren auch immer aufs neue das Kapitalverhältnis, das Ausbeutungsverhältnis, die Ketten also, in die sie unter kapitalistischen Bedingungen geschlagen werden.

Die Mehrwerttheorie beweist daher auch, daß keinerlei im Kampf erzielte Teilerfolge der Arbeiter und keinerlei den Kapitalisten abgerungene Zugeständnisse das System der Lohnsklaverei beseitigen können, daß die Arbeiterklasse eine grundlegende Verbesserung ihrer Lage nur durch den Sturz der kapitalistischen Ordnung erreichen kann. Mit der Mehrwerttheorie hat Marx die Notwendigkeit der sozialistischen Revolution wissenschaftlich begründet.

GRUNDFORMEN DES ARBEITSLOHNS

Worin besteht das Wesen des Arbeitslohnes? Die Arbeiter verkaufen dem Kapitalisten ihre Arbeitskraft, das heißt ihr Arbeitsvermögen. Kauf und Verkauf der Arbeitskraft erscheinen jedoch als Kauf- und Verkauf der Arbeit selbst. Daher nehmen Wert und Preis der Arbeitskraft (Arbeitslohn) die Form des Werts und des Preises der Arbeit an. Das kapitalistische Ausbeutungsverhältnis wird durch die Form des Arbeitslohnes verschleiert.

Die beiden Grundformen des Arbeitslohnes sind der Zeitlohn und der Stücklohn. Der Zeitlohn bringt den stündlichen, täglichen oder wöchentlichen Wert der Arbeitskraft zum Ausdruck. Es wird die Anwendung der Arbeitskraft in einer bestimmten Zeitspanne bezahlt.

Ein Beispiel: Für einen Arbeitstag von acht Stunden erhält der Arbeiter einen Arbeitslohn von angenommen 200 Schilling. Er erhält folglich für die Arbeitsstunde 25 Schilling. Der Kapitalist bezahlt ihm nur die Stunden, die er wirklich arbeitet. Andererseits scheint es, als würde der Arbeiter nicht verstärkt ausgebeutet, wenn er Überstunden leistet und sie bezahlt erhält. Kurzarbeit bedeutet für den Arbeiter, da sie mit gekürztem Lohn verbunden ist, daß er schließlich seine Arbeitskraft nicht voll wiederherstellen kann. Überstunden führen zu einem überhöhten Verschleiß der Arbeitskraft, den auch höhere Bezahlung der Überstunden nicht wettmachen kann.

Der Stücklohn wird auf der Grundlage des Zeitlohnes berechnet: der Stücklohn ist eine „modifizierte Form des Zeitlohns“. Beim Stücklohn mißt sich die Arbeit an der Menge der vom Arbeiter hergestellten Produkte. Diese Form des Arbeitslohnes verschleiert die Teilung des Arbeitstages in notwendige Arbeitszeit und Mehrarbeitszeit noch stärker als der Zeitlohn. Es scheint so, als ob der Arbeiter beim Stücklohn dem Kapitalisten nicht die Funktion seiner Arbeitskraft (die lebendige Arbeit) für eine gewisse Zeit verkauft, sondern als verkaufte er Arbeit, die bereits im Produkt vergegenständlicht wird. Es scheint jetzt, als sei der „Preis der Arbeit“ durch die Leistungsfähigkeit des Arbeiters bestimmt.

Zeitlohn und Stücklohn nahmen im Verlauf der Entwicklung des Kapitalismus die verschiedensten Formen an. Ständig ist der Kapitalist bemüht, sie den Anforderungen von Wissenschaft und Technik und insbesondere des Klassenkampfes anzupassen. Die Kapitalisten sind in der Entwicklung solcher Formen sehr erfinderisch, um aus den Arbeitern soviel Mehrwert wie irgend möglich herauszupressen.

Davon zeugen auch die neuen Lohnsysteme (Gruppenakkord, analytische Arbeitsplatzbewertung, Prämienzeitlohn), die darauf orientiert sind, einen „leistungsgerechten“ Lohn vorzutäuschen.

Die fortschreitende Aufspaltung des Lohnes fördert den Eindruck, berufliche Perspektive und Lebensstandard hingen lediglich vom eigenen Fleiß und von höherer Arbeitsleistung ab. Ein tendenziell wachsender Teil des Arbeitslohnes wird formell nicht mehr als Lohn gezahlt, er wird abgespalten und als „Gratifikation“, „Ertragsanteil“, „Schenkung“, „freiwillige Sozialleistung“ usw. gezahlt. Dieser Teil ist juristisch unverbindlich. Seine Zahlung hängt oft vom Gutdünken des Kapitalisten ab, der damit das „Wohlverhalten“, den „Fleiß“ des Ausbeuteten honoriert.

DAS NIVEAU DES ARBEITSLOHNES

Über die Geldsumme, die dem Arbeiter als Lohn angerechnet wird – den *Bruttolohn* –, kann er nicht voll und ganz verfügen. Erst nach Abzug der Lohnsteuern und der Sozialversicherungsbeiträge verbleibt ihm die Geldsumme, die er für den Unterhalt, für die individuelle Konsumation ausgeben kann – der *Nettolohn*. Dieser wiederum kann auch nicht vollständig in Waren und Dienstleistungen angelegt werden, da die Verbrauchsgüter mit indirekten Steuern (Mehrwertsteuer und so weiter) belastet sind.

Auch mit der Verwandlung des Bruttolohns in den Nettolohn ist der Kampf um die Höhe des Arbeitslohnes nicht abgeschlossen. Für die Arbeiter ist nicht nur die Höhe der Geldsumme wichtig, die sie als Arbeitslohn erhalten, sondern noch mehr, was sie dafür kaufen können. Die Geldsumme, die der Arbeiter für den Verkauf seiner Arbeitskraft erhält, ist der *Nominallohn*. Das Verhältnis der Geldsumme zu der dafür erhältlichen Menge an Waren und Dienstleistungen, die Kaufkraft, ist der *Reallohn*.

Der Kampf der Arbeiterklasse um die Bezahlung der Arbeitskraft entsprechend ihrem Wert hat die Form des *Tarif(Kollektivvertrags)-lohnes* hervorgebracht. Der Tarifvertrag ist eine im ökonomischen und politischen Klassenkampf errungene Regelung zwischen den Gewerkschaften und den Unternehmerverbänden über die Höhe des Arbeitslohnes (und über andere Existenzbedingungen der Arbeiterklasse, wie Länge der Arbeitszeit, Urlaub, seine Bezahlung usw.).

Unter *Effektivlohn* versteht man den Tariflohn plus betriebliche Zuschläge (betriebliches Urlaubsgeld, Wohnungsgeld, Pensionen). Diese Zuschläge sind einerseits das Ergebnis des Kampfes der Belegschaft der einzelnen Unternehmen, andererseits aber auch ein Mittel der Unternehmer, die Belegschaft oder Teile von ihr zu korrumpieren und an den Betrieb zu binden. Der Effektivlohn ist auch eine Form der Aufsplitterung des Arbeitslohnes. Die Zuschläge werden auch dazu benutzt, um die Arbeiter zu höheren Leistungen anzureizen. Die Er kämpfung von Effektivlöhnen, die über den Tariflöhnen liegen, ist zweifellos ein Erfolg der Arbeiterklasse. Da die Effektivlöhne rechtlich nicht verankert sind (zum Beispiel in den Tariflöhnen), versuchen die Kapitalisten, sie in einen Unsicherheitsfaktor für die Arbeiter zu verwandeln.

Der Kampf um den Arbeitslohn ist für die Arbeiterklasse in allen heute noch kapitalistischen Ländern ein dringendes Erfordernis. Angesichts der hohen Preissteigerungsraten ist er noch wichtiger als früher geworden. Das kapitalistische Lohngesetz sichert die Entlohnung der Ware Arbeitskraft nur dann annähernd zu ihrem Wert, wenn die Arbeiterklasse und ihre Gewerkschaften darum kämpfen. Das heißt: Das kapitalistische Lohngesetz setzt sich nur im Klassenkampf durch.

Der Lohnkampf ist notwendig und vermag große Erfolge zu erringen, die Lebenslage des Proletariats zu verbessern. Doch erst wenn die Produktionsmittel Eigentum der Produzenten sind (in Form von sozialistisch-genossenschaftlichem und sozialistischem Staatseigentum), die Arbeitskraft also keine Ware mehr ist, wird die Ausbeutung beseitigt.

Der Akkumulationsprozeß des Kapitals

„So wenig eine Gesellschaft aufhören kann zu konsumieren, so wenig kann sie aufhören zu produzieren. In einem stetigen Zusammenhang und dem ständigen Fluß seiner Erneuerung betrachtet, ist jeder gesellschaftliche Produktionsprozeß daher zugleich Reproduktionsprozeß“ (Marx).

Reproduktion ist die ständige Erneuerung und Wiederholung des Produktionsprozesses. Reproduziert werden nicht nur die *materiellen Bedingungen* der gesellschaftlichen Produktion, sondern auch die *gesellschaftlichen Verhältnisse*, die Eigentums- und Klassenverhältnisse, das Kapitalverhältnis insgesamt. Das Kapital wird beständig als Kapital und der Arbeiter als Arbeiter reproduziert.

Zwei Typen der Reproduktion sind zu unterscheiden: *einfache* Reproduktion auf gleichbleibender Stufenleiter; *erweiterte* Reproduktion – Produktion auf ständig wachsender Stufenleiter.

Bereits die Analyse der einfachen Reproduktion macht deutlich, daß das kapitalistische Eigentum nur aus der Ausbeutung der Arbeiter stammt, selbst wenn irgendwann einmal das Anfangskapital aus anderen Quellen stammte. Nehmen wir an, ein Kapital von 10 Millionen Schilling bringt dem Kapitalisten jährlich einen Mehrwert von 2 Millionen Schilling, die vollständig in den persönlichen Verbrauch eingehen. In fünf Jahren ist so die vom Kapitalisten verbrauchte Summe gleich dem Wert des ursprünglich vorgeschossenen Kapitals.

Doch auch nach fünf Jahren besitzt der Kapitalist ein Kapital, das gleich dem früheren Kapital ist, das heißt, ein Kapital von 10 Millionen Schilling. Dieses Kapital ist nur erhalten geblieben, weil der Kapitalist einen jährlichen Mehrwert von 2 Millionen Schilling erzielt hat. Wäre kein Mehrwert geschaffen worden, so hätte der Kapitalist sein Kapital „verzehrt“. „War es selbst bei seinem Eintritt in den Produktionsprozeß persönlich erarbeitetes Eigentum seines Anwenders, früher oder später wird es ohne Äquivalent angeeigneter Wert oder Materiat, ob in Geldform oder anders, unbezahlter fremder Arbeit“ (Marx).

Für die kapitalistische Produktion ist die erweiterte Reproduktion typisch. Sie setzt voraus, daß nur ein Teil des Mehrwerts für den persönlichen Verbrauch des Kapitalisten verausgabt wird und der andere Teil für die Vergrößerung des „arbeitenden“ Kapitals eingesetzt wird. Die *Verwandlung von Mehrwert in Kapital* bezeichnen wir als *Akkumulation des Kapitals*. Bei der Jagd nach immer höherem Mehrwert stehen sich die Kapitalisten als erbitterte Konkurrenten gegenüber. Die Konkurrenz veranlaßt sie, in zunehmendem Maße ihre Produktion zu erweitern und zu modernisieren, indem sie Mehrwert in Kapital umwandeln.

Tempo und Umfang der Akkumulation werden unmittelbar bestimmt: 1. durch die Größe des Mehrwerts und 2. durch das Verhältnis, nach dem sich der Mehrwert in „Revenue“ (den Konsumationsfonds der Kapitalisten) und den „Akkumulationsfonds“ (Kapital) teilt.

DAS ALLGEMEINE GESETZ KAPITALISTISCHER AKKUMULATION

Das Wachstum des Kapitals ist untrennbar mit der Entwicklung und der Lage der Arbeiterklasse verbunden. Kapitalistische Akkumulation bedeutet, daß der Anteil der Arbeiterklasse an der Gesamtbevölkerung gesetzmäßig wächst, sowohl absolut als auch relativ. Die Ausbeutung dehnt sich auf immer breitere Schichten des Volkes aus. *„Akkumulation des Kapitals ist also Vermehrung des Proletariats“* (Marx).

Die Kapitalakkumulation vergrößert jedoch nicht nur die Zahl der Arbeiter, sie führt auch – auf der Grundlage der Konzentration und Zentralisation der Produktion und des Kapitals – zu einer Zusammenballung der Arbeiter in immer größeren Betrieben. Das erleichtert ihre Organisation und erhöht ihre Kampfkraft.

Konzentration von Kapital ist das Anwachsen des *Kapitalumfangs* durch Rückverwandlung eines Teils des Mehrwerts in Kapital. Konzentration des Kapitals bedeutet sowohl Zunahme des individuellen als auch des gesellschaftlichen Kapitals. Hingegen ist die *Zentralisation* von Kapital die Vereinigung mehrerer individueller Kapitale zu einem größeren Kapital oder die Einverleibung kleinerer Kapitale durch große.

Die Zentralisation des Kapitals erfolgt auf zwei Wegen: durch Zusammenschluß mehrerer Kapitale, die verschiedenen Kapitalisten gehören, zum Beispiel zu einem Aktienkapital; durch Ruin kleiner und mittlerer Unternehmen infolge der Konkurrenz und ihre Einverleibung in große Unternehmen.

Für den Kapitalismus ist die Akkumulation *bei wachsender organischer Zusammensetzung des Kapitals* typisch. Das heißt: Mit der Akkumulation des Kapitals steigen die Aufwendungen sowohl für das konstante Kapital (c) (Maschinen, andere Anlagen) als auch für das

variable Kapital (v), doch wächst c beträchtlich schneller als v. Dadurch erhöht sich die „organische Zusammensetzung“. Diese Verschiebung führt zu einer *relativen Verringerung der Nachfrage nach Arbeitskräften*, da sich die Aufwendungen für den Kauf von Arbeitskräften pro Einheit des Gesamtkapitals verringern.

Beide Faktoren zusammen führen dazu, daß eine *industrielle Reservearmee* entsteht und sich entwickelt. Zu diesem Arbeitslosenheer stoßen ruinierte Handwerker, Kleinhändler, Bauern. So ist die *Arbeitslosigkeit* also *Ergebnis der Akkumulation des Kapitals* bei wachsender organischer Zusammensetzung.

Da für den Kapitalismus die erweiterte Reproduktion typisch ist, stellt sich auch das Kapitalverhältnis auf einer immer höheren Stufe wieder her. Es vergrößert sich somit die *gesellschaftliche Kluft* zwischen Arbeitern und Kapitalisten. Auf der einen Seite wachsen der gesellschaftliche Reichtum und die Macht der Bourgeoisie, auf der anderen Seite verschlechtert sich die gesellschaftliche Lage der Arbeiterklasse.

So prinzipiell Marx die Gesetzmäßigkeit der *Verschlechterung der Lage der Arbeiterklasse* herausarbeitete und sie als unmittelbares Produkt der kapitalistischen Akkumulation nachwies, so deutlich machte er aber auch, daß sich dieses Gesetz *in Abhängigkeit vom jeweiligen Kräfteverhältnis* zwischen Arbeiterklasse und Bourgeoisie durchsetzt. Der wichtigste *entgegenwirkende Faktor* ist der ökonomische und politische Kampf der Arbeiterklasse. *„Die Organisation der Arbeiter, ihr stets wachsender Widerstand wird dem Wachstum des Elends möglicherweise einen gewissen Damm entgegensetzen. Was aber sicher wächst, ist die Unsicherheit der Existenz“* (Engels).

DIE HISTORISCHE ROLLE

Die historische Rolle der kapitalistischen Produktionsweise und ihrer Trägerin, der Bourgeoisie, bestand darin, bis dahin zersplitterte und wenig entwickelte Produktionsmittel zu konzentrieren, sie aus Produktionsmitteln einzelner privater Produzenten in gesellschaftliche zu verwandeln, die nur noch von einer großen Zahl gemeinsam arbeitender Produzenten angewandt werden können. Die Produktion wurde so zur *gesellschaftlichen Produktion*, die hergestellten Produkte waren nicht mehr Produkte einzelner, sondern als gemeinsames Produkt vieler Arbeiter gesellschaftliche Produkte.

Aber die *Aneignung* der Resultate dieser gesellschaftlichen Produktion blieb *privat*. Nicht jene, die die Produktionsmittel wirklich in Bewegung setzen und die Produkte erzeugen, eignen sich die Ergebnisse ihrer Arbeit an, sondern die Kapitalisten als die privaten Eigentümer der Produktionsmittel. Mit der Entwicklung der kapitalistischen

Produktionsweise entwickelt sich somit ihr *Grundwiderspruch*: zwischen dem gesellschaftlichen Charakter der Produktion und der privatkapitalistischen Aneignung der Ergebnisse der Produktion.

Der gesellschaftliche Charakter der Produktion erfordert auch gesellschaftliches, *sozialistisches* Eigentum an den Produktionsmitteln und damit gesellschaftliche Aneignung der Ergebnisse der Produktion. An die Stelle der kapitalistischen Produktionsverhältnisse müssen sozialistische Produktionsverhältnisse treten. Das ist der einzige Weg zur Lösung des sich immer mehr verschärfenden Grundwiderspruchs des Kapitalismus.

DIE WIRTSCHAFTSKRISEN

„Der Überfluß wird zur Quelle von Not und Entbehrung“, so kennzeichnete schon der französische utopische Sozialist Fourier den Widerspruch, der in den Wirtschaftskrisen zutage tritt. Die Kennzeichen der *Überproduktionskrise*: schrumpfender Handel, die Märkte werden mit Waren überfüllt, die keinen Absatz finden, Fabriken und Werke werden stillgelegt, Arbeiter und Angestellte verlieren die Existenzmittel.

Die zur Krise führende *Überproduktion* von Waren ist nicht absoluter, sondern *relativer* Natur. Ein Warenüberschuß besteht nur im Verhältnis zur *kaufkräftigen* Nachfrage, keinesfalls im Vergleich zu den tatsächlichen Bedürfnissen der Gesellschaft.

Die *tiefste* Ursache der Überproduktionskrisen ist der *Grundwiderspruch des Kapitalismus* – der Widerspruch zwischen dem gesellschaftlichen Charakter der Produktion und der privatkapitalistischen Aneignung der Produktionsergebnisse. Jede Ware ist das Produkt der gesellschaftlichen Arbeit vieler Hände und Köpfe. Die maschinelle Großproduktion bedarf großer, über lokale Grenzen hinausgehender Märkte. Aber die Produktionsmittel befinden sich in den Händen einzelner, voneinander getrennter, oft miteinander konkurrierender Kapitalisten. Was gesellschaftlich produziert wird, ist nicht Eigentum der Gesellschaft, sondern Eigentum von Kapitalisten, die nur um des Profits willen produzieren. Die Arbeitsprodukte von Millionen gelangen in das Eigentum eines kleinen Kreises von Kapitalisten.

Dieser Grundwiderspruch des Kapitalismus ist ständig gegeben. Warum treten Krisen aber *periodisch* auf? Der kapitalistische Grundwiderspruch führt nicht unmittelbar zum Ausbruch der Krise. Er ruff vielmehr *spezielle*, eng miteinander verbundene *Widersprüche* hervor, deren Entfaltung zum konkreten Anlaß für das periodische Auftreten von Wirtschaftskrisen wird.

Der Grundwiderspruch des Kapitalismus tritt in erster Linie im *Widerspruch* zwischen der *Organisation* der Produktion in den einzelnen Betrieben und der *Anarchie* der Produktion im Rahmen der gesamten Gesellschaft zutage.

In jedem einzelnen kapitalistischen Betrieb ist die Arbeit der Werk-tätigen *organisiert*. Im gesellschaftlichen Rahmen herrscht wegen des Privateigentums an den Produktionsmitteln jedoch *Anarchie* der Produktion.

Jeder Kapitalist – natürlich auch jeder Konzern – ist bestrebt, möglichst schnell möglichst große Profite zu erzielen. Auf der Jagd nach einer hohen Profitrate erweitern die Kapitalisten die Produktion oder schränken sie ein, um das freiwerdende Kapital in andere, profitablere Zweige hinüberzuleiten, ohne dabei die Bedürfnisse der Gesellschaft in Rechnung zu stellen. Jeder Kapitalist ist für andere vor allem Konkurrent, den es zu verdrängen gilt. Aus diesem Grunde werden die *Verhältnisse zwischen den Produktionszweigen* verschoben, verzerrt, ein Umstand, der die Umsetzung des gesellschaftlichen Produkts erschwert oder unmöglich macht.

Der Grundwiderspruch des Kapitalismus äußert sich ferner in dem *Widerspruch* zwischen der dem Kapitalismus eigenen *Tendenz* zu *unbegrenzter Erweiterung der Produktion* und der *Begrenztheit der kaufkräftigen Nachfrage* der Hauptkonsumenten – der werktätigen Bevölkerung. Die Profitjagd veranlaßt jeden Kapitalisten zu akkumulieren, die Produktion zu erweitern, die Technik zu vervollkommen, neue Maschinen einzuführen und mehr Waren produzieren zu lassen. Dem Kapitalisten genügt aber nicht die Produktion von Mehrwert. Der Mehrwert muß durch Verkauf des Produkts „realisiert“, in Geld verwandelt werden. Diese Möglichkeit hängt jedoch letzten Endes von der zahlungsfähigen Nachfrage, von der Kaufkraft der Massen ab.

Aber gerade das Bestreben, höchste Profite zu erzielen, veranlaßt die Kapitalisten, den Ausbeutungsgrad zu erhöhen, Arbeitskräfte „einzusparen“, Löhne zu drücken. Das bringt eine *relative* (gemessen an der Produktion) Verringerung der kaufkräftigen Nachfrage mit sich.

Die schrankenlose Ausdehnung der Produktion um des Profits willen schlägt also in ihr Gegenteil um: *ihre Folgen werden zu einer Schranke für die Produktion*. Unabsetzbare Produkte stehen unbefriedigten Bedürfnissen gegenüber. Diese Schranke kann überwunden werden, aber nur durch Mittel, die sie aufs Neue, verstärkt hervorbringen.

Der Grundwiderspruch des Kapitalismus tritt auch im Klassen-gegensatz zwischen Proletariat und Bourgeoisie zutage. Diese Kluft wird mit Überproduktionskrisen besonders deutlich. Auf der einen Seite konzentriert sich ein Überschuß an Produktionsmitteln und Produkten, auf der anderen ein Überschuß an Arbeitskräften, eine Masse von Arbeitslosen, die der Produktionsmittel beraubt sind.

Die *ökonomische Entwicklung* im Kapitalismus verläuft in einem ständigen Auf und Ab, sie vollzieht sich *zyklisch*. Die Zeitspanne vom Beginn einer Krise bis zum Beginn der nächsten heißt *ökonomischer* oder *industrieller Zyklus*.

Der Zyklus besteht aus *Phasen*, die jeweils einen bestimmten Zustand, eine ganz bestimmte Situation der Entwicklung der Produktion, der Akkumulations- oder Investitionstätigkeit und anderer wesentlicher Wirtschaftsprozesse charakterisieren. So kommt es in der *Krise* zu mehr oder weniger tiefgehenden Produktionsrückgängen, und die Kapitalisten nehmen besonders vom Beginn bis zum Tiefpunkt der Krise keine nennenswerten Investitionen vor. Die Zahl der Arbeitslosen und Kurzarbeiter wächst, mit allen schwerwiegenden Folgen.

Kennzeichnend für die Phase der *Depression* ist, daß die Produktion im wesentlichen auf der Stelle tritt. Unsicherheit und Ungewißheit über die künftige Entwicklung des Geschäfts veranlassen die meisten Kapitalisten dazu, ihre Produktion nicht oder nur zögernd zu erweitern. Um die Phase der *Belebung* handelt es sich dann, wenn die Verwertungsbedingungen des Kapitals sich verbessern, die Profitexpectationen der Bourgeoisie wachsen, wenn die Produktionskurve allmählich wieder zu steigen beginnt. Die Belebung geht schließlich in die Phase des *Aufschwungs* über, in der die Wirtschaft wieder läuft und in der sich zugleich jene Widersprüche verstärkt entfalten, die schließlich eine neue Krise zur Folge haben.

Jeder einzelne ökonomische Zyklus weist besondere Merkmale und Formen des Verlaufs auf, die sich von denen vorangegangener und folgender Zyklen unterscheiden. Wesentlich und allgemeingültig ist, daß jeder ökonomische Zyklus mit einer Krise beginnt und in eine neue Krise mündet. Im Gegensatz zu bürgerlichen „Konjunktur“-Theorien, die den Kapitalismus zu beschönigen trachten, weist der Marxismus-Leninismus nach, daß die Krise den Charakter des ökonomischen Zyklus prägt.

Erstens, weil in ihr die offen zutage getretenen Widersprüche des kapitalistischen Reproduktionsprozesses zeitweilig und gewaltsam gelöst werden. Materielle Werte werden vernichtet und zerstört: nicht ausgelastete, „überholte“ Anlagen, Maschinen; Konsumgüter, die keinen Absatz finden, obwohl breite Schichten der Bevölkerung dringende Lebensbedürfnisse nicht befriedigen können.

Durch gewaltsame Einschränkung der Produktion, Zerstörung von Produktionskapazitäten und massenhafte Vernichtung von produzierten Waren wird vorübergehend und teilweise das Gleichgewicht zwischen Produktion und Konsumation sowie zwischen den verschiedenen Produktionszweigen wiederhergestellt, wodurch die Bedingungen für einen neuen Aufschwung geschaffen werden. Die Krise erweist sich also als ein der *kapitalistischen Produktionsweise notwendiges Stadium* zur vorübergehenden Lösung vorher aufgetauter Widersprüche.

Die kapitalistische Wirtschaftskrise ist auch deshalb die Hauptphase des ökonomischen Zyklus, weil in ihrem Verlauf wiederum die Grundlage für die nächste Wirtschaftskrise gelegt wird. Es bestätigt sich die Marxsche Erkenntnis, daß die Bourgeoisie die Krise auf ihre

Weise überwindet: „Einerseits durch die erzwungene Vernichtung einer Masse von Produktivkräften; andererseits durch die Eroberung neuer Märkte und die gründlichere Ausbeutung der alten Märkte. Wodurch also? Dadurch, daß sie allseitigere und gewaltigere Krisen vorbereitet und die Mittel, den Krisen vorzubeugen, vermindert.“

Die Entwicklung im Monopolkapitalismus und insbesondere nach dem zweiten Weltkrieg beweist, daß nach wie vor die grundlegenden Gesetzmäßigkeiten des kapitalistischen Reproduktionsprozesses wirken, wenn auch neue Faktoren den Ablauf des Prozesses und die Form des ökonomischen Zyklus in gewissem Maße verändern.

Die Tatsachen widerlegen die bürgerlichen Behauptungen von einer kontinuierlichen und stabilen Entwicklung der kapitalistischen Wirtschaft. Unvermeidlich kommt es immer wieder zu Krisen und Konflikten im kapitalistischen Reproduktionsprozeß. Das ist nicht zuletzt auch ein Ergebnis der staatsmonopolistischen Wirtschaftspolitik und ihres Zieles, größtmögliche Profite für das Monopolkapital zu sichern. Infolgedessen kann sie die Widersprüche, die dem Krisenzyklus zugrunde liegen, nicht beseitigen, sondern muß diese weiter zuspitzen.

KONTROLLFRAGEN

1. Was bedeuten Gebrauchswert und Wert der Ware? Was bestimmt die Wertgröße einer Ware?
2. Was bestimmt den Wert der Ware Arbeitskraft?
3. Worin besteht das Wesen kapitalistischer Ausbeutung?
4. Worin besteht der Grundwiderspruch des Kapitalismus?
5. Was sind die Hauptursachen der Wirtschaftskrisen im Kapitalismus?

Der Imperialismus oder monopolistische Kapitalismus

In seinem Werk „Der Imperialismus als höchstes Stadium des Kapitalismus“ leitete Lenin aus den Veränderungen, die insbesondere um die Jahrhundertwende in den entwickelten kapitalistischen Ländern vor sich gingen, folgende *fünf ökonomischen Merkmale des Imperialismus* ab:

Konzentration der Produktion und des Kapitals auf so hoher Entwicklungsstufe, daß sie *Monopole* schafft, welche die *entscheidende* Rolle in der Wirtschaft spielen.

Verschmelzung des Bankkapitals mit dem Industriekapital zum *Finanzkapital* und Entstehung einer Finanzoligarchie (Oligarchie bedeutet: Herrschaft weniger) auf dieser Grundlage.

Der *Kapitalexport* gewinnt gegenüber dem Warenexport besondere Bedeutung.

Es bilden sich *internationale monopolistische Kapitalverbände*, welche die Welt unter sich aufteilen (Kampf um die ökonomische Aufteilung der Welt).

Die territoriale Aufteilung der Welt unter den imperialistischen Großmächten ist beendet, es entbrennt der Kampf um ihre Neuaufteilung.

Ungleichmäßigkeit, ja Sprunghaftigkeit der Entwicklung der einzelnen Betriebe, Industriezweige und Länder ist, wie Lenin feststellte, *im Kapitalismus unvermeidbar*. Diese Ungleichmäßigkeit der Entwicklung wird im Monopolkapitalismus wesentlich verschärft. Weil es für die Aufteilung von Märkten, Rohstoffquellen, von Interessen- und Einflußsphären zwischen Monopolen, zwischen imperialistischen Staaten nur ein Maß gibt – die Stärke –, bringt die ungleichmäßige Entwicklung immer wieder Kämpfe um die Neuaufteilung mit sich. Zwei Weltkriege waren die Folge.

RÜCKKEHR UNMÖGLICH

Grundmerkmal des Imperialismus ist also die *ökonomische und politische Herrschaft von Monopolen*, nicht dieser oder jener besonders reaktionäre Zug der Außen- oder Innenpolitik von Staaten. Die Tendenz zur Reaktion, zur Aggression, zur Intervention ergibt sich „naturwüchsig“ aus der fortschreitenden Konzentration der Produktion und des Kapitals bei Monopolen.

Existenzbedingung des Monopols wird der *Monopolprofit*, nicht bloß die Sicherung des Durchschnittsprofits. Das ist untrennbar verbunden mit Bemühungen zur Ausschaltung, womöglich zur Vernichtung der Konkurrenz, zur Behauptung und Ausdehnung von Herrschaftsbereichen – gegen die Arbeiterbewegung, gegen den Sozialismus, gegen die nationalen Befreiungsbewegungen, um Monopolprofite erreichen und sichern zu können.

Die ungeheuerliche Machtkonzentration bei Monopolen ist aus der *freien Konkurrenz hervorgegangen*: durch Vernichtung, Verdrängung, Unterwerfung kleinerer Kapitalisten; durch die fortschreitende Zusammenballung von Arbeitskräften, Produktionskapazitäten und Kapital in Großunternehmen. Weil die Monopole aus der „freien Konkurrenz“ herausgewachsen sind, ist eine *Rückkehr zum freien Konkurrenzkapitalismus*, wie sie kleinbürgerliche oder sozialdemokratische Kritiker von „Auswüchsen“ des Imperialismus empfehlen, ein Unding, eine *Unmöglichkeit*.

Die Existenz von Monopolen, von multinationalen Konzernen mit vielen hunderttausenden Beschäftigten, mit Umsätzen, die Jahresbudgets mittlerer kapitalistischer Länder bei weitem überschreiten (etwa General Motors, IBM, Ford, IG-Farben-Nachfolger, Daimler-Benz-Volkswagen) widerspiegelt eine *rapid voranschreitende Vergesellschaftung* der Produktion, deren Vorteile sich eine dünne Schicht von Monopolisten und Spekulanten aneignet.

Die Beseitigung des Kapitalismus wird immer dringender für die weitere Entwicklung der menschlichen Gesellschaft. Sichtbar wird dies auch schon an der Unmöglichkeit, mit dem Monopolprofit als bestimmendem Prinzip mit Problemen der Energie- und Rohstoffversorgung, der Welternährung, der Umweltgefährdung fertig zu werden.

MONOPOLE UND IHRE FORMEN

Was ist unter Monopol zu verstehen? Bürgerliche Theoretiker behaupten, unbekümmert um Tatsachen, daß ein Monopol die völlige, hundertprozentige Ausschaltung jeder Konkurrenz voraussetzt. Daß eine Ware von einem einzigen Unternehmen erzeugt wird, ist jedoch eine äußerst seltene Ausnahme und nie von Dauer. Marxisten bestimmen den Begriff Monopol entsprechend den Erfahrungen, der Wirklichkeit. Mit Monopolen hat man es dort zu tun, wo bei wenigen Großunternehmen eine so hohe Konzentration von Produktionskapazität und Kapital besteht, daß dies zumindest in Teilbereichen die Beherrschung oder Kontrolle überlegener Produktions-, Absatz- und Abnehmerpositionen ermöglicht, finanzielle, wissenschaftlich-technische, oft auch außerwirtschaftliche Vorteile verschafft und damit auch langfristig Monopolprofite.

Es gibt mannigfaltige Organisationsformen von Monopolen. In der Industrie bilden sich zunächst *Kartelle* heraus; Vereinbarungen selbständiger Unternehmungen über Preise, Markt- und Produktionsquoten, oft auch über ein gemeinsames Verhalten gegenüber Arbeiterforderungen. *Syndikate* übernehmen den Absatz der Produktion der in ihnen vereinigten Betriebe, die also ihre kommerzielle Selbständigkeit verlieren. *Trusts* fassen mehrere Betriebe eines oder verschiedener Industriezweige bei völliger Liquidierung ihrer Selbständigkeit zusammen. *Konzerne* vereinigen Betriebe verschiedener Industriezweige durch *Finanzkontrolle* mittels Aktien.

Die Konzentration des Industriekapitals erforderte und bewirkte auf einer bestimmten Entwicklungsstufe auch eine *Konzentration des Bankkapitals*. Je größer die Unternehmen, desto größer die Mittel bei den Banken, desto größer auch der Kreditbedarf. Aus diesen Prozessen ergab sich eine *Verschmelzung von Industriekapital und Bankkapital zum Finanzkapital*, das sowohl in den Industrien wie in den Banken dominiert.

MONOPOL UND KONKURRENZ

Auch im Monopolkapitalismus bestehen nach wie vor viele kleine und mittlere Kapitalisten, die miteinander konkurrieren. Schon deshalb wäre es falsch, zu sagen, daß die Herausbildung von Monopolen die Konkurrenz einfach beseitigt. Lenin verwies darauf, daß die Monopole „über und neben“ der Konkurrenz bestehen und dadurch „eine Reihe besonders krasser und schroffer Widersprüche, Reibungen und Konflikte“ erzeugen.

Auch im Imperialismus wird der Konkurrenzkampf an vielen Fronten geführt: unter nichtmonopolisierten Betrieben, zwischen ihnen und Monopolen, die ihre Kontrollbereiche auszudehnen trachten; zwischen Monopolen und starken „Außenseitern“; zwischen den verschiedenen Monopolen und innerhalb der Monopolverbände selbst.

In den Methoden ist man nicht wählerisch. Sie reichen von Kreditentzug, zeitweiligen Preisunterbietungen, Abwerbung von Fachleuten, von Versuchen zum Ausschluß von Rohstoffen, Märkten, Transportwegen bis zum Boykott, zur Sabotage und Spionage, ja bis zu „privaten“ Kriegen. (Kampf zwischen multinationalen Konzernen um die Reichtümer Katangas während der Intervention im Kongo.)

Nicht nur die Konkurrenz, auch die Anarchie der Produktion insgesamt wirkt in verwandelten Formen im monopolistischen Kapitalismus weiter. Zwar erfordern und ermöglichen Großproduktion und Monopolisierung eine inner- und zwischenbetriebliche Planung und Regulierung. Aber diese größere Planmäßigkeit kann nicht verhindern, daß sich insgesamt immer wieder die Planlosigkeit durchsetzt, sich verheerend Bahn bricht, die zwangsläufig aus dem Privatbesitz an Produktionsmitteln folgt.

QUELLEN UND FOLGEN DES MONOPOLPROFITS

Daß die Erlangung und Sicherung von Monopolprofiten zum vorrangigen Ziel wird, hat weitreichende Konsequenzen auf verschiedenen Gebieten. Sie bringt eine Verschärfung, eine Potenzierung ökonomischer und sozialer Widersprüche mit sich.

Der Monopolprofit als ein bestimmender Faktor durchbricht die Regel, daß gleich große Kapitalien im Durchschnitt gleich hohe Profite abwerfen. In monopolisierten Bereichen sind die Profite höher, Kapitalanlagen profitabler. Aber der „freie Kapitalfluß“ ist eingengt. In monopolisierten Bereichen ermöglichen Monopolprofite eine weit raschere Entwicklung der Produktivkräfte, zugleich aber – durch die Monopolisierung, durch diktierte Preise – zumindest ein zeitweiliges „Einfrieren“ oder Verlangsamten der technisch-wissenschaftlichen Entwicklung. Verstärkte Mißverhältnisse innerhalb von Wirtschaftszweigen und zwischen ihnen, zwischen profitträchtigen Bereichen und

solchen, die wenig Profite abwerfen, sind die Folge. Vertieft wird auch der Widerspruch zwischen der Entwicklung von Industrie und Landwirtschaft.

Monopolprofite verlangen: Verstärkung der Ausbeutung der Arbeiterklasse; Ausplünderung verschiedenster Schichten durch Monopolpreise, der Masse der Sparer durch Zinsen, die dem Finanzkapital „billiges Geld“ sichern; Aneignung eines Teils der Profite des nicht-monopolisierten Kapitals durch das Finanzkapital; Umverteilung des Nationaleinkommens zugunsten der Monopole über den Staatshaushalt, sei es durch Subventionen, Steuerpolitik oder mittels anderer Methoden; Ausbeutung von Arbeiterschaft und Zwischenschichten anderer Länder durch Kapitalexport und kapitalistisch-neokolonialistischen Außenhandel.

Somit vertieft sich im Monopolkapitalismus der Klassengegensatz zwischen Proletariat und Bourgeoisie, entstehen und verschärfen sich Widersprüche zwischen der Monopolbourgeoisie und anderen Schichten der Nation, spitzt sich der Gegensatz zwischen einer Handvoll imperialistischer Mächte und den Völkern abhängiger Länder zu.

HISTORISCHER PLATZ DES IMPERIALISMUS

Der innere Zwang zur Erlangung und Sicherung von Monopolprofiten bringt das Monopolkapital in Gegensatz zu mannigfaltigsten gesellschaftlichen Interessen, zur großen Mehrheit der Gesellschaft. Er bedingt den Drang zur umfassenden, möglichst totalen Herrschaft. Mit Hilfe seiner ökonomischen Macht, für deren Erhaltung und Entfaltung, durchdringt das Monopol „mit absoluter Unvermeidlichkeit alle Gebiete des öffentlichen Lebens, ganz unabhängig von der politischen Struktur und beliebigen anderen Details“ (Lenin). Entsprechend dem Konkurrenzkapitalismus als politischer Überbau die bürgerlich-parlamentarische Demokratie, so entspricht der Ökonomik des monopolistischen Kapitalismus die Reaktion auf der ganzen Linie.

Als letztes Stadium des Kapitalismus zeichnet sich der Imperialismus, wie Lenin unterstrich – durch eine dreifache Besonderheit aus: „Der Imperialismus ist: 1. monopolistischer Kapitalismus; 2. parasitärer oder faulender Kapitalismus; 3. sterbender Kapitalismus.“ Er ist, wegen der gesetzmäßigen Verschärfung aller Widersprüche, „der Vorabend der sozialistischen Revolution“, was sich seit der Oktoberrevolution 1917 im Weltmaßstab bestätigt hat.

EINSCHNEIDENDE ÄNDERUNGEN

Die Oktoberrevolution und die weiteren sozialistischen oder anticolonialistischen Revolutionen in ihrem Gefolge haben zwar nicht das Wesen des Imperialismus geändert, wohl aber auf einschneidende

Weise die Bedingungen, unter denen seine Gesetzmäßigkeiten wirksam werden können. Im Kampf um die territoriale Neuaufteilung der Welt haben imperialistische Mächte zwei Weltkriege entfesselt. Nach wie vor wirkt das Gesetz der ungleichmäßigen Entwicklung, wofür als Beispiel die höchst unterschiedlichen Entwicklungen imperialistischer Hauptmächte nach dem zweiten Weltkrieg – etwa Großbritanniens, Westdeutschlands und Japans – dienen mögen.

Aber die Imperialisten sind nicht mehr „unter sich“. Jeder Kampf unter ihnen um eine Neuaufteilung, bis zum Äußersten geführt, würde den Weiterbestand des Kapitalismus als System überhaupt in Frage stellen, weil es eine sozialistische Staatengemeinschaft gibt. Dutzende Kriege und Interventionen seit 1945 zeugen beredt davon: Imperialismus birgt stets die Gefahr von Aggressionen, von Kriegen in sich. Diese Gefahr kann endgültig nur mit dem Imperialismus verschwinden. Gewandelt haben sich jedoch die Kräfteverhältnisse und damit auch die Formen, in denen diese Aggressivität noch wirksam werden kann. Sie hängen ausschlaggebend von den jeweils konkreten Kräfteverhältnissen ab.

PLANMÄSSIGKEIT UND ANARCHIE

Ähnliches gilt für die Austragung der Widersprüche innerhalb der imperialistischen Welt. So ist die „Integration“ westeuropäischer Staaten einerseits Ausdruck der Internationalisierung der Produktion und des Kapitals, und zweifellos eine höhere Stufe der Planmäßigkeit. Andererseits beweist die Überproduktionskrise der kapitalistischen Wirtschaft, die 1975 voll zum Ausbruch kam, daß auch Planung im Interesse der Monopole nicht mit den Widersprüchen fertig werden kann, die sich aus dem Privatbesitz an Produktionsmitteln ergeben.

Währungs- und Zollkriege, erbitterte Konflikte etwa um Agrarmärkte und Agrarsubventionen innerhalb der „Europäischen Gemeinschaft“ demonstrieren: auch die „Integration“ beseitigt nicht die Konkurrenz, sie besteht über und neben ihr, wobei sie neue Konflikte, Widersprüche und Reibungen schafft.

Ein „Überimperialismus“, der durch Aufteilung, durch Vereinbarung, durch Organisierung Herr seiner Widersprüche, der „widerspruchsfrei“ würde, ist heute ebenso eine Unmöglichkeit wie vor bald sechzig Jahren, als Lenin sich gegen Kautskys opportunistische Theorie von einem friedlich werdenden „Überimperialismus“ wandte.

DER KAPITALEXPORTE

So wie Kautsky den Imperialismus – zur Verharmlosung – als Politik der Ausplünderung von Großmächten gegenüber armen, agrarischen Gebieten falsch definierte, so beteuern heute Vertreter bürgerlicher Doktrinen, Sozialdemokraten eingeschlossen, daß es gar

keinen Imperialismus mehr gäbe, weil das alte System der kolonialen Ausplünderung mittlerweile zusammengebrochen ist.

Als Zeichen für die Fäulnis, für den parasitären Charakter des Monopolkapitalismus führte Lenin an, daß der Kapitalexport ganze Staaten in Rentnerstaaten verwandelte, deren Bourgeoisie von der Ausplünderung und Ausbeutung anderer Völker lebte. Zugleich machte Lenin darauf aufmerksam, daß „für den Imperialismus gerade das Bestreben charakteristisch ist, nicht nur Agrarländer, sondern sogar höchstentwickelte Industriegebiete zu annektieren“.

Dieses Bestreben ist unter den heutigen Bedingungen besonders ausgeprägt. Auch beim Kapitalexport hat der Staat des Monopolkapitalismus eine wesentliche Rolle übernommen. Es gibt kein hochentwickeltes, kapitalistisches Land mehr, das nicht zugleich Importeur und Exporteur von Kapital wäre. Das Ausmaß der Durchdringung ist folgender bürgerlicher Prognose abzulesen: Würden der Kapitalexport, die internationale Konzentration der Produktion und des Kapitals sich unvermindert weiterentwickeln wie in den letzten Jahrzehnten, dann wären in rund 15 Jahren annähernd zwei Drittel der Gesamtproduktion der kapitalistischen Welt in den Händen von 60 bis 70 Konzernen konzentriert.

Aus all dem ist ersichtlich: *Imperialismus* ist keine Politik, die man nach Belieben wählen oder verwerfen kann, sondern ein *Stadium des Kapitalismus, dem stets reaktionäre Politik entspricht*. Es ist verbunden mit Militarisierung und Bürokratisierung.

Im Imperialismus liegen auch *ökonomische Wurzeln des Opportunismus in der Arbeiterbewegung*. Lenin verwies darauf, daß die Kapitalisten aus ihren gigantischen Extraprofiten „Arbeiterführer und die Oberschicht der Arbeiteraristokratie“ bestechen – „durch tausenderlei Methoden, direkte und indirekte, offene und versteckte“, daß die *Klassengrundlage des Opportunismus* das Bündnis einer kleinen, bevorrechteten Arbeiterschicht, der „Brocken der großen Profite zufallen“, mit der Bourgeoisie gegen die Masse der Arbeiterklasse ist.

Imperialistische Politik kann je nach Kräfteverhältnissen, nach Gruppeninteressen mehr oder weniger aggressiv im inneren und nach außen, weniger oder mehr realistisch sein, aber – wegen der monopolkapitalistischen Basis – niemals nichtimperialistisch.

So wichtig es ist, diese Unterschiede auszunützen, so unerläßlich ist es, stets im Auge zu behalten: Jede politische Variante von Herrschenden im Stadium des Imperialismus muß seiner Grundtendenz nach reaktionär sein. Wegen des inneren Zusammenhangs zwischen Imperialismus und Opportunismus in der Arbeiterbewegung ist der Imperialismus nur zugleich mit dem Opportunismus, der Opportunismus nur zugleich mit dem Imperialismus wirksam zu bekämpfen.

Die allgemeine Krise des Kapitalismus

Die Charakterisierung des Imperialismus als „sterbender Kapitalismus“ durch Lenin hat sich mittlerweile tausendfach bestätigt. Der Marxismus-Leninismus spricht deshalb von einer „allgemeinen Krise des Kapitalismus“. Zum Unterschied von bestimmten zyklischen Wirtschaftskrisen ist damit die dauernde Krise gemeint, die das Gesamtsystem und sämtliche gesellschaftlichen Bereiche, von der ökonomischen Basis bis zum staatlichen, politischen, ideologischen Überbau durchdringt.

Der Begriff „allgemeine Krise“ kennzeichnet die fortschreitende Zersetzung und Schwächung der ökonomischen, politischen und ideologischen Grundlage des Kapitalismus in einer historischen Epoche, deren wichtigster Zug der Übergang vom Kapitalismus zum Sozialismus in der ganzen Welt ist. Auch dieser Prozeß verläuft nicht gradlinig, gleichförmig; er schließt keineswegs Rückschläge für antiimperialistische Kräfte aus. Entscheidend ist die Gesamttendenz der Entwicklung, die sich in widersprüchlichen Erscheinungen durchsetzt.

Hauptmerkmal der allgemeinen Krise des Kapitalismus ist die Spaltung der Welt in zwei entgegengesetzte Gesellschaftssysteme. Sie begann mit der Erschütterung des kapitalistischen Systems im ersten Weltkrieg, mit seiner Durchbrechung an der schwächsten Stelle durch die sozialistische Oktoberrevolution.

In dieser ersten Etappe setzte die Krise des imperialistischen Kolonialsystems ein, verstärkte sich die ökonomische und politische Labilität derart, daß das Monopolkapital, vor allem in Deutschland, Italien und einigen anderen Ländern einen Ausweg in der Errichtung faschistischer Regime, in der forcierten Militarisierung der Wirtschaft, in einem Weltkrieg zur „Neuaufteilung“ suchte.

Mit der Zerschlagung des Faschismus im zweiten Weltkrieg begann die zweite Etappe der allgemeinen Krise des Kapitalismus. Ihr wichtigstes Kennzeichen ist die Herausbildung des sozialistischen Weltsystems und der fortschreitende Zerfall des Kolonialsystems. Von den derzeit bestehenden 150 Staaten hat die Hälfte die staatliche Unabhängigkeit erst nach 1945 erlangt. Für den Imperialismus bedeutete das: größere Widersprüche in einer für ihn kleiner werdenden Welt, Schrumpfung des Raumes, der für die „Neuaufteilung“ bleibt, Zunahme des Widerstandes, Verschärfung der Konkurrenz untereinander bei gleichzeitiger wesentlicher Verschiebung der Kräfteverhältnisse innerhalb des Imperialismus.

Als Ergebnis dieser Wandlungen kam es in den fünfziger Jahren zu einer dritten Etappe der allgemeinen Krise des Kapitalismus. Sie wird dadurch gekennzeichnet, daß das sozialistische Weltssystem zum bestimmenden Faktor der internationalen Entwicklung wird, wie

dies Lenin theoretisch voraussah, als er auf die Bedeutung der Wandlung der Diktatur des Proletariats „aus einer nationalen Diktatur (das heißt eine Diktatur, die nur in einem einzigen Land besteht und die Weltpolitik nicht zu bestimmen vermag), in eine internationale (das heißt in die Diktatur des Proletariats zumindest in einigen fortschrittlichen Ländern), die einen entscheidenden Einfluß auf die Weltpolitik ausüben könnte“. (Werke, Band 31/36).

Seit Beginn der siebziger Jahre zeugen viele Erscheinungen von einer qualitativ neuen Phase der allgemeinen Krise des Kapitalismus: Währungskrisen; eine Inflation, die auch durch eine Überproduktionskrise nicht gebrochen wird; Aufblähung des Geldumlaufs, der Budgets, der Staatsschulden; Zuspitzung der Beziehungen zwischen Imperialisten und jungen Nationalstaaten, der Auseinandersetzungen über die Kontrolle der Rohstoffe, nicht nur des Erdöls; zunehmende Rivalität zwischen den Hauptzentren des Imperialismus – den USA, den westeuropäischen Staaten und Japan, Scheitern der Nachkriegsstrategie des Imperialismus, seiner „Politik des Zurückrollens“ des Kommunismus, seiner „Politik der Stärke“; zunehmende Labilität der Regierungen in den meisten kapitalistischen Ländern; Häufung der Zersetzungserscheinungen auf dem Gebiet der Ideologie, Kultur und Moral.

Diesen Tendenzen steht eine weitere Stärkung der Positionen des Sozialismus gegenüber. Sie läßt die prinzipielle Überlegenheit des Sozialismus immer deutlicher werden – von der planmäßigen Entwicklung der Produktivkräfte und dem Einsatz von Wissenschaft und Technik zur Befriedigung der Bedürfnisse bis zur Entwicklung der Persönlichkeit.

Der staatsmonopolistische Kapitalismus

Heutiger hochentwickelter Kapitalismus ist vor allem staatsmonopolistischer Kapitalismus. Schon bei der Analyse des Imperialismus vermerkte Lenin: „Der monopolistische Kapitalismus verwandelt sich in staatsmonopolistischen Kapitalismus, eine Reihe von Ländern gehen unter dem Druck der Verhältnisse zu öffentlicher Regulierung der Produktion und Verteilung über ...“ (Werke 24/298).

Bestehen auch weiterhin nichtmonopolisierte Bereiche der Wirtschaft, entstehen, vor allem in Konjunkturperioden, von neuem auch kleine Warenproduzenten, freilich oft nur, um wieder unterzugehen oder in den Herrschaftsbereichen der Monopole aufzugehen, so ist das Neue und Charakteristische: die Monopolisierungsprozesse erhalten zusehends staatliche, „öffentliche“ Züge.

Der Kern der Sache besteht darin, daß der gesamte gesellschaftliche Reproduktionsprozeß überhaupt nur noch durch umfassendes, planmäßiges Eingreifen des Staates auf ökonomischem, sozialem, ideologischem Gebiet möglich ist. Sowohl die Erhaltung der ökonomischen und politischen Macht des Monopolkapitals als auch der Grundbedingungen für die Erzielung von Monopolprofiten, für die Behauptung und Eroberung von Märkten, für den Kapitalexport bedürfen der *unmittelbaren, systematischen Mitwirkung des Staates in der Gesamtheit des gesellschaftlichen Lebens*. Eben deshalb erhält der Monopolkapitalismus auch dort, wo man noch offiziell von „freier Marktwirtschaft“ redet, immer mehr staatliche Züge.

Dieser Prozeß führt nicht über das Monopol als Hauptmerkmal des Imperialismus hinaus. Deshalb ist der staatsmonopolistische Kapitalismus auch *kein neues Stadium*, das auf den Imperialismus folgt, sondern eine höhere Stufe der Monopolisierung, das heißt *entfalteter, potenziierter Monopolkapitalismus*. Die Widersprüche, die für den Imperialismus typisch sind, haben eine solche Schärfe angenommen, daß der Kapitalismus genötigt ist, sich zu seiner Erhaltung verschiedener „öffentlicher“ interventionistischer (regelnd eingreifender) Formen und Methoden zu bedienen, die eigentlich dem Wesen des Privateigentums fremd sind und selbst schon in Widersprüche zu diesem geraten. So kennzeichnen die Mittel, mit denen sich der Kapitalismus gegen das Sterben erbittert wehrt, ihn noch deutlicher als sterbenden, als parasitären, als verkommenden Kapitalismus.

Der „Druck der Verhältnisse“, unter dem sich dieser Übergangsprozeß vollzog und weiter entfaltet, ist die *Summe vieler Faktoren*: Rapide Entwicklung der Produktivkräfte, ganz neuer Industriezweige, zunehmender Zwang zur Modernisierung (Automatisierung), wachsende Rolle von Wissenschaft und Technik als unmittelbare Produktivkraft und von Bildung als Voraussetzung dazu und Folge davon, Unentbehrlichkeit immer kostspieligerer Infrastrukturen (wie Verkehrs- und Nachrichtenverbindungen), von Einrichtungen, die nicht profitabel, aber für die Gesamtproduktion unerläßlich sind –, all das stellt vor allem hinsichtlich der Kapitalverwertung Anforderungen, die von Monopolen ohne staatliche Hilfe nicht mehr bewältigt werden können.

Dasselbe gilt für die internationalen Faktoren, die schon im Zusammenhang mit der allgemeinen Krise des Kapitalismus behandelt wurden: Entstehung und Festigung der sozialistischen Staatengemeinschaft als politische und ökonomische Herausforderung des Kapitalismus, Entstehung einer Vielzahl junger Nationalstaaten, Verschärfung der Konkurrenz in einer für den Imperialismus schrumpfenden Welt, wachsende Bedeutung des Außenhandels, der Außenwirtschaft, des Anteils an Märkten, Rohstoffquellen usw. für die Monopole.

Auch diese Faktoren wirken in dieselbe Richtung, verstärken, beschleunigen die Verbindung der Macht der Monopole mit der Macht

des Staates, anders gesagt, die „Verstaatlichung“ ökonomischer Funktionen, die es früher nicht gab, oder die ausschließlich oder vorwiegend von Privateigentümern und ihren Organisationen ausgeübt wurden.

DIE WICHTIGSTEN ERSCHEINUNGSFORMEN

Wie tritt das Wesen des staatsmonopolistischen Kapitalismus vor allem in Erscheinung? Zunächst als *Staatseigentum an Produktionsmitteln*. Die Verstaatlichung von Industriekonzernen und Banken in Österreich, aber auch in anderen Ländern, wie Frankreich, wurde von der Arbeiterbewegung gefordert. Unter den konkreten Bedingungen Österreichs wäre das Privatkapital zu einer Übernahme und Entwicklung wichtiger Sektoren der Wirtschaft überhaupt nicht imstande gewesen. Für bestimmte Bereiche (Atom-, Raumfahrtindustrie) gilt das auch in Ländern, wo riesige Privatkonzerne bestehen.

Wo Wirtschaftszweige für das Privatkapital unprofitabel, aber gesellschaftlich unentbehrlich sind, wo neue Zweige anfangs wenig oder keinen Profit bringen, aber große Kosten und Risiken, übernimmt der Staat, mit Hilfe öffentlicher Mittel, notwendige Funktionen, deren Erfüllung auf die Bedürfnisse des Kapitals abgestimmt wird. Staatsunternehmen der Grundstoffindustrie, Energiewirtschaft und des Transportwesens verkaufen Waren und Leistungen zu relativ niedrigen Preisen an das Privatkapital, aber kaufen vom privaten Kapital zu Monopolpreisen. Ein Teil des *in der verstaatlichten Industrie erzeugten Mehrwerts wird vom Privatkapital angeeignet*. Die Entwertung des staatlichen Kapitals – durch Verzicht auf Monopolprofite, ja zuweilen überhaupt auf Profite – bringt eine *Aufwertung des Privatkapitals* mit sich, eine Verbesserung seiner Verwertungsbedingungen.

Dennoch ist das Staatseigentum – historisch gesehen, Blickrichtung Sozialismus – ein großer Fortschritt. Es widerspiegelt zunächst die Grenze für die Entwicklung von Produktivkräften, die im Wesen des Privateigentums liegt. Bestimmte Entwicklungen sind nur mehr in staatlichen, „öffentlichen“ Formen möglich. Darüber hinaus widerspiegelt das Staatseigentum die Überlebtheit des Privateigentums an den Produktionsmitteln unter den Bedingungen einer umfassenden Vergesellschaftung der Produktion. Eben deshalb mißfällt dem Monopolkapital die Verstaatlichung politisch auch dort, wo sie ihm ökonomisch zugute kommt, sind also *Fragen der Verstaatlichung von großer Bedeutung für den politischen Kampf*.

Das Staatseigentum im Kapitalismus ist das *formale Mittel* der Lösung des Konfliktes (private Aneignung – gesellschaftliche Produktion), aber nicht die Lösung selbst, weil die Eigentumsverhältnisse insgesamt kapitalistisch sind. Darum erfordert die Lösung einen ganz anderen Staat, die Arbeitermacht.

Eine zweite wichtige Erscheinungsform ist die *staatliche Konzernbildung und Kartellierung*. Die Zusammenschlüsse, Fusionen, „Strukturvereinbarungen“ in der verstaatlichten Industrie Österreichs sind dafür ebenso Beispiele wie die staatlich gelenkten, subventionierten Zusammenschlüsse in der Privatwirtschaft (Papierindustrie, Textilindustrie).

Ein weiteres, äußerst wichtiges Merkmal des staatsmonopolistischen Kapitalismus ist die *Umverteilung* eines beträchtlichen Teils des Nationaleinkommens *durch den Staat zugunsten des Kapitals*. In Österreich geht über ein Drittel des Bruttonationalprodukts durch die öffentliche Hand. Von den Massen nimmt sie immer mehr – in Form von Konsum- und Lohnsteuer, Tarifen usw. –, um für die Bedürfnisse des Kapitals eine offene Hand sein zu können. Durch Geld- und Kreditpolitik, durch Investitions- und Abschreibungspolitik, durch Subventionen für den Außenhandel, durch Begünstigungen verschiedenster Art trachtet der Staat danach, die Verwertungsbedingungen des Privatkapitals zu verbessern.

Staatseigentum, staatliche Konzernbildung und Kartellierung, Umverteilung über das Staatsbudget – das bedeutet, daß im staatsmonopolistischen Kapitalismus die *Planmäßigkeit* längst den Bereich des einzelnen Monopols überschritten hat, daß an ihre Stelle eine *Regulierung und Programmierung der Gesamtwirtschaft und einzelner Bereiche tritt*. Ihr Ziel ist es, in der Auseinandersetzung mit der sozialistischen Welt und kapitalistischen Konkurrenten möglichst günstige Bedingungen für das Kapital zu sichern, vor allem für das Monopolkapital. Hauptzweck dieser „Planmäßigkeit“ ist es, die Profite planmäßiger „einzustreifen“, also nicht irgendein „Gesamtwohl“, sondern die Durchsetzung der Kapitalinteressen unter *allen Bedingungen* – gegen die Arbeiterklasse und alle übrigen Schichten.

Wie die Krise beweist, die 1974 begann und 1975 mehr oder weniger heftig, so gut wie alle kapitalistischen Länder erfaßte, ist es auch mit den neuentwickelten Instrumenten staatsmonopolistischer Regulierung nicht möglich zu verhindern, daß die Widersprüche des Systems zum Schaden von vielen Millionen zum Ausbruch kommen.

Ausschlaggebend dafür sind folgende Gründe: die Widersprüche zwischen den Monopolen, international und innerhalb eines Landes; das Weiterbestehen zahlreicher kleinerer und mittlerer Warenproduzenten; die Unmöglichkeit ohne Aufhebung des Privateigentums die Marktpontanität, die Anarchie, aufzuheben; der Widerspruch zwischen der Entwicklung der Produktion, auf der Jagd nach Profiten, als ob es keine Grenze gäbe, und der Begrenzung der kaufkräftigen Nachfrage. Die endgültige Beseitigung der Krisengefahr erfordert deshalb die endgültige Beseitigung des Kapitalismus.

Ein weiteres wichtiges Merkmal des staatsmonopolistischen Kapitalismus ist sein *direktes systematisches Eingreifen in die Beziehungen*

zwischen Kapital und Arbeit, um die Bedingungen des Kaufs und Verkaufs der Ware Arbeitskraft im Interesse des Kapitals, vor allem des Monopolkapitals zu diktieren. Dem entsprechen Bemühungen, die Gewerkschaften oder Teile von ihnen mit mannigfaltigen Mitteln, von der Korruption bis zur Entsolidarisierung, möglichst fest an das staatsmonopolistische System zu binden.

In Österreich hat dies die Form der *Sozialpartnerschaft* angenommen: der Bindung der Spitzen von SPÖ und Gewerkschaftsbund an das Kapital, durch ihre Einbeziehung in Institutionen des staatsmonopolistischen Kapitalismus, ohne Rücksicht auf die Mehrheitsverhältnisse im Parlament oder die Zusammensetzung der Regierung. Auf diese Weise wird die Lohn- und Beschäftigungspolitik den jeweiligen Bedürfnissen des Kapitals angepaßt. Staatliche Eingriffe in die Beziehungen zwischen Arbeit und Kapital können auch die Form von Antistreikgesetzen, Berufsverboten, staatlichen Lohnleitlinien und diversen Einschränkungen des Koalitionsrechtes annehmen.

STAAT UND MONOPOLE

Aus all dem folgt: Staatsmonopolistischer Kapitalismus bedeutet auch eine *neue Phase der Beziehungen zwischen Staat und den Monopolen*. Einerseits wird der Staat mit seinen Funktionen zu einem entscheidenden Mittel des Reproduktionsprozesses, zu einem Machtinstrument der Finanzoligarchie, das in allen Bereichen der Gesellschaft eingreift. Andererseits erfordert gerade die Erfüllung dieser Funktionen im Dienst des Monopolkapitals unter rasch wechselnden, widerspruchsvollen Bedingungen eine *relative Selbständigkeit des Staates*.

Diese Tatsache wird vom Sozialdemokratismus und diversen bürgerlichen Ideologen in eine „Unabhängigkeit“, in eine „Klassenneutralität“ des Staates verfälscht. In Wirklichkeit wird der Klassencharakter des Staates noch stärker ausgeprägt: durch die Verbindung von Staat und Monopolen zu einer organischen, zum Teil sogar personellen Einheit.

Diese Einheit bedeutet aber *nicht* Identität. Sie ist widerspruchsvoll, weil Staat und Monopole zwar gleiche Ziele haben, aber zu ihrer Erreichung sich verschiedene Mittel bedienen müssen; weil die Wahrnehmung der *Gesamtinteressen des Kapitals* durch den Staat notwendigerweise Widersprüche zu einzelnen Monopolen einschließt wie den Kampf unter den Monopolen um größtmöglichen Einfluß auf den Apparat des Staates zugunsten von Sonderinteressen.

Der staatsmonopolistische Kapitalismus ist also seinem Wesen nach die *Zusammenfassung der Macht der Monopole und der Macht des Staates zu einem System für die Sicherung von Monopolprofiten* und die Erhaltung der kapitalistischen Ordnung im Kampf gegen die revolutionären Kräfte im nationalen und internationalen Maßstab. Er

verstärkt damit zwangsläufig die Tendenz zur Willkür, zur Herrschaft in allen Lebensbereichen, zu ihrer Unterwerfung unter die Bedürfnisse dieses Systems.

Seine „öffentlichen“ Züge sind Ausdruck einer Vergesellschaftung der Produktion, die so weit gediehen ist, daß man den staatsmonopolistischen Kapitalismus mit Lenins Worten als „die vollständige materielle Vorbereitung zum Sozialismus“ kennzeichnen kann.

KONTROLLFRAGEN

1. Was sind die wichtigsten ökonomischen Merkmale des Imperialismus?
2. Was verstehen Marxisten unter Monopolen?
3. Warum bedeutet Monopolkapitalismus Tendenz zur Reaktion und zur Aggression?
4. Worin äußert sich die allgemeine Krise des Kapitalismus?
5. Was sind die wichtigsten Erscheinungsformen des staatsmonopolistischen Kapitalismus?

Partei- und Revolutionstheorie

Die marxistisch-leninistische Partei- und Revolutionstheorie behandelt die Partei nicht als Selbstzweck, sondern als Mittel zum Zweck: zur sozialistischen Revolution, zur Beseitigung des Privateigentums an Produktionsmitteln, zum Aufbau des Sozialismus und Kommunismus. Grundlage der Parteitheorie ist die marxistische Lehre von der geschichtlichen Rolle und Aufgabe der Arbeiterklasse, den Kapitalismus, als historisch letzte einer Reihe von Ausbeuterordnungen zu überwinden.

NOTWENDIGKEIT DER REVOLUTIONÄREN PARTEI

Marx und Engels leiteten im „Kommunistischen Manifest“ die historische Aufgabe der Arbeiterklasse aus den inneren Widersprüchen des Kapitalismus ab: aus dem Widerspruch zwischen Produktivkräften und Produktionsverhältnissen (Eigentumsverhältnissen); aus der Tatsache, daß die über das Eigentum an Produktionsmitteln Verfügenden nicht produzieren, die Produzierenden aber nicht über die Produktionsmittel verfügen.

Marx und Engels stellten fest: Die Arbeiterklasse ist der Totengräber des Kapitalismus, die revolutionärste Klasse infolge ihrer Stellung im Produktionsprozeß. Sie ist das ureigenste Produkt der Großindustrie. Sie wächst mit deren Entfaltung. Die Arbeiterklasse ist die wichtigste Produktivkraft, der Hauptproduzent des gesellschaftlichen Reichtums. Sie ist dank ihrer Daseinsweise, dank ihrer Stellung in der Produktion, ihrer Konzentration in großen Betrieben am meisten befähigt, sich zu organisieren und diszipliniert, kollektiv zu handeln. In ihrer Lebensweise ist die Existenzweise des Kapitalismus als Privateigentum an Produktionsmitteln schon überwunden.

Der Klassengegensatz der Arbeiterklasse zum Kapital ist unabhängig von nationalen, rassischen oder anderen Schranken. Die Arbeiterklasse ist also ihrem Wesen nach internationalistisch. Sie braucht die Einheit – national wie international – gegen den gemeinsamen Feind.

Andere Schichten können nur insofern eine progressive, revolutionäre Rolle spielen, als sie schon im Sinne ihrer eigenen möglichen

gesellschaftlichen Zukunft als Werktätige denken und handeln, im Bündnis mit der Arbeiterklasse gegen den Kapitalismus.

Die Arbeiterklasse muß das Kapital *politisch und ökonomisch* stürzen. Dies ist nur auf dem Weg ihrer *Machtergreifung* möglich. Ohne Überwindung, ohne Zerschlagung der Staatsgewalt der Kapitalistenklasse kann die Macht der einzelnen Kapitalisten nicht gebrochen werden.

Daraus folgt: Die Befreiung der Arbeiterklasse kann nur das Werk der Arbeiterklasse selbst sein; die Klasse kann sich nicht mit ökonomischen Interessenvertretungen oder Bildungsorganisationen begnügen. Sie bedarf einer *selbständigen politischen Organisation*, einer *revolutionären Partei*, die im Kampf Teil- und Gesamtinteressen, kurzfristige und langfristige Ziele, nationale und internationale Aufgaben vereint, die *alle Formen* des Klassenkampfes, je nach Bedingungen, anzuwenden versteht.

PARTEI UND KLASSE

Die Partei ist nicht gleichbedeutend mit Klasse. Sie ist nur ein Teil von dieser, der bewußteste, die Vorhut. Sie treibt den Kampf voran und schließlich über die Grenzen der kapitalistischen Gesellschaft hinaus.

Zur Begriffserläuterung: Parteien sind politische Vereinigungen, Zusammenschlüsse, gebildet vorwiegend aus Angehörigen einer Klasse oder der Fraktion einer Klasse, die Ziele dieser Klasse oder Fraktion programmatisch formulieren, politische Schritte und ökonomische Forderungen ideologisch begründen und organisieren, um diese Interessen durchzusetzen.

Die Wirklichkeit ist freilich reicher, komplizierter als diese Definition. Die Kapitalistenklasse wäre längst außerstande, auf die Dauer nur mit einer aus Kapitalisten bestehenden Partei zu herrschen. Auch unter Ausgebeuteten bedarf sie einer gewissen Massenbasis, um ihre Herrschaft, die offene oder verhüllte Diktatur des Kapitals, zu ermöglichen.

In den bürgerlichen Demokratien dient eine Mehrzahl von Parteien („Pluralismus“) der Verschleierung dieser Diktatur. Zu unterscheiden ist aus diesen Gründen zwischen *sozialen Funktionen* und der *sozialen Zusammensetzung* von Parteien. So ist ihrer sozialen Zusammensetzung nach die SPD vor allem eine Partei der Arbeiterklasse, der sozialen Funktion ihrer Spitze nach aber gegenwärtig Stütze und Vollzugsorgan des Kapitalismus.

Revolutionäre Partei – das bedeutet *Verbindung* der Arbeiterbewegung mit dem *wissenschaftlichen Sozialismus*. Ihr Erfolg hängt – im Rahmen der objektiven Faktoren – von der Fähigkeit ab, sich mit der Klasse in Kämpfen zu verbinden, Massen in Bewegung zu setzen,

Verbündete zu gewinnen und zugleich ihre *politisch-ideologische, organisatorische Selbständigkeit* zu erhalten, zu festigen.

Um die *Gesamtinteressen* der Klasse vertreten zu können, muß die Vorhut, müssen die fortgeschrittensten Angehörigen der Klasse sich mit dem besten Wissen um den gesellschaftlichen Gesamtprozeß ausrüsten und die Klasse in den Kämpfen für ihre Interessen erziehen, also aus deren Erfahrungen, aus Erfolgen wie Rückschlägen selber lernen.

Die *führende Rolle der Partei* bedeutet keinerlei Anspruch auf irgendeine Sonderrolle, irgendeine Privilegierung, sondern lediglich: Erfüllung der Aufgabe, die Massen weiterzuführen, dank tieferer Einsichten in die Bedingungen, den Gang und die allgemeinen Resultate der proletarischen Bewegung, also dank größerer Voraussicht, Organisiertheit, Disziplin.

Auch dort, wo die Arbeiterklasse noch relativ schwach entwickelt ist, kommt ihr auf Grund ihrer Stellung im Produktionsprozeß *qualitativ* eine Bedeutung zu, die weit größer ist als ihr *quantitativer* Anteil an der Bevölkerung.

Der Drang zur Organisation, zur „Koalierung“, ergibt sich zunächst für die Arbeiterklasse vor allem aus der Notwendigkeit, ihre wirtschaftlichen Interessen zu verteidigen, insbesondere gegen die Tendenz des Kapitals, den Preis der Arbeitskraft unter deren Wert zu drücken. Aber auch dort, wo der politische Zusammenschluß zur Partei längst erfolgt ist, müssen immer neue Generationen und Schichten der Arbeiterklasse ihre ersten Erfahrungen im Kampf für ihre unmittelbaren Lebensinteressen sammeln. So wie sich die Arbeiterklasse nicht befreien kann, ohne ihre eigenen Lebensverhältnisse – das Lohnsystem – aufzuheben, kann sie die Fähigkeit zur Selbstbefreiung nicht erlangen, ohne eine Vielzahl von Kämpfen für ihre unmittelbaren Lebensbedingungen zu führen.

WEITERENTWICKLUNG DER PARTEITHEORIE BEI LENIN

Lenins Lehre von der „*Partei neuen Typs*“ führt unter den Bedingungen des Imperialismus, also des Monopolkapitalismus, die Grundgedanken Marx' und Engels', Erfahrungen der ersten und zweiten Internationale verwertend, weiter.

Dies gilt zunächst für die Lehre der *Partei als höchste Form der Organisation*. Es gibt viele Organisationen der Arbeiterklasse – zum Beispiel Gewerkschaften, Bildungsorganisationen, Frauen-, Jugendorganisationen. Sie alle streben nur *Teilziele* an, oft nur für Teile der Klasse und oft nur *innerhalb* der Grenzen des Systems. Die Partei führt und vereinheitlicht den Klassenkampf auf *allen Gebieten*, unter allen möglichen Bedingungen, ordnet alle Kämpfe, kurzfristige wie

langfristige, dem entscheidenden Ziel der Selbstbefreiung der Arbeiterklasse unter.

SOZIALISTISCHE BEWUSSTSEINSBILDUNG

Eine Schlüsselrolle kommt in Lenins Parteitheorie dem politisch-ideologischen Kampf der Partei um die *Entwicklung sozialistischen Bewußtseins* zu.

Dafür gibt es objektive Gründe: Das Lohnverhältnis verschleiert die Ausbeutung, weil fälschlich die gesamte Arbeitszeit als bezahlt erscheint. Ferner: Industrialisierung bedeutet stets auch Proletarisierung, Dezimierung von Zwischenschichten, von Bauern, Gewerbetreibenden, Händlern, also einen ständigen Zustrom zur Arbeiterklasse, ein ständiges Eindringen nichtproletarischer, meist kleinbürgerlicher Denkweisen.

Weiter: Der Monopolkapitalismus bietet mit seinen Monopolprofiten Möglichkeiten, Teile der Arbeiterklasse zu korrumpieren. Dies gilt erst recht für den staatsmonopolistischen Kapitalismus, für seine Methoden der Entsolidarisierung, der Aufspaltung durch verschiedene Formen der staatlichen Lohn- und Beschäftigungspolitik, der Integration von Teilen der Arbeiterbewegung, nicht zuletzt mit Hilfe von Positionen und Funktionen in den vom Staat kontrollierten Sektoren. Dazu kommt die fortschreitende Monopolisierung bei Mitteln zur Meinungsbildung.

Die unversöhnlichen Widersprüche des Kapitalismus bewirken stets sozialistische Neigungen in der Arbeiterklasse. Vor allem in Perioden verschärfter Klassenkämpfe entstehen auch spontan einfache Formen von Klassenbewußtsein, von „Klassengefühl“.

Der Marxismus als *Wissenschaft* konnte und kann jedoch nicht spontan entstehen. Er kann sich auch nicht spontan weiterentwickeln. Erst seine Verbindung mit der Arbeiterbewegung ergibt den wissenschaftlichen Sozialismus. Eine Organisation, vorwiegend aus Arbeitern bestehend, aber ohne Verbindung mit dem wissenschaftlichen Sozialismus ergibt deshalb noch keine moderne revolutionäre Arbeiterbewegung.

Die Verbindung des wissenschaftlichen Sozialismus mit der Arbeiterbewegung ist kein einmaliger Akt, sondern ein *ständiger Prozeß* unter *wechselnden objektiven Bedingungen*. Den Arbeitermassen werden unauhörlich durch die bürgerlichen Schulen des Klassenstaates und die Massenmedien *bürgerliche Denkweisen* vermittelt, zum Beispiel in „sozialpartnerschaftlicher“ Form. Spontane Denkweisen sind im wesentlichen stets Formen *bürgerlicher Ideologien*, die in Grundzügen schon seit Generationen bestehen. Solange die Mehrheit der Arbeiterklasse in bürgerlichen Denkweisen befangen ist, kann die Herrschaft des Kapitals nicht gebrochen werden. Darum ist auch auf

dem Gebiet der klassenbedingten Ideen – der Ideologien – ein unerbitterlicher Klassenkampf unerläßlich und unter den heutigen Bedingungen von wachsender Bedeutung.

Trägerin der wissenschaftlichen Ideologie kann die Arbeiterklasse deshalb sein, weil ihre Grundinteressen die Aufdeckung der großen gesellschaftlichen Zusammenhänge und Gesetzmäßigkeiten erfordern. Durchsetzen kann sich jedoch sozialistisches Bewußtsein, sozialistische Ideologie nur im *unermüdlichen Kampf gegen bürgerliche Denkweisen*, und das nur mit Hilfe einer revolutionären Partei.

STÄNDIGER KAMPF GEGEN OPPORTUNISMUS

Die ständige Verbindung des wissenschaftlichen Sozialismus mit der Arbeiterbewegung erfolgt durch die Partei. Dazu ist eine beharrliche, planmäßige marxistische Bildungsarbeit auf allen Ebenen notwendig. Deshalb enthält auch Paragraph 8 des Statuts der KPO die Verpflichtung, die Publikationen der Partei zu lesen, das politisch-ideologische Wissen ständig zu erweitern.

Dieser Aufgabenstellung entsprach auch der Punkt der Hainfelder Prinzipienklärung bei der Gründung der österreichischen Sozialdemokratie, wo die Aufgabe umrissen wurde, „das Proletariat politisch zu organisieren, es mit dem Bewußtsein seiner Lage und seiner Aufgabe zu erfüllen, es geistig und physisch kampffähig zu machen und zu erhalten“. In der Praxis hat dem die Sozialdemokratie in diesem Jahrhundert stets zuwidergehandelt. Kreisky hat vor dem 22. Parteitag der SPÖ sogar diese Aufgabenstellung, weil völlig unvereinbar mit einer Politik der „Sozialpartnerschaft“, für „überholt“ erklärt.

Lenins Lehre von der „Partei neuen Typs“ beruht auf ihrem Charakter als *selbständige Klassenpartei* mit dem Marxismus als *ideologische Grundlage*. Deshalb ist es notwendig, den *Arbeitercharakter* der Partei, ein Überwiegen des Anteils von Angehörigen der Arbeiterklasse, zu sichern. Deshalb ist die *systematische Auseinandersetzung* mit allen Formen des „rechten“ und des „linken“ Opportunismus, mit Anarchismus und Linksradikalismus, mit Ökonomismus und Nationalismus, eine *Lebensbedingung für die Partei neuen Typs*.

ALLSEITIGKEIT DES KAMPFES

Aus der Aufgabe, die kurzfristigen wie die langfristigen Interessen der Arbeiterklasse zu vertreten, einem wachsenden Teil der Arbeiterklasse sozialistisches Bewußtsein zu vermitteln, ergibt sich die Notwendigkeit der *ständigen dialektischen Verbindung des Klassenkampfes in seinen verschiedenen ökonomischen, politischen und ideologischen Formen*.

Bei der Herausbildung der Bolschewistischen Partei spielte eine wesentliche Rolle die Auseinandersetzung mit dem „Nur-Gewerkschaftertum“, dem „Ökonomismus“, der die Tätigkeit der Organisation vorwiegend oder ausschließlich auf ökonomisches Gebiet beschränkt. Dazu betonte Lenin, daß „unser Ideal ... nicht der Sekretär einer Trade Union ist, sondern der Volkstribun sein muß, der es versteht, auf alle Erscheinungen der Willkür und Unterdrückung zu reagieren, um vor aller Welt seine sozialistischen Überzeugungen und seine demokratischen Forderungen darzulegen“.

Lenin bezeichnete die „allseitige Enthüllung“ – die beharrliche Darlegung der wichtigsten gesellschaftlichen Zusammenhänge – als eine entscheidende Aufgabe der Partei. Er warnte vor einer Verherrlichung der Spontaneität, weil die unmittelbaren Erkenntnisse der Arbeiter infolge ihrer ökonomischen, politischen und geistigen Unterdrückung zunächst unvermeidlich „ökonomistisch“, „nur-gewerkschaftlicher“ Natur sind, also den Kapitalismus noch nicht in Frage stellen.

Lenin unterstrich zugleich die Bedeutung des Massenkampfes, wobei er zu den aus sozialen, politischen und ökonomischen Konflikten hervorgehenden spontanen Aktionen feststellte, daß die beste Propaganda und Agitation, so unentbehrlich sie auch sind, nicht die eigene Erfahrung ersetzen können.

Pflicht der Partei, der marxistischen Vorhut, sei es, solchen Aktionen Richtung und Ziel zu geben, sie zu koordinieren, sie einzuordnen in eine Strategie, die aus einer Analyse der Kräfteverhältnisse und Beziehungen zwischen allen Klassen und Schichten hervorgeht. Die Partei vertritt die Arbeiterklasse nicht nur gegenüber dem Staat und den Unternehmern, sondern auch gegenüber allen anderen Klassen und Schichten.

Die Förderung und Unterstützung spontaner Aktionen, das umsichtige und rechtzeitige Herausfinden von Fragen, wo Aktionen möglich sind, mit dem Ziel, ihnen Bewußtheit zu geben, sie in eine Gesamtstrategie einzuordnen, ist unter den Bedingungen des staatsmonopolistischen Kapitalismus, wegen seiner hohen Organisiertheit wichtiger denn je.

Aus der marxistischen Lehre über Lage und Aufgabe der Arbeiterklasse, über die Notwendigkeit einer selbständigen Partei ergibt sich auch die Behandlung des Problems der Kampfformen und -methoden der Partei. Die Verabsolutierung einer Kampfform zur einzigen „zielführenden“, alleinseligmachenden, ist vormarxistisch, kennzeichnend für alle primitiven Revolutionstheorien. Die marxistische Partei muß alle Kampfformen beherrschen lernen. Die Auswahl erfolgt ausschließlich nach dem Gesichtspunkt der Tauglichkeit, der Nützlichkeit von Kampfformen unter bestimmten konkreten Gegebenheiten.

INTERNATIONALISIERUNG DES KLASSENKAMPFES

Der *Internationalismus*, dessen Bedeutung schon das „Kommunistische Manifest“ unterstrich, ist unabdingbares Element der Partei neuen Typs. Schon die Herausbildung des Monopolkapitalismus hat eine wesentliche Internationalisierung des Klassenkampfes mit sich gebracht, als Ergebnis der Konfrontation der Arbeiterklasse verschiedener Länder mit dem gleichen Monopolkapital als Gegner.

Heute, da sich Sozialismus und Kapitalismus als Weltsysteme gegenüberstehen und die vielfältigsten Methoden in dieser Auseinandersetzung zur Anwendung gelangen – friedliche Koexistenz ist eine Form des Klassenkampfes zwischen Staaten antagonistischen Klassencharakters –, kann eine Partei ihren Aufgaben im nationalen Rahmen nur entsprechen, wenn sie dem Internationalismus die Treue hält und umgekehrt.

DER DEMOKRATISCHE ZENTRALISMUS

Aus der gesellschaftlichen Stellung der Arbeiterklasse, ihrer geschichtlichen Aufgabe und der Rolle der revolutionären Partei folgen die Organisationsprinzipien und -normen der Partei. Sie sind Verallgemeinerungen der Kampferfahrungen seit den Anfängen der modernen Arbeiterbewegung. Ihr Kern ist das Prinzip des demokratischen Zentralismus, das schon von Marx und Engels entwickelt und verfochten wurde. Der demokratische Zentralismus ist nach dem Sieg der Arbeiterklasse das Organisationsprinzip des sozialistischen Staates.

Dieses Prinzip verbindet in der Partei Demokratie mit zentraler Führung und zentraler Sicherung der Durchführung der Beschlüsse im Interesse der Einheit des Handelns.

Demokratischer Zentralismus bedeutet vor allem: Wahl aller leitenden Organe von unten nach oben; Rechenschaftspflicht aller Leitungen vor ihren Organisationen, Pflicht der Berichterstattung an alle übergeordneten Parteiorgane; Verbindlichkeit der Beschlüsse und der Parteidisziplin; Kontrolle der Durchführung der Beschlüsse von unten nach oben und umgekehrt: gleiches Recht aller Mitglieder, in den Parteiorganisationen an der Erarbeitung der Politik und der Beschlußfassung mitzuwirken.

So wie unter der Herrschaft des Kapitals sich nie die gesamte Klasse zur Bewußtheit und Aktivität ihrer Vorhut, der Partei, erheben kann, so kann es nie einen Zeitpunkt geben, in dem die Tätigkeit aller Organisationen der Partei voll und ganz den Organisationsprinzipien und -normen entspricht. Weil es sich aber nicht um willkürliche Normen handelt, nicht um Ausgeklügeltes, sondern um Grunderfahrungen, um Voraussetzungen für die größtmögliche Wirksamkeit, ist es Pflicht aller Leitungen und Mitglieder, ständig auf maximale Erfüllung dieser Normen zu achten.

Von größter Bedeutung ist das *richtige Verhältnis* der beiden *Elemente* des demokratischen Zentralismus zueinander. Eine Vernachlässigung des Zentralismus bringt eine Schwächung der Schlagkraft gegen den hochorganisierten Gegner mit sich, der über den Staat als zentrale Macht verfügt. Eine Vernachlässigung der innerparteilichen Demokratie isoliert die Führung, beeinträchtigt die Verbindung zwischen Führung und Basis und damit zwischen Partei und den Massen.

Jede Störung des richtigen Verhältnisses zwischen diesen beiden Elementen mindert die Kampfkraft. Disziplinierte Durchführung von Beschlüssen ist unerlässlich. Möglich ist sie als Regel aber nur dort, wo Mitwirkung an Beschlußfassung und Durchführung die Überzeugung von der Richtigkeit der Strategie und Taktik mit sich bringt.

OPPORTUNISTISCHE ENTSTELLUNGEN

Das Verhältnis zwischen diesen beiden Elementen ändert sich notwendigerweise mit den Kampfbedingungen. So verlangt Illegalität einen wesentlich strafferen Zentralismus. Aber es ist eine Fälschung, Lenin das Konzept einer „bürokratisch-zentralistischen Partei“ zu unterstellen. Sogar in der tiefsten Illegalität, als die Wahl unterer Leitungen unmöglich war, bestand Lenin auf der Wahl des Zentralkomitees und des Zentralorgans durch den Parteitag.

Historisch unrichtig ist die Gegenüberstellung von Kaderpartei und Massenpartei unter Berufung auf die Bolschewistische Partei. Die Mitgliederzahl der Bolschewistischen Partei stieg von 8400 Mitgliedern im Jahre 1905 auf 240.000 Mitglieder im August 1917. Entsprechend den Bedingungen, der Stärke, änderten sich auch die konkreten Organisationsformen. Entscheidend war und ist die jeweils optimale Verbindung zwischen den beiden Elementen: die Sicherung des Charakters der Partei als Organisation der *bewußtesten Teile der Arbeiterklasse* und die *ständige Erziehung eines Kadern der Partei*, der imstande ist, für die Erfüllung ihrer Funktionen im *Sinne der politisch-ideologischen Grundlagen* der Partei, für die Verbindung mit den Massen zu sorgen.

Der *Rechtsopportunismus* unter den heutigen Bedingungen spricht, weil er eine Politik der Anpassung betreibt, der Partei einige oder alle Funktionen ab.

Der *Linksopportunismus* kapituliert vor den Schwierigkeiten, Massen zu gewinnen und zu führen. Er beschönigt das mit Theorien einer „Kaderpartei“, die allesamt auf die *Selbsternennung zu einer „Elite“* hinauslaufen. So wie manche Rechtsopportunisten aus der Partei der Arbeiterklasse Zirkeln von Intellektuellen machen wollen, geben Linksopportunisten Intellektuellenzirkel als „Arbeiterpartei“ aus.

VERBINDLICHKEIT DER BESCHLÜSSE

Unerlässlich zur Sicherung der Einheit des Handelns, der Einheit der Partei ist das von Lenin vertretene Prinzip der *Unzulässigkeit von Fraktionen* sowie das Prinzip der *Verbindlichkeit von Parteibeschlüssen für alle Mitglieder*.

Auch innerhalb einer revolutionären Partei ist ein Meinungsstreit unvermeidlich, ja nützlich, insofern es sich um eine Meinungsbildung im Rahmen des Marxismus-Leninismus und der *Normen und Beschlüsse* der Partei handelt. Dazu heißt es im Statut der KPO, Paragraph 7, daß jedes Mitglied das Recht hat, „einen anderen Standpunkt, als in den mehrheitlich gefaßten Beschlüssen zum Ausdruck kommt, beizubehalten. Jedoch ist jedes Mitglied verpflichtet, den Mehrheitsbeschluß durchzuführen.“

Paragraph 8 betont die Pflicht jedes Mitgliedes, einer *Grundorganisation* anzugehören, in seinem Wirkungs- und Lebensbereich für das *Programm und die Politik* der Partei einzutreten und die *Parteidisziplin* einzuhalten. Zur Sicherung der Einheit der Partei im Denken und Handeln ist es notwendig, jeden Ansatz zu einer Diskriminierung aus nationalen oder sonstigen Gründen – also auch jedes „Elite“-denken von Intellektuellen und jeden Antiintellektualismus – auszuschalten.

BEDEUTUNG DER GRUNDORGANISATIONEN

Entscheidendes Bindeglied der Partei zur Klasse sind die *Grundorganisationen*. Das gilt besonders für die *Betriebsorganisationen*, vor allem in Großbetrieben, wo der Kern der Arbeiterklasse konzentriert ist. Die Aktivität der Grundorganisationen entscheidet in hohem Maß über Kampfkraft und Ausstrahlungskraft der Partei. Die Partei kann nur so stark sein wie die Vielzahl der Organisationen, wie deren *Verbindungen nach außen*, wie die Vielfalt der Erfahrungen, die durch dieses Netz von Kommunisten erfaßt werden.

Ein wesentliches Element der marxistisch-leninistischen Parteitheorie ist das Prinzip der *Kollektivität der Leitungen*. Es schließt die persönliche Verantwortung für bestimmte Arbeitsgebiete ein. Die Einhaltung dieser Kollektivität ist für Vermeidung oder Bekämpfung bürokratischer Tendenzen ebenso wichtig wie die systematischen Bemühungen um die Weiterbildung von Mitgliedern und Funktionären, um die Einbeziehung aller Mitglieder und Funktionäre *in die Tätigkeit der Partei* und die Verwirklichung des Prinzips der *Kritik und Selbstkritik*.

Die KPO ist nach ihrer Politik und Ideologie die einzige marxistische Arbeiterpartei in Österreich. Die SPÖ ist weder dem Programm noch ihrer praktischen Politik nach eine sozialistische Partei, auch wenn die große Mehrheit der Arbeiterklasse noch unter ihrem Ein-

fluß steht. Die Erfahrungen anderer Länder bestätigen: die Bedingungen für eine Differenzierung in der Sozialdemokratie, für die Entwicklung linkssozialistischer Tendenzen und Strömungen, werden um so günstiger, je stärker die marxistische Partei, die Kommunistische Partei, wird.

KONTROLLFRAGEN ZU „PARTEI- UND REVOLUTIONSTHEORIE I“

1. Warum ist die Arbeiterklasse die revolutionärste Klasse?
2. Warum braucht sie eine selbständige, revolutionäre Partei?
3. Kann sozialistisches Bewußtsein von selbst entstehen? Was versteht Lenin unter der „allseitigen Enthüllung“ als Aufgabe der Partei?
4. Warum ist die Partei die höchste Form der Organisation?
5. Was besagen die Prinzipien des demokratischen Zentralismus?

Lehre von der Veränderung der Welt

Die Philosophen haben die Welt nur verschieden interpretiert, es kommt darauf an, sie zu verändern. Dieser Satz von Marx kennzeichnet die zentrale Stellung der Revolutionstheorie als *Lehre von der Veränderung der Welt* im Marxismus. Auch sie geht nicht von Wünschen, Vorstellungen, Geboten aus, sondern von den wirklichen Lebensprozessen („Der Kommunismus ist für uns nicht ein Ideal, wonach die Wirklichkeit sich zu richten haben wird, sondern die wirkliche Bewegung, die den jetzigen Zustand aufhebt. Die Bedingungen dieser Bewegung ergeben sich aus der jetzt bestehenden Voraussetzung.“ Marx/Engels)

Die marxistische Revolutionstheorie konnte also *nicht auf einmal* entstehen, sondern sich nur in dem Maß herausbilden, als die wichtigsten Gesetzmäßigkeiten und Widersprüche in der Gesellschaft sich entfaltet und aufgedeckt wurden. Ihre theoretischen Verallgemeinerungen finden stets Grenzen in der praktischen, wirklichen Bewegung, also in der „jetzt bestehenden Voraussetzung“. Auch hier ist die *einschlägige Praxis* letzten Endes ausschlaggebendes Kriterium für die Theorie und zugleich Triebkraft für deren Weiterentwicklung. Darum

waren große revolutionäre Bewegungen stets wichtige Etappen für die Erweiterung, Vertiefung, Konkretisierung der Revolutionstheorie.

Philosophie ohne Revolutionstheorie bleibt ein bloßes Interpretieren der Welt, also auch ein Akzeptieren des Gegebenen – mit anderer Interpretation. Revolutionstheorie ohne Philosophie, ohne politische Ökonomie ist außerstande, die Wirklichkeit so gründlich zu erfassen, wie es nötig ist, um sie umwälzen zu können. Sie kann also *nicht „für sich“ existieren*. Sie bildet mit den anderen Bestandteilen des Marxismus zur Analyse der wirklichen Lebensprozesse eine *in sich geschlossene Einheit*. Sie kann aber so wenig wie diese anderen Bestandteile je in ihrer Entwicklung abgeschlossen sein.

STRATEGIE UND TAKTIK

Alle drei Bestandteile sind unentbehrlich für die Ausarbeitung der Strategie und Taktik der Kommunistischen Partei. Unter *Strategie* ist die politische Grundlinie für eine ganze *historische* (strategische) Etappe zu verstehen, die Bestimmung der wichtigsten Ziele dieser Etappe und ihrer Beziehungen zum Gesamtziel. Ein Beispiel sind die „Politisch-ideologischen Leitsätze“ des 22. Parteitages der KPO.

Die Ausarbeitung der strategischen Linie erfordert eine möglichst genaue Berücksichtigung der Wechselbeziehungen *aller* Klassen und Schichten (nicht nur der Hauptklassen) in einem Land, ferner der Herrschaftsmethoden und Traditionen, der wichtigsten Widersprüche und Wechselbeziehungen im internationalen Maßstab, der nationalen Besonderheiten, in denen allgemeine Gesetzmäßigkeiten wirksam werden, und eine genaue Einschätzung des subjektiven Faktors: der revolutionären Partei, der Organisiertheit, der Bewußtheit der für den Sozialismus zu gewinnenden Kräfte.

Diese Faktoren sind nicht als „Gegebenheiten“ einzuschätzen, nicht als „Zustände“, sondern als *Prozesse der Veränderung*. Sie sind nicht nur von der Vergangenheit, sondern auch von der Zukunft, von der voraussehbaren Entwicklung her zu untersuchen, wobei zu beachten ist, daß diese nie geradlinig verläuft, daß sie nach Perioden des Stockens, der Stagnation, nach Rückschlägen sich beschleunigen, ja sprunghaft verlaufen kann.

Aufgabe der *Taktik* ist die Lösung der laufend auftauchenden politischen Probleme im Sinn der Strategie. Unter sich ändernden Bedingungen zielt sie mit wechselnden Methoden auf eine maximale Verbesserung der Kampfbedingungen und der Kräfteverhältnisse, um zur Schaffung der für die Erreichung des strategischen Zieles nötigen Bedingungen das beizutragen, was *subjektiv* möglich ist.

Erfolge verlangen nicht nur günstige objektive Verhältnisse, sondern auch die subjektiven Fähigkeiten, eine richtige Strategie und Taktik auszuarbeiten und sie entsprechend in die Tat umzusetzen.

Ohne *genaue Kenntnis der Strategie* kann es also keine hinreichend zielstrebige Politik geben, muß aus Praxis Pragmatismus, perspektivlose Handwerkerlei werden. Ohne systematische Umsetzung in die Praxis wird es unmöglich, die Strategie an Hand von Erfahrungen weiter zu konkretisieren und, wo nötig, zu korrigieren. Linksopportunisten begnügt sich meist mit dem Proklamieren „großer strategischer Ziele“ und einem „Aktionismus“, der diesen Zielen zuwiderläuft; Rechtsopportunisten äußert sich stets in einer Trennung der Praxis von strategischen Zielen, in einem Verkümmern der Taktik zur Tages-, zur „Situations“politik.

Zur *Begriffserläuterung*: Unter objektiv verstehen wir: unabhängig vom erkennenden und handelnden Subjekt – in diesem Fall von der revolutionären Partei.

Unter subjektiv verstehen wir das, was dem Erkennenden und Handelnden als „Subjekt“ zukommt, von ihm abhängt. Weil es Kräfte gibt, die zwar unmittelbar vom Subjekt unabhängig, durch seine Tätigkeit jedoch beeinflussbar, veränderbar sind, gibt es hier keine absolute Trennung zwischen subjektiv und objektiv.

Auch eine *absolute* Gegenüberstellung von Strategie und Taktik wäre unrichtig. Jedes strategische Problem hat seine taktischen Seiten: zum Beispiel die strategische Einheit der Arbeiterklasse für die Revolution, den täglichen Kampf um die Einheit, für verschiedene Ziele in verschiedensten Formen. Andererseits hat auch jede taktische Frage von einiger Bedeutung ihre Konsequenzen für die Strategie.

ZUR VORGESCHICHTE DER REVOLUTIONSTHEORIE

Die ersten Grundthesen der Revolutionstheorie sind in frühen Texten enthalten, wo Marx und Engels gleichsam mit ihrem „philosophischen Gewissen“ abrechneten, indem sie sich mit der herrschenden Philosophie und Ideologie auseinandersetzten. Fälschlicherweise wird das zuweilen so gedeutet, als wären Marx und Engels gegen Philosophie und Ideologie schlechthin gewesen.

Zur Einsicht in die historische Mission der Arbeiterklasse gelangten sie vor allem, weil sie vom Allerwichtigsten ausgingen: von der menschlichen Arbeit als erster Voraussetzung des Lebens. Sie erkannten, daß die bürgerliche Revolution die Verhältnisse in der wichtigsten gesellschaftlichen Sphäre, in der Produktion, keineswegs radikal umgewälzt hatte, daß die Arbeitenden weiterhin ausgebeutet, unterdrückt, erniedrigt waren. Daraus ergab sich die Schlußfolgerung, daß es notwendig ist, von der „politischen (bürgerlichen) Emanzipation“ zur „menschlichen (sozialen) Emanzipation“ weiterzugehen (Marx: „Zur Judenfrage“). Schon das ließ weit hinter sich Vorstellungen zurück, wie sie noch heute gängig sind: etwa, daß man im Rahmen *bürgerlicher*

Verhältnisse die Sphäre der Produktion, die „Arbeitswelt“ durchgehend „demokratisieren“ könne.

Daß die „menschliche Emanzipation“ keine „allgemein humanistische“ sein kann, wurde damit geklärt, daß sie nur als *Werk einer Klasse* möglich ist, „welche sich nicht emanzipieren kann, ohne sich von allen übrigen Sphären der Gesellschaft und damit alle übrigen Sphären der Gesellschaft zu emanzipieren“ (Marx: „Einleitung zur Kritik der Hegelschen Rechtsphilosophie“). Das konnte und kann nur die Arbeiterklasse sein.

Zu einer weiteren Klarstellung führte die Fragestellung: Wenn das Produkt nicht dem Arbeiter gehört, wenn es ihm als fremd gegenübertritt, wenn seine Tätigkeit ihm fremd erscheint, ihm zur Qual wird, so offensichtlich, weil das Produkt einem anderen als dem Arbeiter gehört, einem anderen zum Genuß wird. Das ergab die Konsequenz: Die Verhältnisse sind so umzuwälzen, daß *das Produkt den Arbeitern* gehört, daß ihre Tätigkeit zu ihrer eigenen wird (Marx: Ökonomisch-philosophische Manuskripte).

Dieser Einsicht entsprach eine leidenschaftliche Polemik von Marx und Engels gegen alle Theorien einer „Befreiung durch die Idee“, durch „reine Menschenliebe“, durch ein „Prinzip der reinen Vernunft“, gegen verschiedene Schattierungen eines kleinbürgerlichen „wahren, humanen Sozialismus“. Entschieden bekämpften sie jene, die der Masse als angeblich „passivem, geistlosem, gesichtslosem, materiellem Element der Geschichte“ den „Geist“, die „kritische Kritik“ als „aktives Element“ gegenüberstellten (Marx/Engels: „Die deutsche Ideologie“).

So rechneten Marx und Engels, als revolutionäre Humanisten, die bei den Wurzeln anpacken, radikal mit jenem „allgemeinen Humanismus“ ab, den Gegner ihnen noch nachträglich unterstellen, um daraus eine Waffe gegen die Arbeiterbewegung, gegen den realen Sozialismus von heute zu machen. Marx und Engels widerlegten und bedachten mit Hohn und Verachtung intellektualistische „Elitetheorien“, die noch heute – sogar unter Berufung auf sie – verzapft werden.

Schließlich wurden, wieder von den wirklichen Lebensprozessen ausgehend, Bedingungen erfaßt, unter denen die Arbeiterklasse ihre historische Mission erfüllen kann: Die Herrschaft des Kapitals schafft für die Masse eine gemeinsame Situation, gemeinsame Interessen. So ist die Masse bereits eine Klasse gegenüber dem Kapital, aber noch nicht „für sich selbst“. Zur *Klasse für sich selbst* konstituiert sie sich im Kampf für ihre Interessen als Klasseninteressen. Dieser Kampf ist ein *politischer*. Festgehalten wurde hier der Zusammenhang zwischen dem Kampf für die unmittelbaren Interessen – nicht ausschließlich als ökonomischer, sondern als umfassender politischer – mit dem Sozialismus als Ziel (Marx: „Das Elend der Philosophie“).

DIE BEDEUTUNG DES „KOMMUNISTISCHEN MANIFESTS“

Die außerordentliche Bedeutung des „Kommunistischen Manifests“ liegt darin, daß hier die auf verschiedenen Gebieten gewonnenen Einsichten der Revolutionstheorie, der Philosophie und der politischen Ökonomie zusammengefaßt wurden, und zwar in enger Verbindung mit der „wirklichen Bewegung“, nämlich der Bildung der Partei als „Bund der Kommunisten“.

Das Manifest begründete umfassend die historische Aufgabe der Arbeiterklasse (siehe „Die Notwendigkeit der revolutionären Partei“, Seite 59) und entwickelte für ihre Verwirklichung ein praxisbezogenes Konzept. Der Staat wird als organisierte Gewalt einer Klasse zur Unterdrückung einer anderen beschrieben. Der entscheidende Schritt muß deshalb die Eroberung der politischen Macht durch das Proletariat sein. Diese Macht ist zu benutzen, „der Bourgeoisie nach und nach alles Kapital zu entreißen, alle Produktionsmittel in den Händen des Staates, das heißt, des als herrschende Klasse organisierten Proletariats, zu zentralisieren und die Masse der Produktionskräfte möglichst rasch zu vermehren“. Diese Aufgabenstellung ist also unvereinbar mit diversen „Selbstverwaltungsmodellen“, wie sie propagiert wurden und werden.

Das Manifest stellt die Bedeutung des *Internationalismus* für den Kampf zum Sturz des Kapitals klar. Es orientiert auf die *Einheit der Arbeiterklasse* im Handeln: „Sie (die Kommunisten) haben keine von den Interessen des ganzen Proletariats getrennte Interessen.“ Es hebt hervor, daß die Kommunisten in den verschiedenen Entwicklungsstufen des Klassenkampfes *stets die Gesamtbewegung vertreten*, den entschiedensten weitertreibenden Teil der Arbeiterbewegung darstellen, weil sie der übrigen Masse des Proletariats die Einsicht in die Bedingungen des Geschichtsprozesses, den Gang der Bewegung voraushaben, daß die Kommunisten bei den Arbeitern ein möglichst klares Bewußtsein über den unversöhnlichen Gegensatz zwischen Kapital und Arbeit schaffen müssen.

Das Manifest verweist über die Einheit der Arbeiterklasse hinaus auf eine *Politik der Bündnisse* für gemeinsame Ziele: Die Kommunisten „unterstützen überall jede revolutionäre Bewegung gegen die bestehenden gesellschaftlichen und politischen Zustände. ... Die Kommunisten arbeiten endlich überall an der Verbindung und Verständigung der demokratischen Parteien aller Länder.“

BÜNDNISSE UND „PERMANENTE REVOLUTION“

Die Erfahrungen der Revolutionen von 1848 – der Gang der „wirklichen Bewegung“ – wurden zu einer Weiterentwicklung der im Manifest enthaltenen Grundsätze der Revolutionstheorie verwertet. Diese Revolutionen waren *bürgerliche*, nicht proletarische, auch wenn die Arbeiterklasse schon als selbständige Kraft erkennbar wurde. Im Zu-

sammenhang mit der Bündnispolitik verwies Marx auf die Notwendigkeit einer „Neuaufgabe des Bauernkrieges“, damit „die proletarische Revolution das Chor (erhält), ohne daß ihr Sologesang in allen Bauernationen zum Sterbelied wird“.

Die Notwendigkeit von Bündnissen wurde aber keineswegs auf „Bauernationen“ beschränkt. Marx sagte ausdrücklich: „Die französischen Arbeiter konnten keinen Schritt vorwärts tun, kein Haar der bürgerlichen Ordnung krümmen, bevor der Gang der Revolution die zwischen dem Proletariat und der Bourgeoisie stehende Masse der Nation, Bauern und Kleinbürger, nicht gegen diese Ordnung, gegen diese Herrschaft des Kapitals empört, sie gezwungen hat, sich dem Proletariat als ihrem Vorkämpfer anzuschließen.“ („Die Klassenkämpfe in Frankreich“.)

Nun hatten und haben mögliche Verbündete und die Arbeiterklasse *gemeinsame Interessen*. Sonst gäbe es keine Basis für Bündnisse. Aber jene haben auch *besondere Interessen*. Sonst wären sie ja Teil der Arbeiterklasse. Marx und Engels entwickelten in diesem Zusammenhang einen für die Revolutionstheorie auch unter den heutigen Bedingungen äußerst wichtigen, fruchtbaren Gedanken. Sie verwiesen darauf, daß Kleinbürger und Bauern einerseits an einer Veränderung der Verhältnisse interessiert sind, „wegen des Drucks eines halbfeudalen Staats und des großen Kapitals“, andererseits aber sich noch nicht der Notwendigkeit einer grundlegenden Veränderung bewußt sind. Während Kleinbürger die Revolution möglichst rasch zu Ende bringen wollen, „ist es unser Interesse und unsere Aufgabe, die Revolution permanent zu machen, solange, bis alle mehr oder weniger besitzenden Klassen von der Herrschaft verdrängt sind, die Staatsgewalt vom Proletariat erobert ... (ist)“ (Marx/Engels: „Ansprache der Zentralbehörde an den Bund März 1850“).

Diese Theorie von der „Revolution in Permanenz“, vom *Hinüberwachsen* einer bürgerlichen Revolution in eine *sozialistische*, vom *Heranführen* an eine *proletarische Umwälzung*, wurde im 20. Jahrhundert von Lenin und später von den kommunistischen Parteien unter mannigfaltigen Bedingungen weiterentwickelt, wesentlich konkretisiert, zugespitzt auf Etappenziele wie die politische und ökonomische Entmachtung des Monopolkapitals.

Die Grundidee bei Marx ist das *Heranführen*, also das genaue Gegenteil dessen, was später Linksoportunisten, namentlich Trotzkisten als „permanente Revolution“ empfohlen, nämlich notwendige Etappen zu überspringen, alles zugleich zu tun, die Probleme eines Hinüberwachsens oder Heranführens beiseite zu schieben, zu ignorieren.

Eine Strategie des Heranführens setzt – wie Marx betont – unbedingt die *politische, ideologische und organisatorische Selbständigkeit* der Bewegung der Arbeiterklasse voraus. Deren Verteidigung be-

deutet nicht Einengung, nicht Isolierung. Sie ist vielmehr Grundbedingung für eine umfassende, *kühne Bündnispolitik*, freilich kein Ersatz für diese. Lenin hat dies dahingehend verallgemeinert: Je größere Massen in die Bewegung hineingezogen werden, desto nötiger ist eine selbständige Organisation, desto wichtiger ihre Festigkeit, ihre Geschlossenheit.

DIE LEHRE VOM STAAT UND DER DIKTATUR DES PROLETARIATS

Die weitestreichenden Schlußfolgerungen zogen Marx und Engels aus den Erfahrungen der Revolutionen von 1848 und der Pariser Comune (1871) hinsichtlich des Staates. Der Staat entspringt der Unversöhnlichkeit der Klassegegensätze. Er funktioniert als *Instrument der jeweils herrschenden Klasse*, was notwendigerweise im Kapitalismus auch Bemühungen einschließt, sich als „klassenneutral“ zu gebärden, den Grundwiderspruch zur Mehrheit zu übertünchen. Aus den Ursachen seiner Entstehung folgt: Wenn die Klassegegensätze und Klassenunterschiede national und international verschwinden, verliert auch der Staat seine Existenzberechtigung, wird er absterben.

Das Manifest gab eine klare Orientierung: Eroberung der politischen Macht durch das Proletariat. Klargestellt war: Die Machtergreifung des Proletariats schafft die staatlichen Einrichtungen *nicht* ab, sondern einen neuen Staat, mit neuem Inhalt und neuen Aufgaben. Die Klassenkämpfe der 48er Jahre entblößten den Klassencharakter des Staates auch in seinen republikanisch-demokratischen Formen.

Alle bisherigen Umwälzungen, einschließlich der bürgerlichen, hatten diese Unterdrückungsmaschinerie vervollkommenet, statt sie zu brechen. Das Proletariat hingegen kann die politische Macht nur eringen und behaupten, wenn es den alten Staatsapparat beseitigt, ihn als *Unterdrückungsmaschinerie* zerschlägt, ihn durch eine neue Staatsmacht ersetzt. Sie bezeichnete Marx als „Diktatur des Proletariats“.

Die Lehre von der Diktatur des Proletariats ist von zentraler Bedeutung für die revolutionäre Bewegung, weil die *Machtfrage* die *zentrale Frage* jeder Revolution ist. Auch die Bourgeoisie kann die Existenz des Klassenkampfes anerkennen, nie aber die geschichtliche Tatsache, daß aus diesem Klassenkampf die Diktatur des Proletariats als *Herrschaft der Mehrheit* hervorgehen muß, um die Herrschaft der ausbeutenden Minderheit in allen Erscheinungsformen zu brechen und den historischen Übergang zur Aufhebung aller Klassen, zur klassenlosen Gesellschaft zu ermöglichen.

Ob man die wissenschaftliche Bezeichnung „Diktatur des Proletariats“ allgemein gebraucht oder nicht, ist keine Grundsatzfrage. So verwenden manche Linksoportunisten fleißig die Bezeichnung, aber verleumden die Diktatur des Proletariats, die Arbeitermacht, wo sie

besteht. Von großer prinzipieller Bedeutung und politischer Tragweite ist es jedoch, ob man an der Lehre von der Diktatur des Proletariats als Summe der Erfahrungen revolutionärer Bewegungen festhält oder von ihr abweicht.

Die Erfahrungen *aller* Länder, wo die sozialistische Revolution schon gesiegt hat, besagen ausnahmslos: Für den Aufbau einer neuen Gesellschaft, ihrer Wirtschaft, Kultur und demokratischen Entscheidungsstrukturen bedarf es der *Funktionen* der Diktatur des Proletariats, wie immer man sie nennt. Ihre Formen müssen *mannigfaltig* sein. Denn sie werden jeweils von den konkreten Bedingungen geprägt, unter denen die sozialistische Revolution siegt.

Ob Mehrparteiensystem oder Einparteiensystem, ob parlamentarische Republik oder Sowjetrepublik, ob einheitliche Republik, Föderation oder Union — unerlässlich ist die Erfüllung bestimmter, *gemeinsamer Funktionen*: Vergesellschaftung der wichtigsten Arbeitsinstrumente und Produktionsmittel, also deren Aneignung durch die Arbeitenden zur Aufhebung der Ausbeutung; Schaffung der materiell-technischen Basis des Sozialismus, Planung der Entwicklung auf der Basis der breitesten Einbeziehung der *Massen in die Entscheidungen*; systematische Hebung des materiellen und geistigen Lebensniveaus, Kulturrevolution zur Aneignung des geistigen Erbes, zur Erziehung im Geist des Sozialismus, des Internationalismus; Verteidigung der Macht der Arbeiterklasse und ihrer Verbündeten, des Aufbauprozesses gegen innere und äußere Feinde.

Irrig, schädlich ist die Auffassung, die Diktatur des Proletariats sei nur oder vor allem Gewalt. Diese ist nicht Selbstzweck, sondern bloß ein Mittel, dessen die Arbeiterklasse und ihre Verbündeten sich in dem Maß bedienen, als sie dazu genötigt sind. Diese Gewalt ist eine Waffe zur Sicherung, ein Mittel zur Durchsetzung einer *qualitativ höheren Demokratie* gegen deren erbitterte Feinde. Mit der Festigung des Sozialismus, mit seiner Entwicklung tritt diese Gewalt mehr und mehr in den Hintergrund. Ausschlaggebend sind die aufbauenden Funktionen. Deren Erfüllung setzt freilich die Fähigkeit der revolutionären Kräfte voraus, sich gegen jeden möglichen Angriff wirksam zu verteidigen.

Daß Marx, Engels und Lenin den Staat der siegreichen Arbeiterklasse, der erstmals in der Geschichte Demokratie für die große Mehrheit, erstmals Demokratie im wichtigsten Lebensbereich — in der Produktion — bedeutet, Diktatur des Proletariats nannten, hat tiefe, wissenschaftliche Bedeutung: weil nur das Proletariat imstande ist, mit seiner Selbstbefreiung auch den Interessen der Zwischenschichten gerecht zu werden, diese hingegen — wegen ihrer Stellung zwischen den großen Klassen — nie zur Befreiung der Arbeiterklasse, zum Sozialismus führen können; weil der Widerstand der kapitalistischen Ausbeu-

ter gebrochen werden muß, um den Weg zum Sozialismus freizulegen. Auch dazu ist nur das Proletariat imstande, wofür es freilich Verbündete braucht.

Alle bisherigen Revolutionen bestätigen: Auf dem Weg zu einer neuen Gesellschaftsordnung stellt sich früher oder später unausweichlich die Aufgabe, mit der Unterdrückungsmaschinerie des alten Staatsapparates, mit all dem fertig zu werden, was es in ihm an unverbesserlich Bourgeoisem gibt.

Die Diktatur des Proletariats ist also der Staat des als herrschende Klasse organisierten Proletariats. Er dient nicht der Verewigung der Klassenherrschaft, sondern der Aufhebung der Klassen über ihre Annäherung, der Errichtung der klassenlosen Gesellschaft. Diese historische Aufgabe bestimmt sein Wesen. Sozialpolitische Grundlage dieses Staates muß folglich das Bündnis mit Zwischenschichten, vor allem der Bauern und der Intelligenz, unter Führung der Arbeiterklasse, der Partei des wissenschaftlichen Sozialismus sein.

Die erste proletarische Revolution, die Pariser Comune, bezeichnete Marx als „die endlich entdeckte politische“, also staatliche Form, „unter der die ökonomische Befreiung der Arbeit sich vollziehen konnte“. Ihre Organe waren „nichts anderes als Organe der Macht der Arbeiterklasse“, eine Form der Machtausübung, die sich radikal vom formalen bürgerlichen Demokratismus unterschied. Nicht eine parlamentarische, sondern eine *arbeitende Körperschaft*, vollziehend und gesetzgebend zu gleicher Zeit; die Abgeordneten jederzeit absetzbar und an Wähleraufträge gebunden.

Kritik übte Marx an der Pariser Comune nur insofern, als die Zerschlagung des bürokratischen Staatsapparates nicht konsequent genug erfolgte, als die Bedeutung des Kampfes mit der konterrevolutionären Propaganda und der Bündnisse, vor allem mit der Masse der Bauern, unterschätzt wurde.

DIE ZWEI PHASEN DER KOMMUNISTISCHEN GESELLSCHAFT

Mit der Entdeckung der politischen Form der Arbeitermacht eng verbunden erfolgte die Entwicklung der wichtigsten Prinzipien des Aufbaues der *kommunistischen Gesellschaft*. „Zwischen der kapitalistischen und der kommunistischen Gesellschaft“, formulierte Marx in der „Kritik des Gothaer Programms“ („Randglossen zum Programm der deutschen Arbeiterpartei“), „liegt die Periode der revolutionären Umwandlung der einen in die andere. Ihr entspricht auch eine politische Übergangsperiode, deren Staat nichts anderes sein kann, als die revolutionäre Diktatur des Proletariats.“

„Die *Entwicklung zur kommunistischen Gesellschaft* verläuft in zwei Phasen“. Die erste ist der Sozialismus, die zweite der Kommunismus

im engeren Sinn. Die erste ist „in jeder Beziehung, ökonomisch, sittlich, geistig, noch behaftet mit den Muttermalen der alten Gesellschaft, aus deren Schoß sie herauskommt“. Der Unterschied ist materiell durch wesentliche Unterschiede in der Ergiebigkeit, der Produktivität der Arbeit bedingt, aber keineswegs ausschließlich durch sie. („Das Recht kann nie höher sein als die ökonomische Gestaltung und dadurch bedingte Kulturentwicklung der Gesellschaft.“)

Erst in einer *höheren Phase* der kommunistischen Gesellschaft – „nachdem die Arbeit nicht nur Mittel zum Leben, sondern selbst das erste Lebensbedürfnis geworden, nachdem mit der allseitigen Entwicklung der Individuen auch die Produktionskräfte gewachsen sind und alle Springquellen des genossenschaftlichen Reichtums voller fließen“ (Marx) – erst dann kann der Grundsatz gelten: „Jeder nach seinen Fähigkeiten, jedem nach seinen Bedürfnissen.“

In der ersten Phase, die noch mit „Muttermalen der alten Gesellschaft“ behaftet ist, muß der Grundsatz gelten: „Jeder nach seinen Fähigkeiten, jedem nach seinen Leistungen.“ Zwischen den beiden Entwicklungsphasen gibt es allerdings keine scharfe Trennung. Schon in der ersten sind Kriterien wirksam, die für die zweite typisch, das Wesentliche bestimmend sind: Entwicklung einer Arbeitsteilung, die nicht mehr den einzelnen knechtend dem gesellschaftlichen Arbeitsprozeß unterordnet; Aufhebung des Gegensatzes von geistiger und körperlicher Arbeit; Verwandlung der Arbeit in das erste Lebensbedürfnis; Persönlichkeitsentwicklung, in Wechselwirkung mit der Entfaltung der gesellschaftlichen Produktivkräfte.

Aus all dem ergibt sich der Ernst des Fehlers, von den *vielen Funktionen der Arbeitermacht* vor allem oder ausschließlich die der Unterdrückung ehemaliger Ausbeuter zu sehen. Letzten Endes entscheidend sind die organisatorischen, aufbauenden, erzieherischen Funktionen, die weiterführen, nämlich zur zweiten Phase, zum Kommunismus im engeren Sinn.

AKTIONSEINHEIT UND IDEOLOGISCHER KAMPF BEI MARX

Anfang der siebziger Jahre des vorigen Jahrhunderts wurde der Marxismus zur führenden Kraft der internationalen Arbeiterbewegung. Lenin schrieb darüber: „Indem Marx die Arbeiterbewegung der verschiedenen Länder zusammenfaßte und die verschiedenen Formen des nichtproletarischen, vormarxistischen Sozialismus in die Bahnen gemeinsamen Handelns zu lenken versuchte, wobei er die Theorie aller dieser Sekten und Schulen bekämpfte, schmiedete er eine Einheit der Taktik des proletarischen Kampfes der Arbeiterklasse der verschiedenen Länder.“

Als wesentliches Merkmal dieser Taktik wird hier die Orientierung auf *gemeinsames Handeln* ohne irgendwelche Konzessionen im

Grundsätzlichen, ohne Abschwächung des ideologischen Kampfes hervorgehoben. Diesen Kampf führte Marx mit dem Rechtsopportunisten, zum Beispiel mit der Auffassung Lassalles, daß gegenüber der Arbeiterklasse alle anderen Klassen „nur eine reaktionäre Masse bilden“.

Ebenso entschieden wandte sich Marx gegen Spielarten des kleinbürgerlichen Linksradikalismus, insbesondere gegen den Anarchismus Bakunins. Er kritisierte an ihnen die Unfähigkeit, das Parlament und andere Institutionen im Kampf auszunützen, wenn es die Bedingungen erfordert, die „linke Phrasendrescherei“, die Orientierung auf Verschwörungen, auf Akte des individuellen Terrors, die Unfähigkeit zu begreifen, daß der Sieg der Revolution nur möglich wird, wenn das Proletariat „Stärke und Organisiertheit genug gewonnen hat“. Marx setzte den Ausschluß der Bakunisten aus der Internationale durch, weil diese „Ritter linker Phrasen“ eben von dieser entscheidenden Aufgabe ablenkten.

Für die Herausbildung der Revolutionstheorie gilt als Gesetzmäßigkeit ebenso wie später für die Entstehung der ersten revolutionären Partei neuen Typs, der Bolschewistischen Partei: beide erfolgten in ständiger Auseinandersetzung mit dem rechten und dem linken Opportunismus.

KONTROLLFRAGEN

1. Was ist die wichtigste Aufgabenstellung des „Kommunistischen Manifests“?
2. Warum kann es keinen „klassenneutralen“ Staat geben?
3. Was bedeutet „Diktatur des Proletariats“? Warum ist sie unvergleichlich demokratischer als jede bürgerliche Demokratie?
4. Was unterscheidet die zwei Phasen der kommunistischen Gesellschaft?

Revolutionstheorie im Monopolkapitalismus

Die Weiterentwicklung der Revolutionstheorie unter den Kampfbedingungen des 20. Jahrhunderts ist untrennbar mit Lenins Werk verbunden. Dafür gibt es vor allem zwei objektive Gründe: Die revolutionäre Situation Anfang dieses Jahrhunderts im zaristischen Rußland. Marx hatte schon 1877 nach einem Studium der Entwicklung darauf aufmerksam gemacht: „daß die russische Revolution das Signal einer proletarischen Revolution im Westen“ darstellen werde, „daß diesmal

die Revolution im Osten beginnt“. Der zweite Grund: Der Übergang vom freien Konkurrenzkapitalismus zum Monopolkapitalismus, zum Imperialismus, den Lenin umfassend analysierte (siehe auch Polit-Ökonomie „Der Imperialismus“).

Im 19. Jahrhundert gingen Marxisten von der These eines gleichzeitigen Sieges des Sozialismus in der Mehrheit der entwickelten kapitalistischen Länder aus. Lenin gelangte von der Analyse des Monopolkapitalismus, von der Erkenntnis, daß sich unter diesen Bedingungen die ökonomisch und politisch ungleichmäßige Entwicklung der Staaten sprunghaft verschärft, zur Schlußfolgerung, daß der Sieg des Sozialismus zunächst in einigen Ländern oder sogar in einem einzelnen Land möglich und wahrscheinlich ist. Die Oktoberrevolution – die Durchbrechung des Imperialismus beim schwächsten Kettenglied – wurde nicht zuletzt durch diese Erkenntnis, durch kühne und konsequente Ausnützung dieser Möglichkeit zur Wirklichkeit.

CHARAKTER DER EPOCHE

Durch die erste siegreiche sozialistische Revolution erhielt unsere Epoche ihr Gepräge: Als Epoche des Übergangs vom Kapitalismus zum Kommunismus. Die Errichtung der ersten Arbeitermacht hat einschneidende Bedeutung für die revolutionären Bewegungen im allgemeinen, für die Revolutionstheorie im besonderen: als Aufbau einer neuen Gesellschaftsordnung ohne Ausbeutung; als Anstoß zur Herausbildung der kommunistischen Weltbewegung; als Beginn des Zusammenbruchs des Kolonialsystems; als Entstehung einer staatlichen Basis für den Kampf gegen imperialistische Kriege, für dauerhaften Frieden.

Der revolutionäre Übergang vom Kapitalismus zum Sozialismus vollzieht sich auf Grund von Gesetzmäßigkeiten nicht als einmaliger Akt, sondern als Epoche erbitterter Kämpfe, in deren Verlauf mehr und mehr Völker aus dem imperialistischen System ausbrechen. Der Hauptwiderspruch ist nach wie vor der zwischen Arbeit und Kapital. Er nimmt nun auch die Form des Gegensatzes zwischen grundverschiedenen, konträren Gesellschaftssystemen an.

Im weltrevolutionären Prozeß vereinigen sich verschiedene Kräfte: die Völker der sozialistischen Staaten; die revolutionäre Arbeiterbewegung in den entwickelten kapitalistischen Ländern; die antiimperialistischen national-demokratischen Befreiungsbewegungen.

Diese Bewegungen unterscheiden sich wesentlich durch ihre klassen- und schichtenmäßige Zusammensetzung, durch die gesellschaftlichen Verhältnisse, in denen sie wirken. Jede hat ihre spezifischen Aufgaben zu lösen, mit Mitteln und Methoden, die den Verhältnissen angemessen sind. Jede kann aber ihre Aufgaben nur in dem Maß lösen, als sie konsequent den Kampf gegen den Imperialismus – sowohl als unmittelbarer Gegner wie als System – führt.

Das Zusammenwirken dieser Kräfte ist nach der Existenz eines sozialistischen Weltsystems ein weiteres entscheidendes Merkmal der Epoche. Ihre Koordinierung stellt angesichts der Vielfalt der Kampfbedingungen höchste Anforderungen bei der Verwertung von Erfahrungen, bei der Entwicklung und Handhabung der Revolutionstheorie.

Die Bündnisse, die sich im weltrevolutionären Prozeß unserer Epoche herausbilden, umfassen nicht nur Klassen und Schichten in einzelnen Ländern. Sie schließen auch Beziehungen zwischen Völkern und zwischen Staaten ein. Mit der proletarischen Solidarität verknüpfen sich antifaschistische Solidarität, antimonopolistische Solidarität, antiimperialistische Solidarität. Die entscheidende soziale, politische und ideologische Stütze dieser Bündnisse ist jedoch stets die Arbeiterklasse mit ihren Interessen und historischen Zielen, Kern der verschiedenen Formen der Solidarität also der *proletarische Internationalismus*.

Sämtliche Gegner revolutionärer Bewegungen trachten zielstrebig danach, das Zusammenwirken der Hauptkräfte der Revolution zu schwächen, Teile von der Gesamtbewegung zu trennen, vom stärksten Rückhalt – von den Staaten der siegreichen Arbeiterklasse, vor allem der Sowjetunion – zu isolieren. Angesichts der Internationalisierung des Kampfes seiner gleichzeitigen Differenzierung hinsichtlich der Kampffronten und Kampfformen gewinnt der Internationalismus noch an Bedeutung. Möglichkeiten im nationalen Rahmen sind von den revolutionären Kräften nur dann ganz zu nützen, wenn diese voll die Kräfte ausschöpfen, welche der Internationalismus verleihen kann.

Die Wahrung und Festigung der proletarischen Solidarität kann folglich durch nichts ersetzt werden. Sie ist eine Hauptaufgabe der kommunistischen Parteien, die auf der Grundlage der Gleichberechtigung, entsprechend der Verantwortung gegenüber dem eigenen Volk selbständig ihre Politik bestimmen. Von der siegreichen Arbeiterklasse verlangt der proletarische Internationalismus ein Höchstmaß dessen, was jeweils in einem Land, in einem Staatensystem für die Entwicklung, Unterstützung der Revolutionen in allen Ländern durchführbar ist. Von den Bewegungen, die noch für den Sturz der Kapitalherrschaft kämpfen, verlangt er die Fähigkeit, diesen Kampf im nationalen Rahmen im Sinn einer Stärkung der gesamten antiimperialistischen Front einzuordnen und ein Höchstmaß dessen, was jeweils in einem Land für die Verteidigung schon gewonnener Positionen gegen den gemeinsamen Feind getan werden kann.

FRIEDLICHE KOEXISTENZ ALS KLASSENKAMPF

Wenn der Übergang zum Sozialismus aus objektiven Gründen international nicht als einmaliger Akt erfolgen kann, werden notwendigerweise kapitalistische und sozialistische Staaten geraume Zeit

nebeneinander bestehen. Daraus ergibt sich – im Interesse der Völker – die Notwendigkeit einer *friedlichen Koexistenz zwischen Staaten*. Hauptziel der Politik der friedlichen Koexistenz ist die Verhinderung eines Weltkrieges und die Sicherung möglichst günstiger Bedingungen für den Aufbau des Sozialismus und des Kommunismus, für den revolutionären Weltprozeß.

Weil aber der Grundwiderspruch international nicht nur erhalten bleibt, sondern sich verschärft, ja durch Herausbildung des sozialistischen Staatensystems eine besondere Ausprägung erfährt, ist die Politik der friedlichen Koexistenz dem *Inhalt nach Klassenkampf* in wechselnden Formen. Dies gilt nicht allein für das ideologische Gebiet, wo es keinerlei Versöhnung oder Koexistenz geben kann, sondern für alle gesellschaftlichen Bereiche, wenn auch hier zu berücksichtigen ist, daß nicht alle Bereiche gleichbedeutend für den Klassenkampf sind und nicht unmittelbar im selben Maß von ihm geprägt werden.

Die friedliche Koexistenz der Staaten setzt „einen heftigen politischen, wirtschaftlichen und ideologischen Kampf zwischen Sozialismus und Kapitalismus, zwischen Arbeiterklasse und Bourgeoisie voraus. Sie hat nichts gemein mit Klassenfrieden und stellt auch das heilige Recht der unterdrückten Völker, alle Mittel für ihre Befreiung bis zum bewaffneten Kampf anzuwenden, nicht im geringsten in Zweifel.“ (Thesen des ZK der KPdSU zum 100. Geburtstag Lenins.) Gerade der Kampf für die Durchsetzung und Achtung der Normen der Koexistenz zwischen Staaten (Respektierung der Souveränität, Nichteinmischung usw.) trägt zu einer Verbesserung der Kampfbedingungen revolutionärer Bewegungen bei.

ETAPPE UND REVOLUTION

Die Oktoberrevolution wäre undenkbar gewesen ohne theoretische und praktische Bewältigung des Problems, das unter anderen Bedingungen schon Marx und Engels immer wieder beschäftigt hatte: des Hinüberwachsens der bürgerlich-demokratischen Revolution in die proletarische Revolution, des Heranführens an die sozialistische Umwälzung.

Am Vorabend der russischen Revolution von 1905 gelangte Lenin zur Auffassung, daß eine konsequente *bürgerlich-demokratische* Revolution nur mehr unter *Führung des Proletariats* – unter seiner Hegemonie, wie er formulierte – möglich sei. Als opportunistisch verwarf er die Vorstellung, daß das Ergebnis einer bürgerlich-demokratischen Revolution unbedingt ein bürgerlicher Staat sein müsse. Ein entscheidender Sieg über den Zarismus, über den Feudalismus könne nur durch das Volk errungen werden, das heißt, durch das Proletariat und die Bauernschaft. Ein entscheidender Sieg wäre also „die revolutionär-demokratische Diktatur des Proletariats und der Bauernschaft“. Nach

einem Sieg in dieser demokratischen Etappe müßte die Arbeiterklasse die Waffen gegen die Bourgeoisie kehren.

Im Verlauf der demokratischen Umwälzung kann das Proletariat die Masse der Bauern um sich scharen, seine Massenorganisation festigen, neue politische Einrichtungen oder Machtorgane ins Leben rufen, die den Übergang zur sozialistischen Revolution erleichtern. Schon im Kampf für den Sieg der demokratischen Umwälzung kann das Proletariat das Klassenbewußtsein erhöhen, die Massen politisch erziehen, vor allem durch Einbeziehung in die Bewegung, bei ihnen Vertrauen gewinnen, was seinerseits eine wichtige Bedingung für den Übergang zur sozialistischen Revolution ist.

Der Kern dieser Theorie besagt: Wo die Verhältnisse, aus welchen Gründen auch immer, noch nicht reif für die sozialistische Revolution sind, kämpft die Arbeiterklasse zunächst mit ihren Verbündeten für die Errichtung eines revolutionär-demokratischen Staates, um unter diesen günstigeren Bedingungen nach Maßgabe ihrer Kraft, ihrer Organisiertheit, der Zielsetzungen, Breite und Festigkeit der Bündnisse zur sozialistischen Revolution überzugehen.

Das gilt keineswegs nur für Länder, wo noch eine bürgerlich-demokratische Revolution auf der Tagesordnung steht. Nach der bürgerlichen Revolution in Rußland – am Vorabend der Oktoberrevolution – verwies Lenin auf die Möglichkeit, einen Staat der revolutionären Demokratie zu erkämpfen, der „noch kein Sozialismus, aber schon kein Kapitalismus“ mehr ist, der ein derartig „gewaltiger Schritt zum Sozialismus wäre“, daß man, die Erhaltung der vollen Demokratie vorausgesetzt, „von diesem Schritt nicht mehr ohne eine unerhörte Vergewaltigung der Massen zum Kapitalismus zurückkehren könnte“. („Die drohende Katastrophe und wie man sie bekämpfen soll.“) In diesem Zusammenhang verwies Lenin auf „die Umwandlung des monopolistischen Kapitalismus in den staatsmonopolistischen Kapitalismus“ und kennzeichnete letzteren als „die vollständige materielle Vorbereitung des Sozialismus“.

Die geschichtliche Bedeutung dieser Weiterentwicklung der Revolutionstheorie ist der geschichtlichen Entwicklung selbst abzulesen: Mit Ausnahme der Oktoberrevolution verliefen bisher alle sozialistischen Revolutionen über eine Zwischenetappe, über die Errichtung einer revolutionär-demokratischen Macht, unabhängig davon, ob der revolutionäre Prozeß die Form des bewaffneten Kampfes annahm oder nicht. Bei allen Unterschieden zwischen den einzelnen Ländern wies diese Etappe ein wesentliches gemeinsames Merkmal auf: Daß sie nicht mehr die alte Diktatur des Kapitals und noch nicht die Diktatur des Proletariats war. Dies gilt für die erste Phase der volksdemokratischen Ordnung in den Ländern Osteuropas nach Zerschlagung des Faschismus ebenso wie für die erste Phase nach dem Sturz der Batista-

Diktatur auf Kuba oder für die erste Phase der volksdemokratischen Ordnung in China nach dem Sieg über die Kuomintang-Armee.

Nach dem Sieg der Oktoberrevolution hatte Lenin es als Hauptaufgabe des Kommunismus, vor allem in Westeuropa und Amerika bezeichnet, den konkreten Weg, den „besonderen Wendepunkt der Ereignisse“, der die Massen an den entscheidenden letzten großen revolutionären Kampf heranzuführt, herauszufinden, herauszufühlen, richtig zu bestimmen.

WARUM ANTIMONOPOLISTISCHE DEMOKRATIE ?

An Lenins These von der Möglichkeit eines revolutionär-demokratischen Staats als Form des Übergangs zur sozialistischen Revolution knüpften die Thesen des VII. Weltkongresses der Komintern an. Sie orientierten auf die Bildung von antifaschistischen Einheitsfront- und Volksfrontregierungen als mögliche Übergangsformen zur Errichtung der Arbeitermacht. An diese Einsichten, an die Erfahrungen der Revolutionen, die mittlerweile zum Sieg geführt wurden, knüpft die Strategie des antimonopolistischen Kampfs an. Sie besagt, daß es möglich und zweckmäßig ist, „noch vor Errichtung der Arbeitermacht eine antimonopolistische Demokratie zu erkämpfen“. (Politisch-ideologische Leitsätze der KPO.)

Es handelt sich um eine Möglichkeit von großer Wahrscheinlichkeit. Historisch notwendig ist die sozialistische Revolution. Wo für diese sowohl die objektiven als auch die subjektiven Voraussetzungen reif sind, wäre die Orientierung auf eine Zwischenetappe verfehlt. Antimonopolistische Macht ist also nicht irgendeine „Zwischenwelt“, die ein Stehenbleiben erlaubt, sondern eine Etappe eines einheitlichen revolutionären Prozesses mit dem Sozialismus als Ziel.

Es gibt noch zahlreiche Entwicklungsländer, vor allem in Afrika und Asien, wo die objektiven Voraussetzungen für den Sozialismus noch nicht gegeben sind. Der staatsmonopolistische Kapitalismus hingegen, der in Österreich voll entfaltet ist, bedeutet volle materielle Reife für den Sozialismus. Er bedeutet also Verschärfung des Grundwiderspruchs zwischen gesellschaftlicher Produktion und privater Aneignung, Wachstum der Arbeiterklasse, Verschärfung der Ausbeutung, Proletarisierung und Ausplünderung von Zwischenschichten im Interesse des Monopolkapitals.

Es gibt aber zugleich Faktoren, die einem unmittelbaren Kampf für die Arbeitermacht entgegenwirken: die hohe Organisiertheit des staatsmonopolistischen Kapitalismus, die Monopolisierung der Massenmedien, die Differenzierungen innerhalb der Arbeiterklasse, die Vielfalt der Korruptions-, Aufsplitterungs- und Unterdrückungsmethoden, das massenhafte Eindringen kleinbürgerlicher Vorstellungen durch die Proletarisierung von Zwischenschichten, die staatlichen Re-

gulierungsmethoden, die den Klassencharakter des Staats verschleiern, „gesamtwirtschaftliche Interessen“ vortäuschen und schließlich auch die internationale Verflechtung mit dem Monopolkapital.

Um so wichtiger ist es, den konkreten Weg richtig zu bestimmen, um die Massen an den entscheidenden Kampf heranzuführen, den „besonderen Wendepunkt“ der Ereignisse herauszufinden. „Modelle“ der Revolution oder des Sozialismus sind dabei nur hinderlich. Denn Revolutionen lassen sich nicht kopieren. Wegen der Verschiedenheit der Kampfbedingungen in Osteuropa ist dort die Arbeiterklasse mit ihren Verbündeten auf *verschiedenen* Wegen zum Sozialismus gelangt. Auch in Westeuropa – oder allgemeiner – in den hochentwickelten kapitalistischen Ländern schließt die Unterschiedlichkeit der Verhältnisse die Möglichkeit eines gemeinsamen, verbindlichen Wegs zum Sozialismus aus.

Werden „Modelle“ nach nationalen Besonderheiten konstruiert, dann sind sie für die Kampfbedingungen anderer Nationen unbrauchbar. Werden Modelle ausschließlich nach allgemeinen Gesetzmäßigkeiten und Erfahrungen entworfen, dann können sie nie nationalen Besonderheiten gerecht werden, in denen diese Gesetzmäßigkeiten wirksam werden.

Entweder äußert sich im Modelldenken eine Unterschätzung oder ein Ignorieren von allgemeinen Gesetzmäßigkeiten, läuft es darauf hinaus, Besonderes als allgemeinverbindlich hinzustellen, bringt es also Gefahren des Nationalismus, des Opportunismus mit sich. Oder es bedeutet eine Geringschätzung oder Mißachtung nationaler Besonderheiten, also die Gefahr der Isolierung, der Blindheit für den konkreten Weg, den „besonderen Wendepunkt“. Um diesen herauszufinden, ist es unerlässlich, die allgemeinen Gesetzmäßigkeiten, die Summe der Erfahrungen der revolutionären Bewegungen selbständig, schöpferisch auf die eigenen nationalen Bedingungen anzuwenden.

REVOLUTIONÄRE SITUATION UND REVOLUTIONÄRE PARTEI

Die Unversöhnlichkeit des Widerspruchs zwischen Kapital und Arbeit besteht *jederzeit*. Das bedeutet aber keineswegs, daß jederzeit eine Revolution möglich ist. Der Trugschluß, daß sie nur vom Willen abhängt, ist typisch für den Linksoportunismus. Für eine antimonopolistische wie für eine sozialistische Umwälzung gilt gleichermaßen: *Ohne* revolutionäre Situation, die sich darin äußert, daß Herrschende nicht mehr auf alte Weise regieren können, daß Massen sich nicht mehr auf alte Weise regieren lassen, ist eine Revolution *nicht* möglich.

Entscheidende Voraussetzung für jede Umwälzung ist – wie die „Leitsätze der KPO“ feststellen – „eine tiefe gesellschaftliche Krise, gepaart mit einer qualitativen Änderung der politischen Kräfteverhältnisse zugunsten der Arbeiterklasse. Nur wenn die Massen in er-

bitterten Auseinandersetzungen mit dem staatsmonopolistischen System ihre Interessen, ihre wahre Kraft erkannt haben und sich genügend stabile Bündnisse unter Führung der Arbeiterklasse und ihrer revolutionären Partei herausgebildet haben, werden diese einschneidenden Änderungen in Politik und Ökonomie durchsetzbar sein. Nur dann wird eine neue Staatsmacht erkämpft werden können, die sich auf solche Bündnisse stützt.“

Es kennzeichnet den Rechtsopportunismus, daß er, sofern er sich an solchen Kämpfen überhaupt beteiligt, das Ziel aus den Augen verliert oder Etappenziele vom Gesamtziel trennt. Und es charakterisiert den Linksoportunismus, daß er nur von Zielen redet, aber die Notwendigkeit des Heranführens völlig vernachlässigt, faktisch verneint, daß er dafür unerlässliche Schritte als „opportunistisch“, als „überflüssig“ bezeichnet, daß er Besonderheiten der Verhältnisse ignoriert und Eintopfrezepte anbietet. Beide weichen den Schwierigkeiten der Organisierung, der Mobilisierung, der Erziehung der Massen aus und kapitulieren vor ihnen, wobei die einen die Kapitulation mit radikalen, die anderen mit allgemein-demokratisch-humanistischen Phrasen bemänteln wollen.

WARUM KAMPF FÜR DEMOKRATISCHE RECHTE ?

Der Kampf für demokratische Rechte gewinnt unter den Bedingungen des Monopolkapitalismus im allgemeinen, des staatsmonopolistischen Kapitalismus im besonderen *außerordentliche Bedeutung* für den Kampf um den Sozialismus.

Marx und Engels hatten den Kampf für demokratische Rechte aus verschiedenen Gründen für unerlässlich gehalten: zur Überwindung feudaler Regime und Überreste; für die Verbindung kurzfristiger Interessen der Arbeiterklasse mit langfristigen Interessen, für die Bewußtseinsbildung; für die Gewinnung von Verbündeten und schließlich für die Erreichung möglichst günstiger Kampfbedingungen. (Engels bezeichnete die demokratische Republik als den „besten Zugang zur Diktatur des Proletariats“.)

Dem freien Konkurrenzkapitalismus entsprach die parlamentarische Demokratie. Dem Monopolkapitalismus, der Konzentration der Macht in immer weniger Händen, entspricht die *politische Reaktion*. Die Tendenz zur politischen Reaktion ist im Monopolkapitalismus eine *Gesetzmäßigkeit*. Sie äußert sich in mannigfaltigen Formen: in faschistischen Bewegungen oder Regimen; in der Zersetzung klassisch-bürgerlich-demokratischer Einrichtungen, in der Konzentration der wichtigsten Entscheidungen in nichtgewählten und nicht kontrollierbaren Gremien. In Österreich äußert sich diese *Entdemokratisierung aller Bereiche* in der Politik der „Sozialpartnerschaft“ als Herrschaftsform, als Methode zur Sicherung des Systems.

Weil Monopolkapitalismus Aushöhlung und Gefährdung demokratischer Rechte und Errungenschaften bedeutet, die Tendenz zu ihrer Verfälschung oder Beseitigung, erhält der Kampf für demokratische Rechte antimonopolistischen Inhalt, sofern er konsequent, unter Führung der Arbeiterklasse als Teil des Kampfes für den Sozialismus geführt wird.

Das Monopolkapital und seine Handlanger verleumden überall Revolutionäre als „Antidemokraten“, um sie von möglichen Verbündeten zu isolieren. Rechtsopportunisten reagieren darauf mit einer Beschönigung, ja Verklärung der bürgerlichen Demokratie, mit Bekenntnissen zur „reinen Demokratie“, die es unmöglich machen, das Monopolkapital als Verneinung der Demokratie erkennbar zu machen. Absurd ist die Annahme, die „Demokratie“, die „Nation“ erneuern und ähnliche Wunder vollbringen zu können, ohne das Monopolkapital politisch und ökonomisch zu entmachten.

Zur außerordentlichen Bedeutung der unermüdlichen *Bloßlegung des Klassencharakters der Demokratie* im alltäglichen Kampf für demokratische Rechte als Teil des Klassenkampfes bemerkte schon Engels: „Die reine Demokratie kann im Moment der Revolution... als letzter Rettungsanker der bürgerlichen... Wirtschaft bedeutsam werden... jedenfalls ist unser einziger Gegner am Tag der Krise und nachher – die um die reine Demokratie sich gruppierende Gesamtreaktion.“ (Brief an August Bebel, 1884.)

Linksopportunisten verneinen oder bagatellisieren die Notwendigkeit der Verteidigung demokratischer Rechte und fördern auf diese Weise die Verleumdung der revolutionären Arbeiterbewegung. Man muß es verstehen – schrieb Lenin – „den Kampf um Demokratie und den Kampf um die sozialistische Revolution zu vereinigen, indem man den ersten dem zweiten unterordnet. Darin liegt die ganze Schwierigkeit, darin liegt das ganze Wesen der Sache“. (Briefe an Inès Armand.)

Die Bedingungen, unter denen der Kampf für die sozialistische Revolution geführt werden kann, hängen nicht zuletzt davon ab, wie es die revolutionäre Partei, die Arbeiterklasse versteht, Kämpfe gegen die Entdemokratisierungstendenzen des staatsmonopolistischen Kapitalismus zu führen und andere Schichten in diese Kämpfe einzubeziehen. Nur eine Arbeiterklasse, die sich in diesem Kampf für demokratische Rechte selbst erzogen hat, ist imstande, die Arbeitermacht zu errichten und zu behaupten.

REFORMEN UND REVOLUTION

Eine Hauptströmung des Opportunismus in der Arbeiterbewegung – der Reformismus – verbreitete und verbreitet die Auffassung, daß es möglich sei, durch eine Aufeinanderfolge, durch eine Summierung größerer und kleinerer Reformen allmählich vom Kapitalismus zum

Sozialismus zu gelangen. Man kann sie als „klassischen Reformismus“ bezeichnen. In sozialdemokratischen Parteien, deren Spitzen besonders eng mit dem staatsmonopolistischen System verbunden sind, wie in der SPD, gibt es auch einen „neuen“, einen „reformierten Reformismus“. Er läuft darauf hinaus, am Bestehenden, auch durch Reformen, nur das zu ändern, was nötig ist, um das Ganze, den Kapitalismus, erhalten zu können. Ohne richtiges Verständnis für das Verhältnis zwischen Reform und Revolution ist es ausgeschlossen, den schädlichen Einfluß des Reformismus verschiedener Spielarten zu schwächen und schließlich zu überwinden.

Reformen im „klassischen“ Sinn sind Zugeständnisse, die man von der herrschenden Klasse unter Aufrechterhaltung ihrer Herrschaft erlangt. Revolution bedeutet Sturz der herrschenden Klasse. Reformisten argumentieren: Weil das Bewußtsein der Massen zu niedrig ist, kann man nicht für mehr als Reformen kämpfen. Sektierer, Linksopportunisten machen geltend: Weil das Bewußtsein so niedrig ist, darf man nicht für Reformen kämpfen.

Revolutionäre Tätigkeit hingegen hat zu berücksichtigen: Der Kampf für Reformen ist schon deshalb nötig, um eine Verschlechterung der Lebensbedingungen der Arbeiterklasse zu verhindern. Reformen müssen freilich nicht unbedingt das Klassenbewußtsein schärfen. Sie können es abstupfen, auch dann, wenn sie eine vorübergehende Verbesserung der Lage der Werktätigen mit sich bringen. Nicht jede Reform nützt der Arbeiterklasse. Also ist stets zu prüfen: Wie wirkt sich diese oder jene Reform auf die Lebensbedingungen, auf die Kampfbedingungen, auf die Organisiertheit und die Bewußtheit der Arbeiterklasse aus?

Der staatsmonopolistische Kapitalismus bedarf einer *Gesamtstrategie* des Eingreifens auf allen Lebensgebieten. Mit Vorliebe bedient er sich auch der Methode von Reformen, von Zugeständnissen im Unwichtigen oder wenig Wichtigen, um seine entscheidenden Positionen zu festigen oder zu erhalten.

Für die revolutionäre Partei ist es deshalb unerläßlich, *auf allen Lebensgebieten*, in den Gemeinden wie auf gesamtstaatlicher Ebene, im Bildungswesen wie im Gesundheitswesen oder im kulturellen Bereich, an unbefriedigte Bedürfnisse der Massen anzuknüpfen, konkret *demokratische Kampfalternativen* zu entwickeln, und sie in der Aktion, in der Agitation, in der Propaganda mit der systematischen Bloßstellung des Klassencharakters dieses Staats, seiner Funktionen im Dienst der Monopole zu verbinden.

Es ist unmarxistisch, Reformen kategorisch abzulehnen. Es kommt vielmehr darauf an, den Kampf um sie für Auseinandersetzungen mit der Macht des Kapitals auszunutzen, alles dem *entscheidenden strategischen Ziel* unterzuordnen: der grundlegenden *Änderung des Staats*. Auch „Mitbestimmungs“-konzepte sind stets unter diesem Gesichtspunkt

zu betrachten. Jeder Kampf für Reformen muß verdeutlichen, was im Rahmen der bestehenden Ordnung möglich, aber noch nicht erreicht ist, was im Interesse der arbeitenden Menschen liegen würde, aber in dieser Ordnung nicht mehr erreichbar ist und nur verwirklicht werden kann, wenn man den Rahmen dieser Ordnung sprengt.

VIELFALT DER KAMPFFORMEN

Opportunisten wollen stets die Bewegung an eine bestimmte Kampfform binden. Revolutionäre Strategie und Taktik erfordert jedoch sorgfältige Berücksichtigung der tatsächlichen Kampfbedingungen und ihrer Veränderungen, also vielfältige Methoden des „Stellungskriegs“, der Verteidigung, des zeitweiligen Rückzugs und des Angriffs. Kommunisten können nicht irgendwelche Kampfformen ein für allemal ablehnen.

Schon Ende des vorigen Jahrhunderts bemerkte Engels, daß die Zeit der Überrumpelung, der von kleinen Minoritäten durchgeführten Revolutionen vorbei ist, nicht zuletzt wegen einer Veränderung der Waffentechnik. Lenin verallgemeinerte dies dahingehend: Je komplizierter die Gesellschaftsordnung wird, je höher die Organisation der Staatsmacht und je vollkommener die Militärtechnik ist, desto unzulässiger ist es, eine Losung des Aufstands leichtfertig auszugeben.

Weder Engels noch Lenin zogen den Schluß, wie es Rechtsopportunisten tun, daß die Arbeiterklasse unter *allen* Bedingungen auf einen bewaffneten Kampf verzichten müsse. Sie folgerten, daß ein Straßenkampf, wenn notwendig, nur dann siegen kann, wenn die Ungunst der Lage durch andere – politische, organisatorische Momente – aufgehoben wird. Linke Pseudorevolutionäre kümmern diese Momente wenig; sie reden unbekümmert, verantwortungslos vom „bewaffneten Kampf“ als allein seligmachendem Mittel.

Sowohl die Bildung der ersten Räterepublik in Ungarn als auch die Entstehung verschiedener Volksdemokratien nach dem zweiten Weltkrieg zeugen von der Möglichkeit eines Wegs zum Sozialismus ohne Bürgerkrieg. Unerläßlich sind jedoch, um die Reaktion an der Anwendung von Gewalt zu hindern oder ihr, falls dies nicht gelingt, die gebührende Antwort zu erteilen: ein hohes Niveau der Massenkämpfe, der politisch-moralische Bankrott der herrschenden Klasse, eine zunehmende Tendenz zur Abkehr vom bestehenden System auch in den Zwischenschichten, eine weitgehende Desorganisation und Lähmung im unterdrückenden Staatsapparat, eine für die revolutionären Kräfte günstige Konstellation im internationalen Maßstab, vor allem in der Nachbarschaft.

In den „Leitsätzen“ heißt es: „Die KPO erstrebt einen Weg zum Sozialismus ohne Bürgerkrieg. Dabei wissen wir, daß die Bourgeoisie

nicht freiwillig auf ihre Klassenherrschaft verzichtet.“ Unterstrichen wird: „Die Revolution verlangt, in welchen Formen auch immer, die Einsatzbereitschaft, die Begeisterung, die Organisiertheit und Bewußtheit von Hunderttausenden, die Zustimmung, die Unterstützung der Mehrheit der Arbeiterklasse und aller werktätigen Schichten.“

Die Zerschlagung der organisierten Gewalt des Kapitals ist eine äußerst komplizierte Aufgabe. Keine sozialistische Revolution kann siegen, ohne diese Aufgabe zu lösen. Chile ist ein Beispiel dafür, welche tragischen Folgen es haben kann, wenn es nicht gelingt, den bürgerlichen Staatsapparat im Verlauf eines revolutionären Prozesses durch Organe der Volksmacht zu ersetzen. Noch nirgends ist die Lösung dieses komplizierten Problems ein „einmaliger Akt“ gewesen. Sie kann nur im Verlauf eines Prozesses endgültig gelöst werden, wobei Fristen, Methoden, Formen mit den konkreten Bedingungen wechseln.

EINHEITSPOLITIK – EINE STÄNDIGE AUFGABE

Die *Wirksamkeit* aller Kämpfe der Arbeiterklasse hängt unmittelbar, wenn auch nicht allein, vom Maß der jeweils erreichten *Einheit in der Arbeiterbewegung* ab. Die *Politik der Einheit* ist also keine kurzfristige, vorübergehende, sondern eine *ständige Aufgabe*, auch nach Errichtung der Arbeitermacht. In kapitalistischen Ländern sind in der Regel die Voraussetzungen für die Schaffung einheitlicher Arbeiterparteien auf marxistischer Grundlage *nicht* vorhanden, weil es im Kapitalismus eine Vielzahl objektiver Ursachen für die Spaltung in der Arbeiterbewegung gibt. Doch die Erfahrung beweist: diese objektiven Ursachen schließen keineswegs wesentliche, qualitative Fortschritte in der Arbeitereinheit auch im Kapitalismus aus.

Unabdingbare Voraussetzung für die *Zusammenarbeit* von Arbeiterparteien im Kapitalismus ist, daß Parteien und Organisationen, die sich für den Sozialismus aussprechen, mit der Politik der Zusammenarbeit mit dem Kapital brechen, daß sie vom Antikommunismus abgehen. In Österreich bilden die Integrierung der SPÖ-Spitze in den staatsmonopolistischen Kapitalismus, ihre Bindung an das Kapital durch die Politik der „Sozialpartnerschaft“ und der dazugehörige Antikommunismus ein entscheidendes Hindernis für eine Zusammenarbeit. Diese kann schließlich nur gegen jene „Partner“ des Kapitals durchgesetzt werden. Unerläßlich ist dafür die Wahrnehmung aller Möglichkeiten der Aktionseinheit mit Sozialisten, Christen, Parteilosen, die sich in den verschiedensten Fragen und Formen bieten.

Unter *allen Bedingungen* bedeutet Einheitspolitik in jeder Phase, ob die Zusammenarbeit sich nur auf die Basis beschränkt oder auch „oben“ möglich ist, stets eine *Einheit* von zwei Hauptelementen: der

Auseinandersetzung mit allen Formen des Opportunismus, der Illusionen über den Kapitalismus, der Zusammenarbeit mit ihm, der Anpassung an ihn und der mannigfaltigsten beharrlichsten Bemühungen um Festigung und Erweiterung der gemeinsamen Basis, also der unermüdbaren Bemühungen darum, lokal, regional wie national die Fragen herauszufinden und zu stellen, wo ein gemeinsames Handeln möglich wird.

Jede Vernachlässigung der Bemühungen um Festigung und Erweiterung der gemeinsamen Basis schränkt diese ein oder reduziert gar die Einheitspolitik auf eine Floskel. Der entscheidende Weg zur Einheit verläuft stets dort, wo die Angehörigen der Arbeiterklasse einander am nächsten stehen, zusammen leben, zusammen produzieren, wo ihre Interessen innerhalb der großen Gemeinsamkeit einander am ähnlichsten sind – auf der „unteren Ebene“.

Für eine qualitative Änderung des Kräfteverhältnisses in Österreich zugunsten der Arbeiterklasse ist es unerlässlich, daß die Gewerkschaften zu Kampfinstrumenten der Arbeiterschaft werden. Das kann nur durch Konsequenz in der Einheitspolitik, durch die ständige Verbindung ihrer beiden Elemente erreicht werden.

UNERLÄSSLICHKEIT DER BÜNDNISPOLITIK

Alle bisherigen sozialistischen Revolutionen beweisen: die Arbeiterklasse bedarf für ihren Sieg Verbündeter, auch dort, wo sie längst zahlenmäßig die stärkste Klasse ist. Umfang, Festigkeit der möglichen Bündnisse werden in hohem Maß von der schon erreichten Einheit in der Arbeiterklasse bestimmt, auch wenn es hier keine unmittelbare Entsprechung, sondern eine Wechselwirkung gibt.

In Österreich machen die selbständigen oder lohnabhängigen Zwischenschichten noch rund ein Viertel der Bevölkerung aus. Auch unter den Bedingungen eines hochentwickelten Kapitalismus ist zu bedenken: Die Arbeiterklasse bedarf Verbündeter nicht nur für den Sieg der Revolution, sondern auch nachher, um eine neue Gesellschaftsordnung aufbauen zu können. Unter den heutigen Bedingungen ist beispielsweise ohne ein Bündnis mit wesentlichen Teilen der Intelligenz oder zumindest einer Neutralisierung eine Aufrechterhaltung der Produktion nicht möglich. Über Unterschätzung oder Geringschätzung der Bündnispolitik urteilte Lenin: „Wer nicht versteht, den kleinsten Riß zwischen den Feinden auszunützen, die kleinste Möglichkeit, um einen Verbündeten unter den Massen zu gewinnen – mag das auch ein zeitweiliger, schwankender, unsicherer, bedingter Verbündeter sein –, wer das nicht begreift, hat auch nicht einen Deut vom Marxismus begriffen.“

Objektiv kann ein *antimonopolistisches Bündnis* all jene umfassen, die auf die eine oder andere Weise vom Monopolkapital ausgebeutet, ausgeplündert, materiell oder ideell bedrückt, beengt werden. Insofern ein solches Bündnis auch *Kleineigentümer*, auch Besitzer von Produktionsmitteln einbezieht, muß es auch *widerspruchsvoll* sein. Bündnisse bestehen nie „an sich“. Sie entstehen nur im Kampf um die Durchsetzung gemeinsamer Interessen. Lebensfähig können Bündnisse nur in dem Maß sein, als die Politik des jeweiligen Bündnisses die kurzfristigen und langfristigen Interessen aller beteiligten Schichten und ihrer politischen Vertreter im Rahmen des gemeinsamen Ziels berücksichtigt.

Ausschlaggebend ist also, daß in einem *Bündnis von Gleichberechtigten* die Kommunistische Partei dank organisatorischer Geschlossenheit und tieferer Einsicht in die Gesetzmäßigkeiten sowohl als vorwärtstreibendes als auch vereinigendes und führendes Element zu wirken versteht.

*

Die bisherigen Erfahrungen besagen: Eine sozialistische Revolution ohne vorherige Zwischenetappe ist möglich, aber wenig wahrscheinlich. Unmöglich ist unter den Bedingungen des staatsmonopolistischen Kapitalismus eine sozialistische Revolution ohne vorherige antimonopolistische Kämpfe auf breitester Front. Ein Bündnis für eine antimonopolistische Demokratie ist noch keines für den Sozialismus. Wo dieses möglich wird, kann es nur aus antimonopolistischen Kämpfen entstehen.

Entscheidende führende Kraft jeder Umwälzung, sei es zunächst einer antimonopolistischen oder schon einer sozialistischen, vermag nur die Arbeiterklasse zu sein. Ihre führende Funktion setzt eine entsprechende Stärke – zahlenmäßig, organisatorisch, politisch-ideologisch – der revolutionären Partei voraus. Unter Österreichs Bedingungen ist die Kommunistische Partei die einzige revolutionäre Partei, die auf dem Boden des Marxismus-Leninismus steht, deren Programm und Politik die Einsichten und Erfahrungen der internationalen Revolutionstheorie, der kommunistischen Weltbewegung, unter den nationalen Bedingungen unseres Landes verwertet und anwendet.

Schlüsselfrage ist deshalb ihre Stärkung auf allen Gebieten. Sie erfordert unter den gegebenen Bedingungen, daß die Kommunisten alle Tagesaufgaben, alle Forderungen, alle Kämpfe und Aktionen unter dem Gesichtspunkt des Heranführens der Massen an den Kampf gegen das staatsmonopolistische System verstehen. Die vom 22. Parteitag beschlossenen „Leitsätze“ und das längerfristige „Aktionsprogramm“ sind dafür der politisch-ideologische Rahmen.

KONTROLLFRAGEN:

1. Was charakterisiert unsere Epoche?
2. Was ist das Hauptziel der Politik der friedlichen Koexistenz? Was ihr Inhalt?
3. Was verstehen wir unter antimonopolistischer Macht? Was spricht für die Wahrscheinlichkeit einer Zwischenetappe?
4. Was hat die revolutionäre Partei beim Kampf um Reformen unbedingt zu beachten?
5. Welche zwei Hauptaufgaben ergeben sich ständig aus der Einheitspolitik?

Empfohlene Literatur zum weiteren Selbststudium:

Philosophie:

Lenin: Drei Quellen und drei Bestandteile des Marxismus
In: L/AW 3/1. Band: Seiten 77–82

Engels: Die Entwicklung des Sozialismus von der Utopie zur Wissenschaft
In: ME/AS 2/2. Band: Seiten 80–140

Engels: Ludwig Feuerbach und der Ausgang der klassischen deutschen Philosophie
In: ME/AS 2/2. Band: Seiten 328–369

Marx: Thesen über Feuerbach
In: ME/AS 2/2. Band: Seiten 370–372

Marx: Zur Kritik der politischen Ökonomie, Vorwort
In: ME/AS 2/1. Band: Seiten 334–338

Engels: Der Ursprung der Familie, des Privateigentums und des Staates
In: ME/AS 2/2. Band: Seiten 155–301

Lenin: Über den Staat

L/AW 3/3. Band: Seiten 288–306

Hollitscher: Grundbegriffe der marxistischen politischen Ökonomie und Philosophie, Wien 1974

Politische Ökonomie:

Politische Ökonomie – Kapitalismus. Anschauungsmaterial, Dietz-Verlag, Berlin 1972 (diesen Lehrbehelf empfehlen wir besonders)

Marx: Lohn, Preis, Profit

In: ME/AS 2/1. Band: Seiten 370–418

Lenin: Der Imperialismus als höchstes Stadium des Kapitalismus

In: L/AW 3/1. Band: Seiten 763–873

Lenin: Über die Losung der vereinigten Staaten von Europa

In: L/AW 3/1. Band: Seiten 758–761

Zum Staatsmonopolistischen Kapitalismus in Österreich

Protokoll der theoretischen Konferenz vom 29. Jänner 1972

Erschienen in: Kleine theoretische Reihe, Nr. 4, Stern-Verlag, Wien 1972

Einführung in die politische Ökonomie des Kapitalismus, Dietz-Verlag, Berlin 1973

Partei- und Revolutionstheorie:

Marx: Kommunistisches Manifest (insbesondere Kapitel I und II)

In: ME/AS 2/1. Band: Seiten 17–57

Marx: Randglossen zum Programm der Deutschen Arbeiterpartei (Kritik des Gothaer Programms)

In: ME/AS 2/2. Band: Seiten 11–28

Lenin: Marxismus und Revisionismus

In: L/AW 3/1. Band: Seiten 83–91

Lenin: Was tun? (insbesondere Kapitel II, III, IV)

In: L/AW 3/1. Band: Seiten 139–314

Lenin: Zwei Taktiken der Sozialdemokratie in der demokratischen Revolution (insbesondere Abschnitte 6, 12, 13)

In: L/AW 3/1. Band: Seite 527–646

Politisch-ideologische Leitsätze der KPO. Beschlossen auf dem 22. Parteitag der KPO, Wien 1974

Wimmer: Antimonopolistische Demokratie und Sozialismus, Wien 1974

Franke/Reinhold: Friedliche Koexistenz und Klassenkampf

(Erschienen in der Reihe: „Abc des Marxismus-Leninismus“)

Dietz-Verlag, Berlin 1974

Erklärung der Abkürzungen:

L/AW 3... W. I. Lenin: Ausgewählte Werke in drei Bänden, Verlag
Progress Moskau

ME/AS 2... Karl Marx/Friedrich Engels: Ausgewählte Schriften in
zwei Bänden, Dietz-Verlag Berlin